

LUXEMBURG

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS

1
2016

HART AN DER GRENZE GIORGIO AGAMBEN | MARIA OSHANA | BERND KASPAREK | MAREI PELZER | BODO RAMELOW | HANNAH SCHURIAN | INGAR SOLTY | BARBARA FRIED | PETER BIRKE | TINE HAUBNER | FABIAN GEORGI | MARIO CANDEIAS | DAVID HARVEY | U.A.



Protestaktion von UnterstützerInnen auf Lesbos, Februar 2016, Manu Gómez/Fotomovimiento

»Helfen
ist in der gegenwärtigen Situation
ein politisches Statement.«

Christoph Kleine in diesem Heft

HART AN DER GRENZE

»Was die neuen Formen des Regierens vereint, ist,
dass sie auf einem staatlich erklärten Ausnahmezustand
und einer Krisensituation gründen,
aber über keine demokratische Legitimität verfügen.
Sie kommen pragmatisch daher und geben vor,
dringliche politische Probleme technokratisch lösen zu können.«

Bernd Kasparek in diesem Heft

Über Grenzen …
Was die Troika-Politik mit Merkels Willkommenskultur zu tun hat
Bernd Kasparek

… hinweg
Warum Angstfreiheit mehr sein muss als innere Sicherheit
Ingar Solty

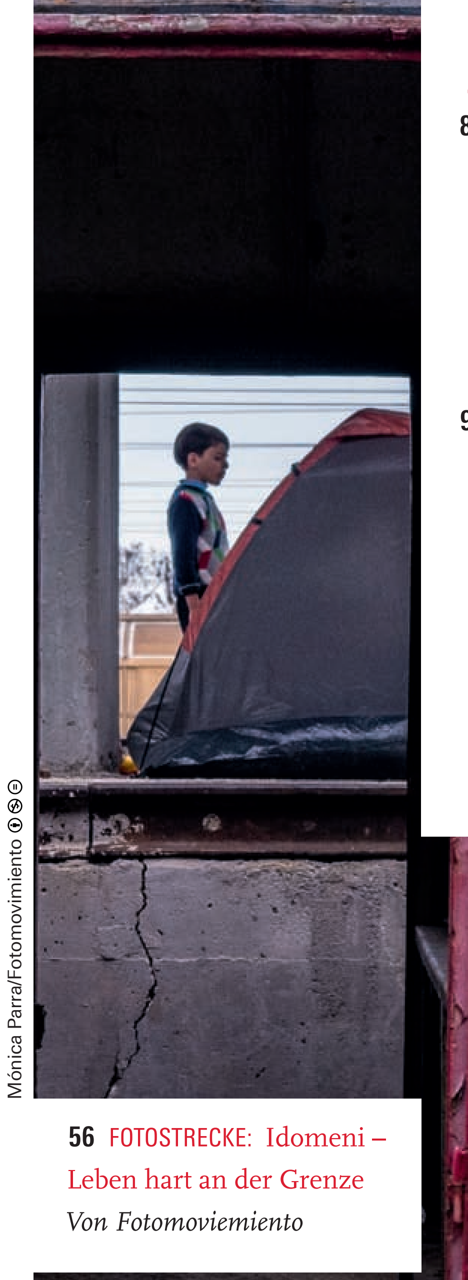
UmCare
Wie verbindende Praxen in Pflege und Gesundheit aussehen könnten
Barbara Fried & Hannah Schurian

SCHWERPUNKT: HART AN DER GRENZE



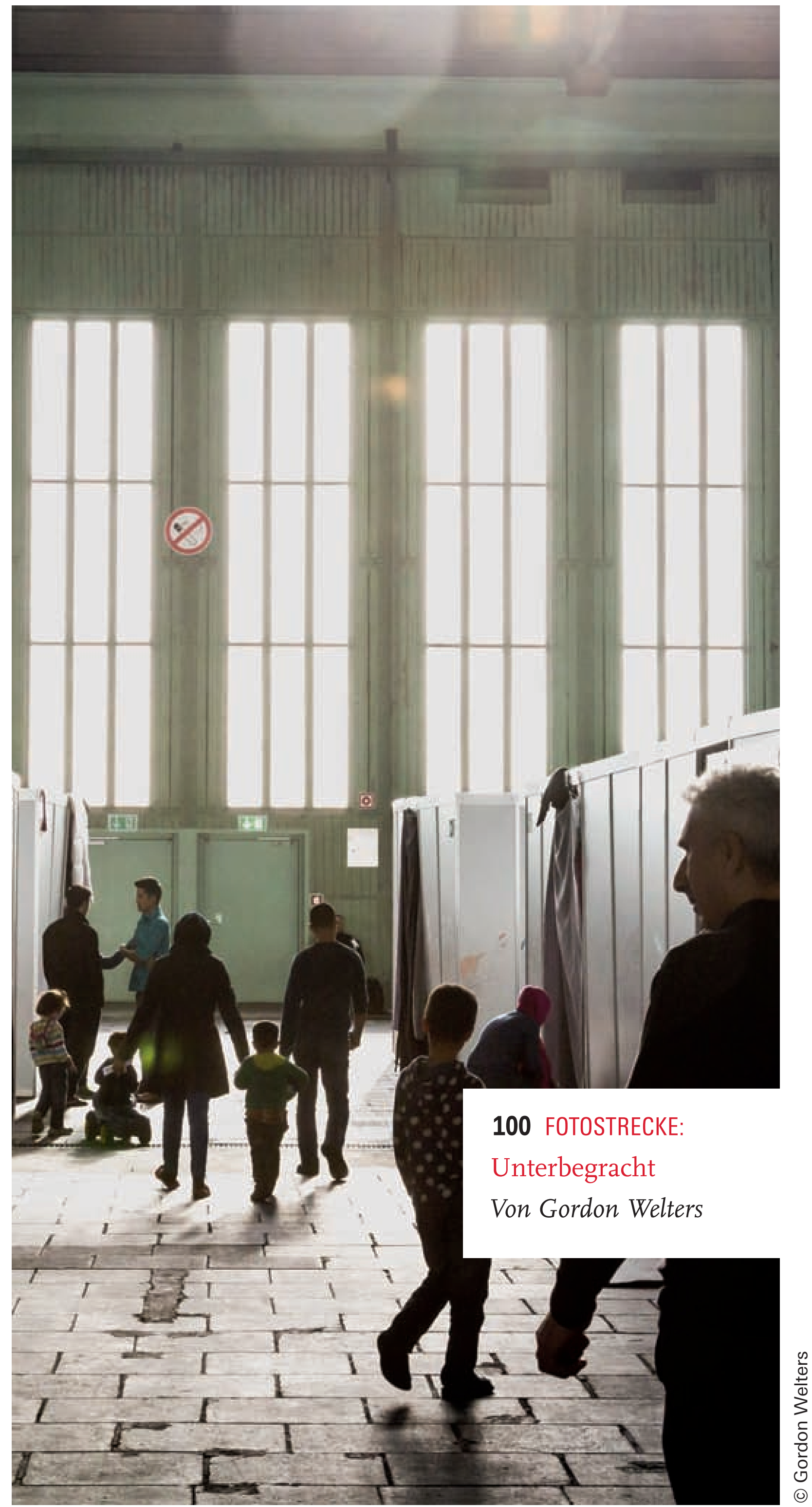
HART AN DER GRENZE

Der ›Sommer der Migration‹ ist einem Winter rassistischer Übergriffe gewichen und dieser einem Frühjahr, das uns zwischen humanitärer Katastrophe und Wahlerfolgen der AfD erstarren lässt. Wieder ist Griechenland der Schauplatz, an dem europäische Eliten versuchen, die EU autoritär zusammenzuhalten: koste es, was es wolle. Die Bilder aus Idomeni stehen für eine Militarisierung der Grenzen und für den Zerfall der EU im Innern. Den Flüchtenden sollen sie Abschreckung sein. Genau wie die Asylpakete I & II und zuletzt der schmutzige Deal mit der Türkei. Eine Bearbeitung der Fluchtursachen wird nicht einmal versucht. Die Kanzlerin gibt sich weiter weltoffen, operiert aber mit schwacher politischer Legitimation. Erneut sollen technokratische Maßnahmen politische Probleme lösen: Regieren mit und im Ausnahmezustand. Das Gegenstück zur autoritären EU-Elite ist der grassierende Rechtspopulismus. Mit beidem einher geht eine Entleerung der Demokratie: In Osteuropa steht vielerorts der angebliche Volkswille (keine Flüchtlinge aufzunehmen) über dem Recht – dem nationalen wie dem europäischen. All das ist HART AN DER GRENZE.
Aber auch im emphatischen Sinne steht die Frage der Demokratie auf der Tagesordnung. Die massenhafte Solidarität mit den Geflüchteten hat in Deutschland beeindruckende Formen der Selbstermächtigung und vorsichtigen Demokratisierung von unten offenbart. Wie lassen sich die Willkommensinitiativen in Willkommensstrukturen verwandeln? Wie können aus den neuen solidarischen Praxen Ansätze für weiterreichende Organisierung im Alltag entstehen? Projekte, mit denen die Linke Glaubwürdigkeit erlangen und den Rechten den sozialen Boden ihres Erfolgs abgraben kann? *LuXemburg* 1/2016 analysiert nicht nur die neuen ›Regierungsweisen‹, sondern auch Konstellationen, die diesen etwas entgegensetzen.
Außerdem nehmen wir Debattenstränge der Konferenz »Um-Care – für neue Strategien in Gesundheit und Pflege« auf: Wie können auch hier Alltagskämpfe im Feld sozialer Reproduktion das Terrain verschieben und Grenzen überwinden?



Mónica Parra/Fotomovimiento

RUBRIKEN



ROSA-LUX KOMPAKT

WAS WAR?

48 STUNDEN FRIEDEN
17.–19. MÄRZ 2016 IN BERLIN

Um die EU legt sich ein »Ring of Fire«, Zonen der Unsicherheit. Direkte militärische Intervention zur Etablierung marktwirtschaftlicher, liberal-demokratischer Staaten ist gescheitert. Begrenzte Operationen und der Einsatz von Drohnen ermöglichen jedoch relative Kontrolle aus der Distanz. Im Fall der Fälle kann »präventiv« eingegriffen werden: »Responsibilty to Protect«. Institutionen der kollektiven Sicherheit werden an den Rand gedrängt, auch UNO und OSZE. Allerdings: Diese neuen Strategien funktionieren nicht, sind aus der Not geboren. In Syrien und Irak kommt es zum Staatszerfall. Auch die EU befindet sich im Prozess der Desintegration. Wie sind die geopolitischen Veränderungen einzuschätzen? Wie könnten linke Antworten darauf aussehen?

Dokumentation
www.rosalux.de/event/55192

WAS KOMMT?

POSTKAPITALISMUS!
LUXEMBURG-LECTURE MIT PAUL MASON
25. MAI 2016 IN BERLIN

Paul Mason gehört zu den wenigen Menschen, die im gegenwärtigen »Interregnum« den nur allzu notwendigen »Optimismus des Willens« aufrechterhalten. In seinen Analysen der radikalen Demokratiebewegungen 2011ff. und des deutsch-europäischen Putsches in Griechenland 2015 gelingt es Mason, in den Bewegungen der Zustände die wirkliche Bewegung zu entdecken, die es vermag, die Zustände aufzuheben. Nun führt er sein Projekt in einem großen Aufschlag fort: Während die Welt scheinbar ins Chaos driftet, findet er in den Tendenzen des Bestehenden die Saat eines Postkapitalismus. Der neoliberale Informationskapitalismus, so Mason, untergräbt die Möglichkeit seines eigenen Überlebens, während andernorts das Neue schon im Entstehen begriffen ist.

Infos
www.rosalux.de/event/5543

EUROPE – WHAT'S LEFT? STRATEGIES AFTER THE COUP
KONFERENZ, 3.–5. JUNI IN BERLIN

Die Ereignisse rund um Griechenland haben gezeigt, dass die Linke bisherige Strategien eines Politikwechsels überdenken muss. Wir brauchen eine erneute Diskussion über Inhalte und Formen gemeinsamer Organisierung und Praxis. Wie können wir gemeinsam handeln und wirksam Solidarität entwickeln, auch wenn die Ausgangssituationen, bisherige Praxen und unmittelbare Ziele unterschiedlich sein mögen?
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung lädt über 100 Aktive aus verschiedenen linken Parteien, außerparlamentarischen Organisationen, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen aus mehr als 20 Ländern ein, um einen Austausch über Handlungsspielräume und -ansätze linker Politik zu schaffen.
Der öffentliche Teil beginnt am 3. Juni mit dem Panel »Gewalt und Solidarität in Europa« mit Toni Negri, Elena Papadopoulou, Katja Kipping, Miguel Urban und Seumas Millne.
Am 4. Juni diskutieren Maurizio Landini, Zoe Konstantopoulou, Steffen Lehndorf und Yanis Varoufakis über »Wirkliche Demokratie für Europa: Plan A, B, C?«.

Infos
www.rosalux.de/news/42239

MIT WEM?

KEIN LAND MEHR FÜR KOHLE!

6. LAUSITZER KLIMA- & ENERGIECAMP, 9.–16. MAI 2016 IN PROSCHIM

Global war das Jahr 2015 schon wieder das wärmste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Bereits 0,9 Grad liegen die Temperaturen über dem vorindustriellen Niveau. Das ist hart am Limit: Sollen die auf der Pariser Klimakonferenz vereinbarten Ziele erreicht werden, müssen fossile Brennstoffe im Boden bleiben – allen voran die Braunkohle. Neue Tagebaue dürfen nicht mehr eröffnet werden, sie zementieren die fossile Energieerzeugung und bremsen den Ausbau Erneuerbarer. Dennoch sind in der Lausitz neue Tagebaue geplant – auch auf der polnischen Seite. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt vier Workshops im Rahmen des 6. Lausitzer Energiecamps.

Infos
http://lausitzcamp.info/

WELCOME2STAY

KONFERENZ, 10.–12. JUNI IN LEIPZIG

Die rechtliche und materielle Situation von Geflüchteten verschlechtert sich weiter – was kann dagegen getan werden? Wie machen wir unsere Solidarität und unser Willkommen so hörbar, dass es die Vorurteile, den Hass und die Hetze übertönt? Wie kommen wir zu einer solidarischen Gesellschaft, in der nicht Freiwillige das Versagen des Staates abfangen müssen? Was können wir tun, damit wir nicht beim Helfen stehenbleiben, sondern Wohnraum, Bildung, Gesundheitsversorgung und Zukunftsperspektiven für alle durchsetzen?
Diese Fragen werden diskutiert auf der bundesweiten Konferenz von Hilfsinitiativen für Flüchtlinge, von migrantischen Gruppen, Antira- und Antifabewegung sowie NGOs, die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit anderen organisiert wird.

Infos
www.welcome2stay.org

WER SCHREIBT?

EXPORTWELTMEISTER IN FLUCHTURSACHEN

STUDIE ZUR NEUEN DEUTSCHEN AUSSENPOLITIK UND LINKEN ALTERNATIVEN

Wie die Bearbeitung der »Eurokrise« und »Flüchtlingskrise« zeigt, lässt sich in der jüngsten deutschen Außenpolitik eine offensive und imperiale Ausrichtung erkennen. Die nun erschienene Studie von Ingar Solty analysiert diese Neuausrichtung und erklärt sie aus den inneren Widersprüchen und Verschiebungen in der politischen Ökonomie Deutschlands in Europa und der Welt der Krise. Sie skizziert zudem, wie eine außenpolitische Alternative zur herrschenden Politik aus linker Perspektive aussehen kann, zeigt Wege einer Politik des »Friedens mit friedlichen Mitteln«.

Download
www.rosalux.de/publication/42191

STRATEGIEN DER ENERGIEDEMOKRATIE

VON JAMES ANGEL

Da die Temperaturen weltweit steigen, geopolitische Konflikte über Vorstellungen der »Energiesicherheit« intensiver werden und Menschen auf der ganzen Welt nicht imstande sind, ihre grundlegenden Energiebedürfnisse zu decken, scheint sich global ein Konsens über die Notwendigkeit einer »Energiewende« zu CO_2-armen Energiequellen zu bilden. Doch dies kaschiert, wie hart umkämpft dieses politische Terrain ist. Überall grassiert ein Kampf um Energie und dabei geraten jene, die in einen revitalisierten »grünen Kapitalismus« investiert haben, in Widerstreit mit den Bewegungen, die emanzipatorische Energiealternativen fordern. Soll der Status quo in Sachen Energie von links herausgefordert werden, müssen Fragen über Interessenskonflikte, Kontrolle und Eigentum, Kolonialismus, Klasse, Geschlecht, ethnische Herkunft, kurz gesagt: Fragen der Macht ins Zentrum gerückt werden.

Download
www.rosalux.de/publication/42125

VOM RECHTSSTAAT ZUM SICHERHEITSSTAAT

GIORGIO AGAMBEN

Was bei der Verlängerung des Ausnahmezustands in Frankreich[1] wirklich auf dem Spiel steht, lässt sich nur verstehen, wenn man ihn in den Kontext einer radikalen Umwandlung des uns vertrauten Staatsmodells stellt. Zunächst gilt es die Aussage unverantwortlicher PolitikerInnen zurückzuweisen, wonach der Ausnahmezustand angeblich die Demokratie schützt. Die Geschichte hat gezeigt, dass das Gegenteil richtig ist. Der Ausnahmezustand ist genau jene Einrichtung, über die sich die totalitären Mächte in Europa etablierten. So hatten die sozialdemokratischen Regierungen[2] der Weimarer Republik in den Jahren vor Hitlers Machtübernahme derart oft auf das Instrument des Ausnahmezustands zurückgegriffen, dass man sagen kann: Deutschland hatte bereits vor 1933 aufgehört, eine parlamentarische Demokratie zu sein.

Auch die erste Amtshandlung Hitlers nach seiner Ernennung (zum Reichskanzler, Anm. d. Ü.) bestand in der Ausrufung des Ausnahmezustands, der niemals (während der NS-Herrschaft, Anm. d. Red.) zurückgenommen wurde. Wenn man sich darüber wundert, welche Verbrechen in Deutschland ungestraft durch die Nazis begangen werden konnten, vergisst man, dass diese Handlungen absolut ›legal‹ waren, weil das Land dem Ausnahmezustand unterworfen war und Grund- und Freiheitsrechte ausgesetzt waren.

Es lässt sich nicht ausschließen, dass sich ein solches Szenario auch in Frankreich wiederholen könnte: Man kann sich mühelos eine rechtsextreme Regierung vorstellen, die sich zu ihren Zwecken eines Ausnahmezustands bedient, an den die sozialistische Regierung die BürgerInnen mittlerweile gewöhnt hat. In einem Land, das unter einem permanenten Ausnahmezustand steht und in dem polizeiliche Operationen zunehmend an die Stelle der Macht der Judikative treten, ist von einer raschen und nachhaltigen Beschädigung der öffentlichen Institutionen auszugehen.

DIE ANGST WACHHALTEN

Dies trifft umso mehr zu, als der Ausnahmezustand heute Teil eines Prozesses ist, der dabei ist, die westlichen Demokratien in etwas zu verändern, das man bereits als Sicherheitsstaat oder *security state* bezeichnen muss. Das Wort Sicherheit ist derart zum festen Bestandteil des politischen Diskurses geworden, dass man ohne Zweifel sagen kann: Sogenannte Sicherheitsgründe (*raisons de sécurité*) haben den Platz dessen eingenommen, was man früher die Staatsräson (*raison d'état*) nannte. Eine Analyse dieser neuen Regierungsform steht jedoch noch aus. Da der Sicherheitsstaat weder zum Rechtsstaat gehört noch zu dem, was Michel Foucault die Disziplinargesellschaft nannte, sollen an dieser Stelle Überlegungen skizziert werden, wie eine mögliche Definition aussehen könnte. Im Modell des Briten Thomas Hobbes, das auf so tief greifende Weise unsere politische Philosophie beeinflusst hat, setzt der Gesellschaftsvertrag, mit dem die Macht auf den Souverän übertragen wird, die gegenseitige Angst und den Krieg aller gegen alle voraus: Der Staat ist genau das, was dieser Angst ein Ende bereitet. Im Sicherheitsstaat kehrt sich dieses Schema um: Der Staat wird dauerhaft auf die Angst gegründet und muss sie um jeden Preis wachhalten, weil er aus ihr seine wesentliche Funktion und seine Legitimität bezieht.

GIORGIO AGAMBEN wurde mit *Homo sacer* (1995/2002) zu einem der meistdiskutierten Philosophen unserer Zeit. Anhand einer Vielzahl historischer wie aktuell politischer Bezüge argumentiert er, dass der permanente Ausnahmezustand zum neuen Paradigma des Regierens geworden ist. ›Belege‹ für diese These überschlagen sich in den letzten Jahren mit atemberaubender Geschwindigkeit: von der Troika-Politik gegenüber Griechenland (*LuXemburg* 1/2014) über die hier diskutierten Anschläge in Paris im November 2015 bis zum Umbau des europäischen Grenzregimes (vgl. Kasparek in diesem Heft). Agamben lehrt an der Universität Venedig und am *Collège International de Philosophie* in Paris.

Bereits Foucault hat aufgezeigt: Als das Wort Sicherheit in Frankreich erstmals im politischen Diskurs auftauchte, nämlich mit den Regierungen der Physiokraten vor der Französischen Revolution,[3] ging es nicht darum, Katastrophen und Hungersnöten vorzubeugen. Vielmehr ging es darum, diese zuzulassen, um sie anschließend zum Gegenstand von Regierungshandeln zu machen und in eine Richtung zu lenken, die man als nutzbringend erachtete.

Ebenso wenig zielt die Sicherheit, von welcher heute die Rede ist, darauf ab, terroristische Handlungen zu verhindern (was im Übrigen äußerst schwierig, wenn nicht unmöglich ist, da die Sicherheitsmaßnahmen nur im Nachhinein wirksam sind und da der Terrorismus ›von Natur aus‹ immer wieder auf eine andere Art und Weise zuschlägt). Es geht vielmehr darum, eine neue Beziehung zwischen den Menschen herzustellen, die aus einer verallgemeinerten und grenzenlosen Überwachung besteht – deswegen das besonders starke Beharren auf Einrichtungen, die eine lü-



Paris 2015, Serge Kalika/ flickr ⓘ⊜⊝

ckenlose Kontrolle von elektronischen und Kommunikationsdaten der Bevölkerung erlauben, einschließlich des vollständigen Kopierens sämtlicher Computerdaten.[4]

Das erste Risiko, das ich aufzeigen möchte, besteht im Abdriften in einen Zustand, in dem Terrorismus und Sicherheitsstaat eine symbiotische Beziehung eingehen: Wenn der Staat die Angst benötigt, um sich Legitimität zu verschaffen, muss er also im äußersten Fall den Terror hervorrufen, oder er darf seine Entstehung zumindest nicht verhindern. Man muss sich nur die Außenpolitik mancher Länder ansehen, die zunächst den Terrorismus befeuern, der dann im Inneren bekämpfen werden muss, und die äußerst enge Beziehungen zu solchen Staaten unterhalten (und diesen sogar Waffen verkaufen), von denen man weiß, dass sie terroristische Organisationen finanzieren.

Ein zweiter Punkt, den es unbedingt zu begreifen gilt, ist die Veränderung des politischen Status der BürgerInnen und des Volkes, das bis dahin als Inhaber der Souveränität betrachtet wurde. Im Sicherheitsstaat lässt sich eine unaufhaltsame Tendenz ausmachen, die auf eine zunehmende Entpolitisierung der BürgerInnen abzielt. Deren Teilhabe am politischen Leben wird immer mehr auf die Beteiligung an Meinungsumfragen im Vorfeld von Wahlen reduziert. Diese Tendenz ist



Thierry Ehrmann/flickr

umso beunruhigender, als sie durch Nazi-Juristen in theoretische Form gegossen worden ist: Sie haben das Volk als im Wesentlichen politisch ohnmächtiges Element definiert, dessen Schutz und dessen Wachstum der Staat garantieren muss.

Diesen Juristen zufolge gibt es nur eine einzige Methode, diesem politisch ohnmächtigen Element zu politischer Wirkung zu verhelfen: durch den Bezug auf gemeinsame Abstammung und Rasse, durch die es sich vom Fremden und vom Feind unterscheidet. Es geht hier nicht darum, den Nazi-Staat und den zeitgenössischen Sicherheitsstaat miteinander gleichzusetzen. Was man jedoch verstehen muss, ist Folgendes: Wenn man die BürgerInnen entpolitisiert, dann können diese aus ihrer Passivität nur noch befreit und mobilisiert werden durch die Angst vor einem fremden Feind, der ihnen nicht allein äußerlich ist (das betraf die Juden in Deutschland, es betrifft die Muslime in Frankreich heute).

UNGEWISSHEIT UND TERROR

Vor diesem Hintergrund muss man heute das schändliche Gesetzesvorhaben zur *déchéance de nationalité* (Ausbürgerung) für Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft betrachten, das an das faschistische Gesetz aus dem Jahr 1926 zum Entzug

der italienischen Staatsbürgerschaft bei »unwürdigen Bürgern« und an die Nazi-Gesetze zur Ausbürgerung der Juden erinnert.[5]
Ein dritter Punkt, dessen Bedeutung nicht unterschätzt werden darf, betrifft die Kriterien, mit denen in der öffentlichen Sphäre heute Wahrheit produziert und bewertet wird. Hier hat eine radikale Verschiebung stattgefunden. Was einen aufmerksamen Beobachter bei den Beschreibungen terroristischer Verbrechen als Erstes frappiert, ist der totale Verzicht auf eine Tatsachensicherheit im juristischen Sinne.

Während es in einem Rechtsstaat selbstverständlich ist, dass nur mithilfe eines gerichtlichen Verfahrens der Umstand eines Verbrechens offiziell festgestellt werden kann, hat man sich – unter dem Vorzeichen der Sicherheitspolitik – mit dem zu begnügen, was die Polizei verlautbart und die Medien daraufhin berichten; also mit den Aussagen zweier Instanzen, deren Zuverlässigkeit zu Recht schon immer angezweifelt werden konnte. Daher rühren die unglaubliche Vagheit und die auffälligen Widersprüche in der Wiedergabe der Ereignisse, die meist überstürzt erfolgt und bewusst jede Möglichkeit der Überprüfung oder Widerlegung ausschließt. Man hat den Eindruck, es eher mit Gerüchten und Tratsch zu tun zu haben als mit ernsthaften Ermittlungen. Das bedeutet: Der Sicherheitsstaat hat ein Interesse daran, die BürgerInnen – für deren Sicherheit er zu sorgen hat – in der Ungewissheit darüber zu belassen, was sie bedroht, denn Ungewissheit und Terror[6] gehen Hand in Hand.

Auch der Gesetzestext vom 20. November 2015, der den derzeitigen Ausnahmezustand in Frankreich begründet, ist von einer solchen Unbestimmtheit gekennzeichnet.[7] Sonderregelungen gelten demnach für »jede Person, gegenüber der es ernsthafte Gründe gibt, anzunehmen, dass ihr Verhalten eine Bedrohung für die öffentliche Sicherheit und Ordnung darstellt«. Es liegt auf der Hand, dass die Formulierung, »ernsthafte Gründe, anzunehmen«, juristisch unhaltbar ist. Sie verweist auf die Willkür dessen, der »annimmt«, und kann sich zu jedem Zeitpunkt auf jede Person beziehen. In einem Sicherheitsstaat werden gezielt vage gehaltene Formulierungen – von JuristInnen immer schon als Verstoß gegen den Grundsatz der Rechtssicherheit kritisiert – zur Norm.

ENTPOLITISIERUNG DER BÜRGERINNEN

Dieselbe Unbestimmtheit und dieselben Zweideutigkeiten kennzeichnen Erklärungen von PolitikerInnen, denen zufolge Frankreich sich im »Krieg gegen den Terrorismus« befindet. Die Rede von einem »Krieg gegen den Terrorismus« ist ein Widerspruch in sich, denn der Kriegszustand ist genau dadurch definiert, dass es möglich ist, den zu bekämpfenden Feind ohne Zweifel zu identifizieren. In der Vision des Sicherheitsstaates muss der Feind im Gegenteil schwammig

bleiben, damit egal wer – im Inneren, aber auch im Äußeren – als solcher definiert werden kann.
Diese drei Grundzüge des Sicherheitsstaats – die Aufrechterhaltung eines verallgemeinerten Angstzustands, die Entpolitisierung der BürgerInnen und der Verzicht auf jede Rechtsbestimmtheit – sollten uns zu denken geben. Denn der Sicherheitsstaat, auf den wir uns derzeit zubewegen, tut das Gegenteil von dem, was er verspricht. Während Sicherheit die Abwesenheit von Sorge (Lateinisch: *sine cura* – ohne Sorge – als Wurzel für das französische Wort *sécurité*) bedeutet, schürt er permanent Angst und Schrecken (Terror). Zum anderen ist der Sicherheitsstaat ein Polizeistaat, denn durch das Aushebeln der Macht der Judikative[8] erhebt er die Entscheidungsfreiheit der Polizei – die in einem zum Alltag gewordenen Ausnahmezustand immer mehr wie der Souverän agiert – zum Normalfall.

Durch die zunehmende Entpolitisierung des Bürgers – der in gewisser Weise zum potenziellen Terroristen geworden ist – bricht der Sicherheitsstaat schließlich aus dem bekannten Bereich der Politik aus, um sich auf eine unbestimmte Zone zuzubewegen, wo Öffentliches und Privates, deren Grenzen man nur noch schwer zu definieren vermag, immer mehr verschwimmen.

Der Artikel erschien zuerst am 23. Dezember 2015 in der Zeitung Le Monde.
Aus dem Französischen von Bernard Schmid

1 Inzwischen wurde der Ausnahmezustand erneut bis Ende Mai 2016 verlängert (Anm. d. Ü.).
2 Agamben meint hier eher die Brüning- und die nachfolgenden Regierungen in den Jahren von 1930 bis Anfang 1933, die jedoch zur bürgerlichen Rechten zählten. Zwar hatte die SPD den sogenannten Blutmai am 1. Mai 1929 in Berlin zu verantworten, aber die Notverordnungskabinette waren keine SPD-Regierungen (Anm. d. Ü.).
3 Es handelt sich um eine ökonomische Schule, die um 1768 entstand und von 1774 bis 1781 den Generalkontrolleur der Finanzen des Königs stellte (Anm. d. Ü).
4 Diese Praxis war bei den über 3 000 Hausdurchsuchungen außerhalb richterlicher Kontrolle, die auf der Grundlage des Ausnahmezustandsgesetzes seit Mitte November 2015 durchgeführt wurden, zunächst gang und gäbe, wurde jedoch als einzige Maßnahme am 19. Februar 2016 vom französischen Verfassungsgericht in der bisherigen Form für unzulässig erklärt (Anm. d. Ü.).
5 Die französische Regierung plant, die bereits bisher in rechtlich engen Grenzen mögliche Ausbürgerung von DoppelstaatbürgerInnen auf weitere Personenkreise auszudehnen. Voraussetzung dafür wäre eine Verurteilung wegen »Verbrechen oder Vergehen, die fundamentale Interessen der Nation verletzen«. Der Gesetzentwurf dazu wurde in erster Lesung am 10. Februar 2016 in der Nationalversammlung angenommen. Er bedarf jedoch einer noch ausstehenden Verfassungsänderung, um rechtskräftig zu werden (Anm. d. Ü.).
6 Hier auch im ursprünglichen Wortsinne von Schrecken gemeint (Anm. d. Ü.).
7 Gemeint ist das Gesetz, mit dem das französische Parlament den Ausnahmezustand für die Periode vom 26. November 2015 bis zum 26. Februar 2016 erstmals verlängert hat (Anm. d. Ü.).
8 So bedarf es nach geltendem Ausnahmezustand keinerlei richterlichen Kontrolle mehr etwa im Vorfeld von Hausdurchsuchungen oder bei der Verhängung von Hausarrest (Anm. d. Ü.).

MUROS WALLS

VON MIGUELTXO MOLINA
UND PABLO IRABURU



Mit der Dokumentation »Walls« zeigt das spanische Regieteam Pablo Iraburu und Migueltxo Molina den Alltag an den Grenzen unserer Welt. Seit dem Fall der Berliner Mauer wurden so viele Stacheldrahtzäune und Mauern errichtet wie noch nie. An den Übergängen zwischen Südafrika und Zimbabwe, den USA und Mexiko sowie Spanien und Marokko wird auf der einen Seite überwacht und kontrolliert. Auf der anderen Seite schuften die Zurückgewiesenen unter den widrigsten Umständen, versuchen sich irgendwie durchzuschlagen. Der Anspruch auf ein besseres Leben bringt viele dazu, diese Zonen des Todes zu durchqueren.
Der Film »Walls« wurde erstmals im September 2015 auf dem internationalen Filmfestival in San Sebastian gezeigt und hat mittlerweile zahlreiche Auszeichnungen erhalten. Produziert wurde er von Itziar Garcia.
Weitere Informationen unter: http://wallsmuros.com

An der Grenze zu Arizona. Beide Bilder aus »Walls – Muros« © 2015



DAS EUROPÄISCHE GRENZREGIME

REGIEREN IM AUSNAHMEZUSTAND

BERND KASPAREK

Das Jahr 2015 markierte einen neuen Höhepunkt vielfacher Krisen. Die weitgehend unerwarteten und anhaltenden Migrationsbewegungen seit dem vergangenen Sommer brachten das europäische Grenzregime – und damit das Schengen-System – ins Wanken. Bisher ist nicht davon auszugehen, dass sich diese Dynamik kurzfristig beruhigen wird. Auch innerhalb Deutschlands hat sie bis in die Kommunen hinein zu einschneidenden Veränderungen geführt und die bis vor Kurzem omnipräsente Euro-Krise aus dem Bewusstsein verdrängt. Doch bevor Griechenland als der Ort, an dem Hunderttausende Flüchtlinge ankommen, in den Fokus rückte, stand das Land in der ersten Jahreshälfte aus ganz anderen Gründen im Zentrum der Aufmerksamkeit: Es war Schauplatz einer Art Show-down der politischen Auseinandersetzungen um die Zukunft der Europäischen Union.

Zunächst scheinen die beiden Krisen nicht viel gemein zu haben: Ist die Euro-Krise das Ergebnis einer wachsenden Finanzialisie-

rung der globalen Wirtschaft, so spielen für die ›Flüchtlingskrise‹ vor allem die Entwicklungen des Bürgerkriegs in Syrien und dessen Nachbarstaaten eine Rolle. Mit Blick auf die politischen Formen der Krisenbewältigung offenbaren sich jedoch strukturelle Parallelen, die auf eine grundlegende Transformation des Regierens in Europa verweisen.

WIE DIE MIGRATION ALS SOZIALE BEWEGUNG DAS GRENZREGIME HERAUSFORDERT

Im Rückblick auf das Jahr 2015 fällt auf, dass die Institutionen des europäischen Grenzregimes weitgehend unvorbereitet auf den Sommer der Migration reagierten. Zwar befanden sich Migrations- und Grenzpolitik bereits ganz oben auf der politischen Agenda der EU, die konkreten Vorhaben waren jedoch auf andere Regionen und Konstellationen gerichtet. Die neue Europäische Kommission unter Jean-Claude Juncker hatte im Herbst 2014 ihre Arbeit aufgenommen und Migrations- und Grenzpolitik als eine ihrer Prioritäten definiert. So wurde unter anderem der neue Posten eines Kommissars für Migration geschaffen und mit dem ehemaligen griechischen Verteidigungsminister Dimitris Avramopoulos besetzt.

Diese Schwerpunktsetzung bedeutete jedoch keinesfalls einen Aufbruch in der Frage der Migrations- und Grenzpolitik. Eher handelte es sich um ein träges Reagieren auf die migrationspolitischen Dynamiken der vergangenen Jahre. Diese waren durch eine doppelte Krisendynamik geprägt: einerseits vom Aufbruch des Arabischen Frühlings und andererseits von der Verrechtlichung der Außengrenze der EU durch das sogenannte Hirsi-Urteil von Januar 2012 des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR).

Nach den Bootsunglücken vor Lampedusa im Oktober 2013, bei denen an die 500 Menschen ums Leben gekommen waren, hatte die damalige EU-Kommission noch unter Leitung von José Manuel Barroso eine Neuorientierung der europäischen Grenzpolitik versprochen. Bis dato war diese von einer versicherheitlichten Logik dominiert gewesen. Die italienische Marine-Operation *Mare Nostrum* steht für diese Wende hin zu einer Politik des Humanitarismus. Die Rettung von Menschenleben sollte über dem Grenzschutz stehen. *Mare Nostrum* blieb jedoch ein kurzer nationaler Alleingang Italiens. Sowohl von den übrigen EU-Staaten also auch der nächsten Kommission wurde sie kritisch beäugt und entsprechend nach einem Jahr durch die von Frontex geführte Operation Triton abgelöst. Letztere setzte Grenzschutz und damit die Abwehr von MigrantInnen wieder zurück an erste Stelle. Die Rettung von Menschenleben auf hoher See betreibt sie nur widerwillig.

Da es nach wie vor keine legalen Einreisemöglichkeiten gibt, bleibt die klandestine Überquerung des Mittelmeers, samt des allgegenwärtigen Sterbens, nach wie vor eine Konstante des europäischen Grenzregimes. Lediglich die

BERND KASPAREK ist Mathematiker und Kulturanthropologe. Er forscht zum europäischen Migrations- und Grenzregime und hat das *Netzwerk Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* (kritnet) mitgegründet. Außerdem ist er im Vorstand der Forschungsassoziation *bordermonitoring.eu* tätig.

Kooperation Italiens mit der Diktatur Muammar Gaddafis in Libyen rund um das Jahr 2009 unterbrach sie für kurze Zeit. Der Preis war jedoch hoch: der offene Bruch mit der Genfer Flüchtlingskonvention. Italien schob damals auf hoher See Menschen auf Flüchtlingsbooten ohne jede Prüfung nach Libyen zurück. Es war diese Push-back-Praxis, die im Hirsi-Urteil vom EGMR für illegal erklärt wurde und die auch die kurze Hochzeit von *Mare Nostrum* ermöglichte.

Doch zu dem Zeitpunkt war die Kooperation zwischen Italien und Libyen längst Geschichte, denn die politische Konstellation in Nordafrika hatte sich mit den sozialen und politischen Aufständen des Arabischen Frühlings so grundlegend geändert, dass es zunächst keine weitere Grundlage für eine Zusammenarbeit bei der Vorverlagerung der Außengrenze der EU gab (vgl. Oshana in diesem Heft). Die anhaltenden Bürgerkriege in Syrien und Libyen wie auch die Rückkehr einer nur oberflächlich kaschierten Militärdiktatur in Ägypten sind die aktuellen Folgen des Arabischen Frühlings. Die neuen Migrationsbewegungen sind also auch in diesem Zusammenhang zu sehen.

Sie sind mit kollektiven Forderungen nach gesellschaftlicher Teilhabe verbunden. Schon 2011, unmittelbar nach der Revolution in Tunesien und nach dem Kollaps des mediterranen Grenzregimes, setzten viele Menschen die neu gewonnene Freiheit in Projekte der Migration nach Europa um. Hier liegt eine Verbindung zu den ›Bewegungen der Plätze‹ in Griechenland und Spanien, die ja durch die Rebellionen in Nordafrika inspiriert waren. Die Forderungen nach sozialer Teilhabe und »echter Demokratie« decken sich – trotz grundlegend verschiedener Gesamtkonstellationen – teils frappierend. Die Platzbewegungen sind mittlerweile überwiegend parteiförmig kanalisiert und haben das Potenzial eines linken Projekts in und für Europa geschaffen.

Die gegenwärtigen Migrationsbewegungen sollten in diesem Kontext weltweiter sozialer und politischen Bewegungen der letzten Jahre analysiert werden. Sie sind selbst zu einer Art sozialer Bewegung geworden. Auch wenn es sich in den meisten Fällen um Geflüchtete aus den vom syrischen Bürgerkrieg betroffenen Gebieten handelt, so sind die Entscheidungen dieser Menschen, sich Richtung Europa aufzumachen, keinesfalls auf die Rettung des bloßen Lebens zu reduzieren. Mit Aufbruch und Flucht geht immer auch die Hoffnung auf ein besseres Leben einher.

Aus seiner Beschäftigung mit der Bewegung der *sans-papiers* im Frankreich der 1990er Jahre schlussfolgerte Étienne Balibar (1999), dass es eines Projekts der »Demokratisierung der Grenze« bedürfe, um die sozialen und demokratischen Ausschlüsse, auf welche die *sans-papiers* hingewiesen hatten, zu beenden. Damit bezog er sich weniger auf die eigentlichen (Landes-)Grenzen, sondern verwies vielmehr auf die zahlreichen internen Grenzziehungen – Mechanismen einer differenziellen Inklusion –, die es den *sans-papiers* zwar erlaubten, sich als Arbeitskräfte in Frankreich aufzuhalten, ihnen aber weitergehende politische und demokratische Rechte vorenthielten. Diese gilt es, so Balibar, einer demokratischen Entscheidungsfindung zu unterwerfen, welche MigrantInnen als mit Rechten ausgestattete politische Subjekte einbezieht.

Im Hirsi-Urteil lässt sich ein entferntes Echo dieser Forderung nach einer »Demokratisierung der Grenzen« vernehmen. Jenseits der politischen und sozialen Rechte, die derzeit immer noch ausschließlich der nationale Wohlfahrtsstaat garantieren kann, stellte der EGMR fest, dass auch MigrantInnen im Niemandsland der Grenze oder in den exterritorialen Räumen auf hoher See nicht rechtlos sind, sondern die einschlägigen internationalen Normen des Völkerrechts Gültigkeit haben. In seiner Konsequenz stellt insofern auch dieses Urteil nach über einem Jahrzehnt der beharrlichen und qualvollen Bemühungen von Menschen, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen, eine weitere Herausforderung für das europäische Grenzregime dar.

VON DER VERBORGENEN ROUTE ZUM OFFENEN KORRIDOR

Schon im Frühjahr 2015 hatte sich im Verborgenen eine neue Fluchtroute nach und durch Europa etabliert. Ausgehend von der westtürkischen Küste setzten immer mehr Menschen vor allem aus Syrien auf die griechischen Ägäisinseln über, gelangten von dort aus auf das griechische Festland und machten sich dann auf zur griechisch-mazedonischen Grenze. Anfangs zu Fuß und ab Juni nach der Einführung eines de facto Transitvisums durch den mazedonischen Staat auch mit dem Zug. So setzten sie ihren Weg entlang der sogenannten Balkanroute durch Serbien hindurch nach Ungarn fort.

Die Regierung Ungarns sah sich auf einmal mit der Tatsache konfrontiert, dass das Land gemäß der Dublin-Verordnung für die Durchführung von Asylverfahren für diese Menschen zuständig war, denn Griechenland war aufgrund der Abschiebestopps aus menschenrechtlichen Gründen seit 2011 faktisch aus dem Dublin-System ausgeschieden. Statt dieser Aufgabe gerecht zu werden, reagierte die ungarische Regierung jedoch vor allem damit, dass sie die Flüchtlinge inhaftieren ließ. Es mehrten sich Berichte über Misshandlungen durch Polizeikräfte (vgl. bordermonitoring.eu 2013). Da im Laufe des Frühsommers immer mehr Menschen kamen, konnte diese Politik der Masseninhaftierung nicht aufrechterhalten werden. Stattdessen begann die ungarische Regierung mit dem Bau eines 175 Kilometer langen Zauns an der Grenze zu Serbien, der die Migrationsroute um Ungarn herumlenken sollte. Solange der Zaun nicht fertig war, sah sich jedoch auch die ungarische Regierung gezwungen, dem Willen der Flüchtlinge insofern nachzugeben, als sie diese nicht daran hinderte, ihren Weg Richtung Deutschland und Skandinavien fortzusetzen. Vor allem der Ostbahnhof (Keleti) in Budapest verwandelte sich in eine inoffizielle Drehscheibe, wo die Weiterreise organisiert wurde.

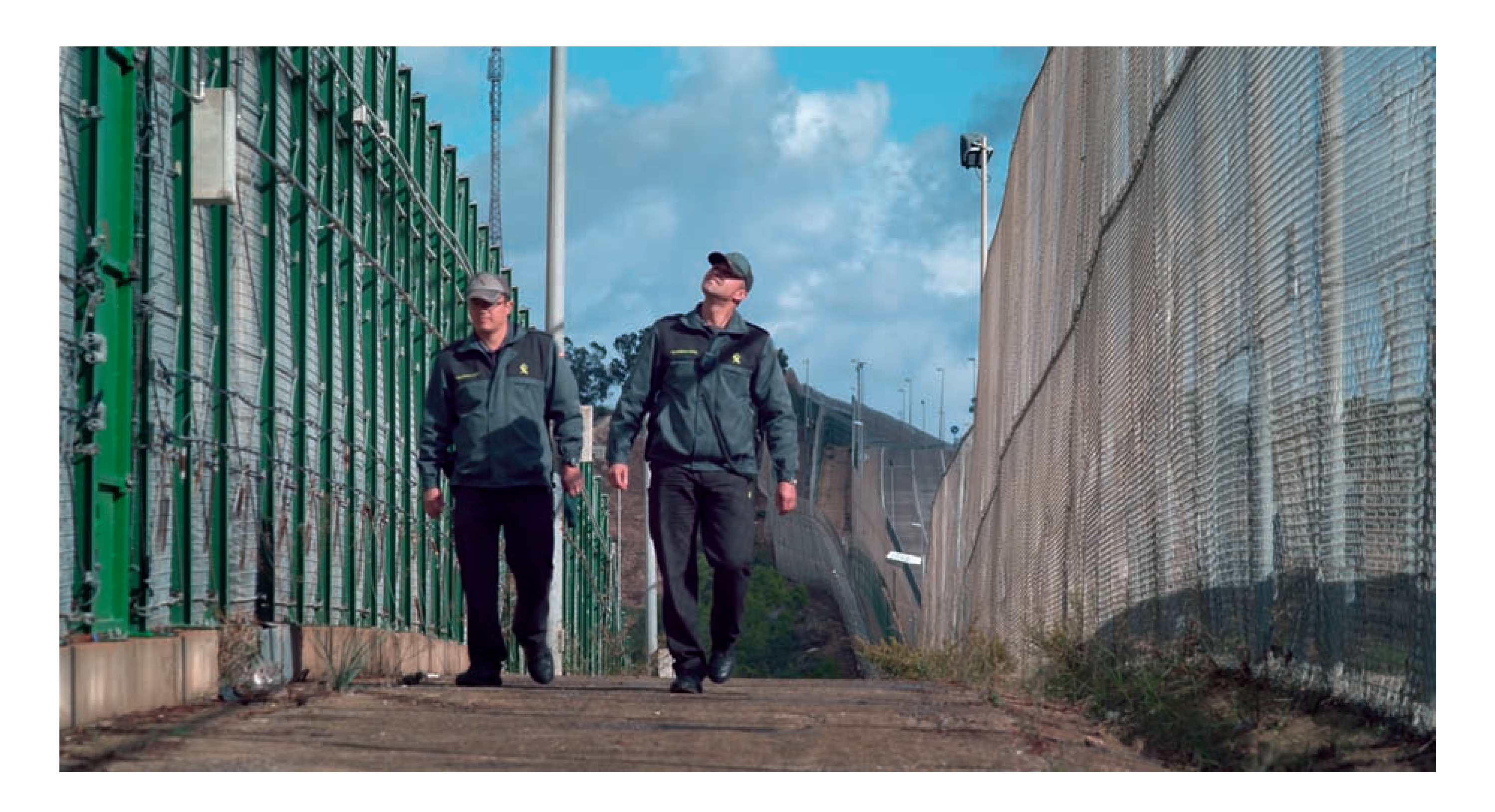
Als Ende August 71 Flüchtlinge in einem Kühltransporter erstickten und in Österreich aufgefunden wurden, änderte sich diese Praxis fundamental. In den kommenden Tagen begann die österreichische Polizei mit zahlreichen Kontrollen sowohl im Inland als auch an der österreichisch-ungarischen Grenze. Die Schlepper und Schleuser des Budapester Ostbahnhofs stellten ihre Tätigkeiten daraufhin ein, und viele Tausend Flüchtlinge strandeten rund um Keleti, weil es keine Möglichkeit der Weiterreise mehr



gab. Die Situation an dem Bahnhof spitzte sich rasch dramatisch zu. Ohne auch nur eine minimale Versorgung durch den ungarischen Staat gerieten immer mehr Flüchtlinge in eine verzweifelte Situation. Die Bilder der sich anbahnenden humanitären Katastrophe gingen um die Welt. Sie markieren den Beginn einer Konstellation, die mittlerweile als europäische Flüchtlingskrise bezeichnet wird. Mit dem »March of Hope«, der sich schließlich Anfang September von Budapest nach Österreich in Bewegung setzte, erkämpften die Flüchtenden die Öffnung der Grenzen, zu der sich Österreich und Deutschland am 4. September 2015 gezwungen sahen. Die bis dahin ›verborgene‹ Route der Migration verwandelte sich in einen offenen Korridor, der sich von der griechisch-mazedonischen Grenze bis nach Deutschland und teilweise nach Skandinavien erstreckte.

REGIEREN IN DER KRISE

Die Existenz eines solchen offenen Korridors der Migration war für die Europäische Union ein absolutes Novum. Doch schon im Herbst und Winter reagierten verschiedene Staaten damit, ein improvisiertes und oftmals instabiles Kontrollsystem entlang dieses Korridors zu etablieren. Sie schufen Transiträume: Man stellte Sonderzüge und -busse für den Weitertransport zur Verfügung und richtete Transitlager für einen Kurzzeitaufenthalt von maximal 24 Stunden ein. Beides diente dazu, die Weiterreise der Flüchtlinge so schnell und so reibungslos wie möglich zu organisieren, denn alle involvierten Länder legten Wert darauf, Transitländer zu bleiben und keinesfalls zu Aufnahmeländern zu werden. Mit Entstehen des Korridors wurden alle Bestimmungen des europäischen Migrations- und Grenzregimes zumindest vorüber-



gehend außer Kraft gesetzt. Der Korridor stellte eine Art *exterritoriales Gebiet* dar, ein humanitär-militärisch regierter Tunnel, von dem lediglich die beiden Enden (griechisch-mazedonischer Grenzübergang und deutsch-österreichische Grenze) sichtbar und offen zugänglich waren. Der Rechtsstatus der in diesem Korridor Reisenden blieb ungeklärt. Der Korridor bildet einen ›Raum der Ausnahme‹, der jedoch weniger durch Willkür charakterisiert war, wie etwa Giorgio Agamben (2003 und in diesem Heft) behaupten würde, sondern durch neue und sich überlappende Ordnungs- und Regelsysteme, auf die sich selektiv berufen werden konnte. Dabei handelte es sich gleichsam um einen doppelten Ausnahmezustand. Nicht nur die MigrantInnen, die diesen Korridor für ihre Reise quer durch Europa nutzten, waren einem exzeptionellen Transitregime unterworfen.

Links: An der Grenze zur spanischen Exklave Melilla. Waren des täglichen Bedarfs aus Spanien werden in riesigen Paketen zu einem Lagerhaus auf marokkanischer Seite gebracht, von woaus sie weiter verkauft werden. Rechts: Auf der anderen Seite. Beide Bilder: »Walls – Muros« © 2015

Auch die Länder, durch die sich der Korridor erstreckte, waren Teil eines bis dahin inexistenten migrationspolitischen Raums.

Die entlang des Korridor liegenden Staaten sind teilweise Mitgliedsstaaten der EU, andere haben Anwärterstatus, wieder andere haben derzeit keine Beitrittsperspektive. Einige gehören zum Schengen-Raum, andere wiederum nicht. Der Raum, der von diesem Korridor geschaffen wurde, war daher von extremer politischer, aber auch sozialer Heterogenität gekennzeichnet. Die ›Regierung‹ dieses Raums der Migration bestand aus einem informellen Netzwerk von Regierungsvertretern der beteiligten Länder, der EU-Kommission sowie

diversen internationalen Organisationen wie etwa dem *Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen* (UNHCR). Etabliert wurde diese ›Korridor-Regierung‹ durch einen Ad-hoc-Gipfel Ende Oktober in Brüssel, bei dem ein 17-Punkte-Plan verabschiedet wurde. Damit sollten sich schon zum damaligen Zeitpunkt abzeichnende nationale Alleingänge, wie etwa Grenzschließungen und die Errichtung von Zäunen an Staatsgrenzen, verhindert und eine gewisse Koordination und Abstimmung der Staaten gewährleistet werden.

Diese Ad-hoc-Etablierung von temporärer ›Regierung‹, die sich zu neuen Institutionen verfestigen oder aber auch wieder verschwinden kann, scheint dabei den neuen Modus des Regierens in Europa zu kennzeichnen. Der Versuch der österreichischen Regierung, mit dem zweiten Balkangipfel in Wien Ende Februar sich an die Spitze diese neuen Governance-Systems zur Regulierung der Migrationsbewegungen zu setzen, unterstreicht diese Entwicklung. Was diese Formen des neuen Regierens vereint, ist, dass sie mit einem von staatlichen Instanzen deklarierten Ausnahmezustand und einer Krisensituation begründet werden, aber über keinerlei demokratische Legitimität verfügen. Sie kommen pragmatisch daher und geben vor, dringliche politische Probleme technokratisch lösen oder managen zu können.

Exemplarisch für diese Form der Governance steht das Agieren der sogenannten Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfond in den besonders von der Euro-Krise betroffenen Staaten wie Griechenland, Portugal oder Irland. Sie greift de facto weitreichend in die jeweilige Sozial-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik dieser Länder ein, lässt sich entsprechende ›Reformen‹ aber de jure immer von den nationalen Parlamenten absegnen. Begleitet wurde dieses Regieren in der Euro-Krise von einem enormen Bedeutungszuwachs der schwach formalisierten Euro-Gruppe, die über Nacht zur zentralen politischen Aushandlungsarena aufgestiegen ist, sowie vom Auftauchen neuer Institutionen wie etwa der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) oder dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM).

TROIKA GOES MIGRATION

Jenseits des Korridors und seiner ›Regierung‹ schicken sich die europäischen Institutionen, allen voran die EU-Kommission, nun an, auch angesichts der ›Flüchtlingskrise‹ Durchgriffsrechte in Brüssel zu zentralisieren. Der vielfach diskutierte Vorschlag, sogenannte Hotspots an den EU-Außengrenzen zu errichten, über welche die Registrierung und Umverteilung von Flüchtlingen und MigrantInnen erfolgen soll, beinhaltet im Kern die Intervention europäischer Institutionen wie etwa Frontex, dem Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO), Europol oder Eurojust (der Einheit für justizielle Zusammenarbeit der Europäischen Union). Vermittelt über den Ausbau von Frontex zu einer europäischen Grenzschutzagentur, die nicht mehr nur beraten und koordinieren, sondern tatsächlich an den EU-Außengrenzen zum Einsatz kommen soll, wird nun auch die Aufgabe des Schutzes dieser Grenzen in sogenannte »geteilte Verantwortung« überführt (vgl. Oshana in diesem Heft).

Die Krisenrhethorik ist dabei nur Mittel, um eine schnelle Durchsetzung solch

folgenreicher politischer Maßnahmen zu legitimieren. Das eigentliche Instrument zur Durchsetzung ist indessen die Ausschlussdrohung. Nachdem insbesondere Griechenland in den vergangenen Jahren beständig mit der Drohung konfrontiert war, aus dem Euro-Raum ausgeschlossen zu werden, und damit zu einer neoliberalen Krisenbewältigungspolitik gezwungen wurde, kursiert seit November 2015 die Drohung eines neuen Grexit: nämlich der Ausschluss aus dem Schengen-Raum für den Fall, dass es der griechischen Regierung nicht gelingt, die Grenze mit der Türkei ausreichend zu sichern.

Diese Parallelen zwischen den politischen Verfahren zur Bewältigung der Euro- und der ›Flüchtlingskrise‹ erlauben Rückschlüsse auf die Interessen der Bundesregierung, und insbesondere auf die Politik von Angela Merkel. Die Kanzlerin wurde weltweit für ihre Politik der Flüchtlingsaufnahme gelobt, und sie fährt fort, diese Politik entgegen wachsender Kritik auch aus der eigenen Partei zu verteidigen. Gleichzeitig wurden gerade in Deutschland eine Reihe einschneidender Reformen des Asylrechts verabschiedet, die in ihrer Wirkung mit der Grundgesetzänderung von 1993 zu vergleichen sind. Dies ist jedoch nur scheinbar ein Paradox. Denn im Grunde geht es Angela Merkel weniger um eine flüchtlingsfreundliche Politik als um den Erhalt des europäischen Projekts. Vergleichbar mit Mario Draghi, der im Juni 2012 erklärt hatte, die Europäische Zentralbank sei entschlossen, den Euro zu retten, »koste es, was es wolle«, und damit eine Obergrenze für einen fiskalpolitischen Eingriff ablehnte, ist auch Angela Merkel bereit, so lange Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen, bis es zu einer europäischen Lösung und zu einer erneuten Stabilisierung des europäischen Grenzregimes kommt.

Die gegenwärtigen Ansätze für eine solche europäische Lösung der Krise, das heißt eine Zentralisierung von Eingriffsrechten in Brüssel und eine Legitimierung von Politiken über eine Rhetorik und Praxis des Ausnahmezustandes, sind höchst antidemokratisch. Sie verhindern notwendige gesellschaftliche Debatten über den politischen Gehalt der Fragen, mit denen Europa derzeit konfrontiert ist. Das Mantra vom Schutz der Außengrenze hat den Europäern suggeriert, es könne eine technische Lösung für die gesellschaftliche Frage der Migration geben. Auf diese Weise hat es Europa jahrzehntelang vermieden, die notwendigen Diskussionen über das Verhältnis der europäischen Gesellschaften zur Migration zu führen. Gleichsam hat die europäische Politik in der Euro-Krise die neoliberale Austeritätspolitik als alternativlos dargestellt und damit eine umfassende Auseinandersetzung über die Frage, was soziale, wirtschaftliche und demokratische Teilhabe jenseits der Gestaltungsspielräume des Nationalstaats bedeuten könnte, vermieden. Die sozialen Bewegungen der Plätze und der Migration haben diese Fragen erneut aufgeworfen. Mithin stellt sich nicht nur die Forderung der Demokratisierung der Grenze, sondern des europäischen Projekts als Ganzem.

LITERATUR

Agamben, Giorgio, 2003: *Ausnahmezustand*, Frankfurt/M

Balibar, Étienne, 1999: Le Droit de Cité Ou L' Apartheid?, in: ders./Costa-Lascoux, Jacqueline/Chemillier-Gendreau, Monique und Emmanuel Terray (Hg.), *Sans-papiers: L'Archaïsme Fatal*, Sur Le Vif, 89–116

bordermonitoring.eu, 2013: *Ungarn – Flüchtlinge zwischen Haft und Obdachlosigkeit*, http://bordermonitoring.eu/berichte/2013-ungarn/

NEUE UNBERECHENBARKEIT

WIE MIGRATION DAS POLITISCHE FELD POLARISIERT

HORST KAHRS

War das Jahr 2015 ein politisches »Wendejahr« oder brachte es gar eine gesellschaftspolitische »Epochenwende«? Seit der deutschen Vereinigung beschäftigte und veränderte kaum ein Thema wie »die neuen Flüchtlinge und der Islam« das Alltagsbewusstsein. Seit der Brandt'schen Ostpolitik hat keine politische Auseinandersetzung die Öffentlichkeit in Deutschland so spürbar gespalten, so viel Verbitterung und Hass erzeugt wie die heute um den Zuzug von Flüchtlingen. Die Linie verläuft quer zu Milieuzugehörigkeiten und Parteibindungen, Weltanschauungen und Lebensgefühlen, trennt Familien, Freunde, Nachbarschaften und Vereine. Gerungen wird um das vorherrschende Selbstverständnis der deutschen Gesellschaft und eine gesellschaftspolitische Richtungsentscheidung. Auch soziale Fragen werden im Gewand eines Kulturkampfes ausgetragen. Der weitere Verlauf kann mit einer weitgehenden Neuordnung der politischen Kräfte verbunden sein.

Zwei unversöhnliche Sichtweisen der Welt treffen aufeinander. Hier: Universalismus

und Aufklärung, wozu die Überlegung zählt, »daß die Rechtsverletzung an einem Platz der Welt an allen gefühlt wird« (Kant). Dazu gehörten außerdem das Recht auf Bewegungsfreiheit, das Streben nach irdischem Glück als Menschenrecht, offene Grenzen in einer globalisierten Welt sowie die entschiedene Ablehnung jeglicher Zurückweisung Schutzsuchender aus ethischen Prinzipien. Dort: Kommunitarismus und Gemeinschaftsdenken, die strikte Ablehnung der Vermischung mit »fremden« Kulturkreisen und das Beharren auf nationalstaatlicher Souveränität, die gewaltbereite Verteidigung von Etabliertenvorrechten bis hin zum Schießbefehl gegen unbewaffnete Flüchtlinge an den Landesgrenzen. In dieser Entschiedenheit sind beide Positionen minoritär.

Das politische Momentum des Protests jedoch liegt bei den Migrationsgegnern, da alle Parteien von der CSU bis zur Linkspartei der Auffassung sind, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei und sein müsse. Daher lässt sich die Mobilisierung gegen den »Ausverkauf des deutschen Wohlstandes«, gegen »die Überfremdung« und den »Untergang des Abendlandes« mit der bereits länger schwelenden populistischen Ablehnung von »Eliten« und »etablierten Parteien« verbinden. Vom erneuten Umfragehoch der AfD geht ein enormer Druck auf die Bundestagsparteien aus. Das zeigt sich etwa im Agieren der um die absolute Mehrheit fürchtenden CSU oder bei der modernisierten urbanen CDU an der Sorge über die endgültige Abwanderung traditioneller konservativer Milieus. Vor allem aber machen das Erstarken der AfD und ihre mögliche Etablierung als rechte, populistische Parlamentspartei österreichische Verhältnisse wahrscheinlicher: eine Epoche mehr oder weniger großer Regierungskoalitionen aus CDU und SPD. Das Kennzeichen solcher ist, dass sie keine gesellschaftspolitischen Richtungsentscheidungen mehr herbeiführen können. Von der in großen Koalitionen gefangenen Sozialdemokratie ist nicht mehr zu erwarten, als eine humanitär orientierte Abwägung zu treffen zwischen der Not der Flüchtlinge und Migranten einerseits und einem gereizt, nervös und hysterisch reagierenden Teil der Bevölkerung andererseits, um so ein Bündnis der Union mit diesem Teil zu verhindern.

HORST KAHRS bearbeitet als Referent der Rosa-Luxemburg-Stiftung das Öffentliche, Sozialstrukturen, Rechtspopulismus und Wahlen. In letzter Zeit beschäftigt ihn die Frage, wie die aktuelle Migrationsbewegung die (alltags-)politische Landschaft in vielen europäischen Ländern polarisiert.

Denn eigene Mehrheiten sind für die SPD gegenwärtig nicht zu erwarten. Unter diesen Bedingungen wird die real existierende Sozialdemokratie keine Idee entwickeln können und wollen, wie eine politische Konstellation links von der Union zusammenzuführen wäre.

OHNE STRATEGISCHES LEITBILD – KONTROLLVERLUST UND RADIKALISIERUNG

Eine gesellschaftspolitische Mehrheitsmeinung, wie das Einwanderungsland Deutschland in Zukunft aussehen soll, konnte sich bislang weder auf einem der beiden Pole noch zwischen ihnen formieren. Eine Verständigung über das Verhältnis von Asyl, verschie-

denen Formen der Migration und dauerhafter Einwanderung steht seit Langem aus. Die jahrelange Austeritätspolitik blockierte nicht nur den Aufbau einer auf Einwanderung ausgerichteten sozialen und öffentlichen Infrastruktur. Sie trug auch maßgeblich dazu bei, dass jede Ausgabe für die soziale Infrastruktur im Zusammenhang mit Flüchtlingen und ihrer Integration von vielen der bereits Ansässigen misstrauisch beäugt und hinterfragt wird: »Warum nicht schon für uns?« Statt das Nötige zu tun, waren Parlament und Regierung bis zum August 2015 vor allem mit Spekulationen dahingehend beschäftigt, wann der Innenminister realistische Prognosen über die Zahl der zu erwartenden Flüchtlinge vorlegen würde.

Im Umgang mit den Flüchtlingen wurde die mangelnde Fähigkeit der Regierenden zur sinnstiftenden Reduktion von Unübersichtlichkeit und globaler Komplexität in aller Deutlichkeit sichtbar. Bereits seit der Finanzkrise zeitigt der vorherrschende Politikmodus, der komplexe globale Zusammenhänge in eine medial entsprechend begleitete Abfolge von Einzelkrisen und entsprechende Narrative zerlegt, die jeweils für sich abgehandelt werden, immer mehr kontraproduktive Wirkungen, zuletzt 2015: Gegenüber der griechischen Regierung nutzte die Bundesregierung ihre politökonomische Vormacht, um die Einhaltung verabredeter Regeln und EU-Verträge durchzusetzen – dabei den Gedanken des Wettbewerbs von Volkswirtschaften innerhalb eines gemeinsamen Währungsraumes absolutierend. Der Primat der Austerität entwertete jegliches nicht ökonomische Fundament für eine »europäische Solidarität«. Angesichts der humanitären Katastrophe, die die ungarische Flüchtlingspolitik kurz darauf heraufbeschwor, entschied die Bundesregierung weitgehend im Alleingang, europäische Regelwerke wie das Dublin-II-Abkommen außer Kraft zu setzen. Damit wurde in Rechnung gestellt, dass die Menschen ohnehin schon unterwegs waren. Die Entscheidung hatte aber auch innenpolitische Gründe wie die mediale Dominanz der »Willkommenskultur« nach »Heidenau«. Ferner sollte durch eine deutsche Vorleistung die Tür für eine neue europäische Lösung offengehalten werden, deren notwendige moralische Basis man in der Griechenlandkrise zuvor allerdings verspielt hatte. Nach dem dschihadistischen Blutbad in Paris solidarisierte sich die deutsche mit der französischen Regierung, zog in den Syrienkrieg und beteiligt sich an der Produktion neuer Fluchtursachen durch Bombardements von Dörfern und Städten, obwohl gerade die »Bekämpfung der Fluchtursachen« ein zentrales Argument gegen die populistische Fremdenabwehr war.

Eine Orientierung der Regierungspolitik an strategischen Zielen und konsistentes Handeln kann eine deutliche Umfragemehrheit nicht mehr erkennen. Sie bescheinigt der Regierung, »die Lage nicht im Griff« zu haben. In einem Feld komplexer Dynamiken erscheint das Regierungshandeln eher situativ und affektiv bestimmt. Andere als rein wirtschaftliche Fragen treiben die Bürgerinnen und Bürger um: Fragen der Lebensweise und der Kultur des Zusammenlebens. Die gängigen Interpretationsrahmen und Instrumente, mit denen Gesellschaft, Politik und Wirtschaft gedeutet und vermittelt

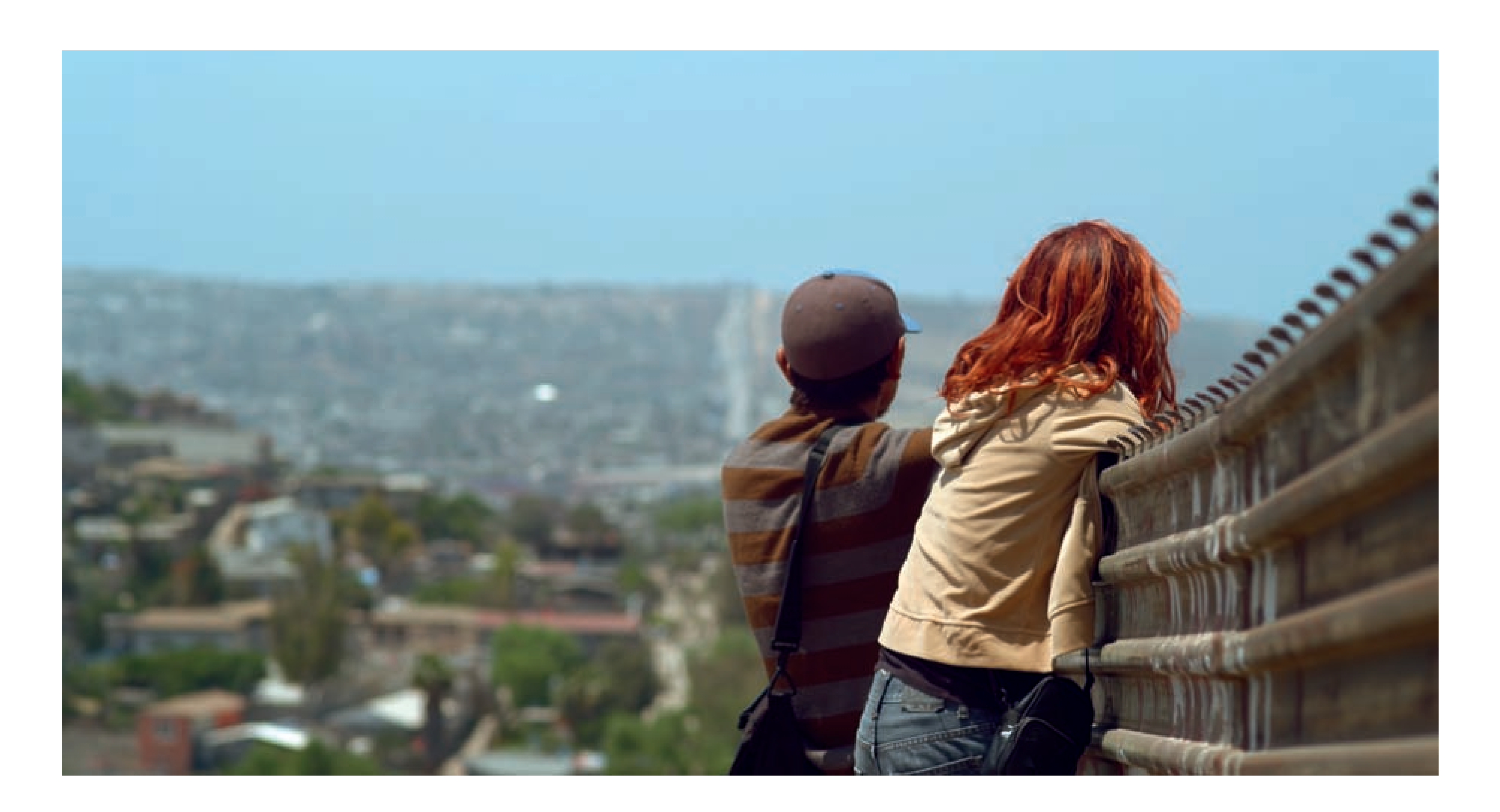
wurden, mit denen der Raum der sozialen (Handlungs-)Möglichkeiten vorgegeben wurde, funktionieren nicht mehr wie erwartet. So wandelte sich etwa die »Leistungsgesellschaft« zur »Erfolgsgesellschaft«, bei aller »Freiheit der Märkte« blieb das versprochene Durchsickern der Wohlstandsgewinne nach unten aus. Zu beobachten sind entsprechende Brüche seit der globalen Finanzkrise 2008 in vielen Formen und mit vielfältigen Inhalten, auch hierzulande. Immer geht es auch um die Neujustierung des Verhältnisses von Politik, Staat und Gesellschaft und der Stellung des Bürgers in ihr.

Vorherrschend scheint in der deutschen Gesellschaft das zumindest »gefühlte« Wissen, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann und wird. Im Bundestagswahlkampf 2013 erschien vielen das Land als eine Insel des Wohlstands und manchen sogar als »bedrohtes Paradies«, umgeben von Krisen und Verarmung in anderen Ländern. Mit der Massenmigration nach Deutschland erhält die Bedrohung eine reale Gestalt. Dort wo der ökonomische Wohlstand des Landes als der verdiente Erfolg deutscher Maschinen- und Autobauer gilt, wo also das Leitbild vom erfolgreichen Wettbewerbsstaat seine Anhänger hat, wächst die Bereitschaft, dieses mit allen Mitteln gegen »Fremde«, die auf der Suche nach einem besseren Leben gleich aus welchen Gründen hier ankommen, zu verteidigen. Dieses Leitbild radikalisiert sich gegenwärtig zu einem neuen sozial-populistischen Nationalismus und findet Verbündete in Europa bis hin zu Trump in den USA. Die Sprache, in der die »Festung Europa« verteidigt wird, militarisiert sich: Wurden die Migrierenden noch im Herbst zu »Wellen«, »Fluten« oder »Lawinen« naturalisiert, so wurden sie im Winter schon mehr und mehr zu »Angreifern«, gegen die nach dem Versagen des europäischen Grenzregimes in Griechenland neue »Verteidigungslinien« etwa in Mazedonien errichtet werden müssten. In Deutschland kulminiert diese Radikalisierung vorerst im Aufschwung der AfD, in selbsternannten »Bürgerwehren« und terroristischen Anschlägen auf Unterkünfte und »Fremde«.

Im Februar 2016 gaben in Umfragen 10 Prozent der Beteiligten an, die eigene Situation habe sich durch die Ankunft der Flüchtlinge verschlechtert, und 30 Prozent erwarteten eine nicht näher bestimmte »Verschlechterung« ihrer zukünftigen Situation. Das ist bei Weitem keine Mehrheit, aber ein erheblicher Resonanzboden für weitere fremden- und menschenfeindliche Radikalisierungen. Dass es den überhaupt zum jetzigen Zeitpunkt gibt, passt nicht in die gängigen Deutungsmuster, wonach Phasen ökonomischer Depression und sozialer Deprivation gesellschaftliche Polarisierungen vorantreiben, im Unterschied zu Phasen sinkender Erwerbslosigkeit und wirtschaftlichen Aufschwungs, in denen eine übergroße Mehrheit der allgemeinen wie der persönlichen wirtschaftlichen Zukunft optimistisch entgegensieht. Eine kommunikationsstarke Minderheit geht derzeit zur handfesten Verteidigung des »bedrohten Paradieses« über.

GLOBALE KOMPLEXITÄT UND POLITISCHE ORIENTIERUNG

Eine andere Deutung bot nicht zuletzt Angela Merkel an: Globalisierung hätten »wir« bisher



nur als Export und Exportweltmeistergekannt, nun erlebten wir ihre Kehrseite in Gestalt der Flüchtlinge. In dieser Deutung haben sowohl christlich-humanitäre wie kapitalismuskritische Sichtweisen Platz. Die Globalisierung kehrt sich um, der andere ärmere Teil der Welt kommt nun zum reicheren Teil; im Gepäck die Fragen, warum die einen so reich und die anderen so arm sind, ob die anderen überhaupt jemals so reich werden können, wie »wir« es sind, und ob »unsere« Art zu leben, universell sein kann. Seit einigen Jahren konfrontieren die Migrationsbewegungen Europa vor der eigenen Haustür mit dem eigentlichen Wesen seines Reichtums. Die Flüchtlingsfrage, so die radikale Gestalt dieser Deutung, lässt die Gerechtigkeitsfrage nur noch als eine globale soziale Frage zu. Der politische Kampf ginge dann um die gesellschaftspolitische Antwort auf die globale Gerechtigkeitsfrage für die kommende Epoche und um die Rolle der deutschen Politik in der Welt.

Ob sich eine solche weltoffene Deutung gegenüber einer Wagenburgmentalität, unabhängig von der konkreten Gestalt der politischen Antworten, überhaupt durchsetzen kann, ist nicht gewiss, auch wenn sie wichtige Fraktionen des deutschen Kapitals als Verbündete hat und seit ein paar Jahren eine Umfragemehrheit die Notwendigkeit von Einwanderung zum Zweck des Wohlstandserhalts behauptet. Ein entscheidendes Hindernis ist die Verunsicherung über das Ausmaß, in dem die deutsche Gesellschaft für populistische Ressentiments anfällig sein könnte, und die damit verbundene Scheu zu sagen, was ist: Nicht alle Ankommenden sind schutzsuchende Kriegsflüchtlinge. Viele kamen und werden

zukünftig kommen aufgrund sozialer Hoffnungslosigkeit und auf der Suche nach einem besseren Leben nicht erst im Himmelreich. Sie weichen der wirtschaftlichen Perspektivlosigkeit, den Folgen des Klimawandels. Ihre Motive sind nicht schäbig. Längst leben Hundertausende als Angehörige einer globalen Unterschicht illegal im Land, die sich, weil selbst rechtlos, hiesigen Regelwerken nicht verpflichtet fühlen.



Lässt sich hier die Grenze überwinden? Caren und Miguel auf der Suche nach einem ›Loch‹ in der Mauer, die Mexiko und die USA voneinander trennt. Beide Bilder: »Walls – Muros« © 2015

Dieser Umstand, zusammen mit der Einführung von sogenannten sicheren Herkunftsstaaten, erschwert jetzt schon die Verteidigung des individuellen Rechts auf Asyl für politische und Kriegsflüchtlinge als eine unumstößliche humanitäre Verpflichtung(vgl. Pelzer in diesem Heft). Das Recht auf globale Bewegungsfreiheit, das Recht, sich den Wohn- und Lebensort frei zu wählen, das Recht auf Glück, das allen Menschen zukommt, wird sich mittel- und langfristig nur als solches und nicht mit Bezug auf geltende Bestimmungen zum Schutz von Flüchtlingen durchsetzen lassen. Es wäre in den politischen Auseinandersetzungen schon viel gewonnen, wenn statt über Obergrenzen der Belastbarkeit über Untergrenzen der Unterstützung und über Verantwortlichkeiten debattiert würde: Wie vielen Menschen soll, wie vielen Menschen will diese Gesellschaft jährlich die Suche nach einem besseren Leben ermöglichen? Wie will sie dabei helfen – gerade auch mit Blick auf die Herkunft des eigenen Wohlstandes?

Gegenwärtig deutet alles auf eine noch schärfere politische Polarisierung und sprachliche Verrohung hin. Weder steht in Aussicht, dass eine »Bekämpfung der Fluchtursachen« einen zeitnahen Rückgang der nach Europa strebenden Migration bewirken kann, noch ist eine tatsächliche »europäische Lösung« wahrscheinlich. Eher werden nationale Maßnahmen von Einreisekontrollen bis zu militärischer Grenzbefestigung zunehmen und wächst der populistische Druck auf die Regierungen der wenigen Zielländer, insbe-

sondere auf die deutsche, ebenfalls zu solchen Mitteln zu greifen. Die Renationalisierung der EU zu einem »Europa der Vaterländer« zeichnet sich ab. Der Rückzug auf »nationale Souveränität« und die »Nation«, deren Wohl über dem »Recht« stehe, ist ein Modus der Kritik an kapitalistischer Globalisierung, neoliberal entbetteter Freiheit des Eigentums bei zugespitzter sozialer Ungleichheit und ausbleibenden Wohlstandsgewinnen aus den an die EU (»Brüssel«) abgetretenen Souveränitätsrechten. So liegt der ungarische Durchschnittslohn immer noch etwa in Höhe der deutschen Armutsgrenze für einen Alleinstehenden. Der autoritären »marktkonformen Demokratie« der EU wird ein ebenso autoritäres Demokratieverständnis entgegengesetzt: die Wiederherstellung eines ursprünglichen Volkswillens, dessen Zustandekommen ebenso geheimnisvoll bleibt wie das Vertrauen der Märkte. Demokratie ist dann, wenn der Volkswille zum Leben erweckt und gegen die inneren und äußeren Feinde behauptet wird, wenn sie »das Fremde und Ungleiche, die Homogenität Bedrohende zu beseitigen oder fernzuhalten weiß« (Carl Schmitt).

Währenddessen bleiben die globalen Ursachen der Migration: Krieg, zerfallende Staaten und Rechtlosigkeit, soziale Hoffnungslosigkeit, Suche nach irdischem Glück, einem besseren Leben. Ein politischer Wille, der globalen Realität Europas auf der Basis der »europäischen Werte«, die im Kern die Werte der säkularen Aufklärung sind, zu begegnen, zeichnet sich nicht ab. Die Front derjenigen, die die Bekämpfung der dschihadistischen Bewegung (»Terrorabwehr«), die Fremdenfeindlichkeit und den Anti-Islamismus zu einem »clash of cultures« (Huntington) entwickeln wollen, wird stärker. Dabei wäre das von Benjamin Barber in »Djihad vs. McWorld« geprägte Bild vom Zangenangriff des globalen Kapitalismus und Dschihadismus auf die plurale und soziale Demokratie weitaus treffender.

DEUTEN UND HANDELN

Seit der Einführung des Euro hat nichts im Alltagsleben der deutschen Gesellschaft ihre Einbettung in eine globale Komplexität so nachhaltig vor Augen geführt wie die ankommenden Flüchtlinge und Migranten. Es wird sich vieles verändern im Land. Die Pegidisten und AfDler wissen es schon länger und bekämpften zunächst Flüchtlinge und ihre Unterkünfte, dann vermehrt auch das Gegenüber in der »Willkommenskultur«. »Heidenau« und »Hauptbahnhof München« stehen stellvertretend für diese Konfrontation unterschiedlicher soziokultureller Milieus. Gegen die fortschreitende gesellschaftliche Polarisierung und Verrohung steht derzeit vor allem der umwälzende Pragmatismus derjenigen, die als Bürgerinnen und Bürger, in lokalen Initiativen und Verwaltungen, in der kommunalen Politik das tun, was getan werden muss: ankommende Fremde menschenwürdig unterbringen, möglichst rasch ihren Status klären, sie mit lokalen Gepflogenheiten vertraut machen, in soziale Lebensgemeinschaften aufnehmen, Teilhabe ermöglichen. Im Lokalen, in Gemeinden und Städten wird ein Zusammenleben auf der Basis der Menschenrechte wahr, werden Institutionen und Verwaltungshandeln verändert, insbesondere wenn den faktischen »Ober-

grenzen« Wohnraum, Schulen, Sprachkurse und Arbeitsplätze abgerungen werden. Dieses pragmatische Handeln, welches sich aus Humanität, Solidarität und Gerechtigkeitsidealen speist, ist derzeit der einzige gesellschaftlich verankerte Gegenpol zur populistischen Mobilisierung, überschreitet durchaus Klassen- und Schichtgrenzen, folgt womöglich einem Modell des Zusammenlebens, welches die Antipoden »deutsche Kultur« oder »Multikulturalität« pragmatisch in ein randloses Mosaik der Kommune auflöst.

Wer will, kann zudem sehen, wohin Privatisierungs- und Austeritätspolitik, Personaleinsparungen und Verwaltungsreformen geführt haben. Wer nicht mit einer Spirale ausufernder Gewalt auf Abschreckung und Vertreibung als Lösung setzen will, wird daran etwas ändern müssen. Bisher ist es den sozialstaatlich orientierten Parteien in Deutschland nur unzureichend gelungen, diese im Lokalen virulente Erkenntnis zu einem politischen Willen gegenüber dem Bundeshaushalt und der »schwarzen Null«, zu einem Bild vom demokratischen Sozialstaat in einer global vernetzten Ökonomie zu formen. Ein unverzichtbarer Bestandteil werden europäische Institutionen sein, die der tatsächlichen ökonomischen Verflechtung angemessen sind und den europäischen sozialen Ausgleich fördern, etwa eine europäische Arbeitslosenversicherung und tarifliche Standards. Ohne das Ziel eines europäischen Sozialstaates scheint der Absturz in das »Europa der Vaterländer« kaum aufzuhalten.

Die Verlockungen des Populismus und Völkischen machen allen Parteien zu schaffen, auch der Linkspartei. Lange Zeit wurde die Haltung »offene Grenzen für Menschen in Not« von etlichen Anhängern nicht geteilt, aber diese Haltung war nicht wahlentscheidend. Seit 2013 ist dies anders, seit eine politische Partei die Flüchtlingsfrage als Frage der sozialen Gerechtigkeit in Gestalt von Etabliertenvorrechten deutet. Bedenkenswert ist, was diese Abwendung verarbeitet: Seit ihrer Existenz kämpft die LINKE für andere Verteilungsverhältnisse, für eine »Umverteilung von oben nach unten«, aber in den Augen vieler ohne den versprochenen beziehungsweise erhofften Erfolg. Wer sich in seinen eigenen sozialstaatlichen Ansprüchen durch Fremde bedroht sieht, wird daher angesichts der angenommenen Machtlosigkeit der linken Kräfte nicht unbedingt darauf setzen, dass ausgerechnet jetzt die Umkehr der Verteilungsströme gelingt. In Ländern wie Polen und Ungarn hat die nationale soziale Frage inzwischen eine politische Heimat bei den Populisten und Völkischen gefunden. Sozialstaatlicher Nationalismus ist aber keine linke Perspektive.

Eine Politik der sozialen Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert zu entwickeln, hieße, mehreren Anforderungen gerecht werden zu müssen: Es sollte eine schlüssige und handlungsmächtige Deutung der sozialen Frage als Frage globaler Gerechtigkeit, des gleichen Rechts auf Glück geben. Die Trennung zwischen »sozialer« und »kultureller« Linker sollte überwunden werden, da soziale Fragen immer auch Fragen der Lebensweise sind, des gelebten Respekts vor Gleichheit und Aufklärung. Die Vorstellung eines demokratischen Sozialstaates sollte nationalstaatliche Grenzen nicht zur Existenzbedingung haben.

MIGRATION@WORK

ZUR SOZIALEN UND POLITISCHEN NEUZUSAMMENSETZUNG DER LOHNARBEIT

PETER BIRKE

»Werkverträge und Zeitarbeit sind auch Instrumente für die Integration von Flüchtlingen. Auch da sind sie wertvoll. Und in unserer arbeitsteiligen Wirtschaft, die gerade durch die Digitalisierung ihre Struktur noch weiter sehr viel verändert, brauchen wir das Instrument der Werkverträge. Das hat seit Jahrzehnten gut funktioniert, auch das Thema Zeitarbeit. Ich weiß überhaupt nicht, warum wir das einschränken sollen und limitieren sollen.«
Ulrich Grillo, Bundesverband der Deutschen Industrie im Deutschlandfunk, 26. Februar 2015

Kein Zweifel: Die sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik und insbesondere die Zusammensetzung der Arbeiterklasse werden sich durch die aktuelle Massenflucht nach Europa verändern. Angesichts eines öffentlichen Diskurses, der sich stets neu überschlägt und in dem teils schrille Töne angeschlagen werden, entsteht der Eindruck, dass diese Veränderungen sehr umfangreich sein werden. Zwar kann man mit Recht daran erinnern,

dass bis 1970 ein Vielfaches der Menschen, die aktuell vor Krieg und Elend flüchten, allein in die heutigen westlichen Bundesländer eingewandert sind. Dennoch: Die sozialen Herausforderungen sind heute nicht zu unterschätzen. Dies auch deshalb, weil die Debatte von verschiedenen Akteuren genutzt wird, um Pflöcke einzuschlagen: gegen den Mindestlohn, für eine weitere Deregulierung der Arbeitsmärkte, für die Aufrechterhaltung des Leiharbeits- und Werkvertragsunwesens in der bisherigen Form.

Die politische Linke wirkt angesichts der Beschwörung vermeintlicher Bedrohungen und des öffentlich manifestierten Rassismus eher ratlos. Das liegt nicht zuletzt daran, dass sozial- und arbeitspolitische Perspektiven in den Debatten um aktuelle Migrationsbewegungen nur schwach verankert sind. Es ist deshalb dringend erforderlich, sich (auch analytisch-theoretisch) über das Verhältnis von Migration, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik Gedanken zu machen. Wie positionieren wir uns beispielsweise, wenn sich der angekündigte soziale Wohnungsbau als Substandard entpuppt? Wie können wir Versuche kontern, (Langzeit-)Erwerbslose und Geflüchtete gegeneinander auszuspielen? Und wie verhalten wir uns zu den arbeitsmarktpolitischen Forderungen der Kapitalseite, die, wohlgemerkt, in der Bundesrepublik nach wie vor zu den lautstarksten Befürwortern einer sozial selektiven Grenzöffnung zählt?

ARBEITSMÄRKTE ERSTER UND ZWEITER KLASSE

Die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen der neuen MigrantInnen, die ich im Folgenden diskutieren werde, sind insofern nur eines von vielen drängenden Themen, wenngleich ein wichtiges. Dabei wird auf den ersten Blick deutlich, dass Fragen von Arbeitsmarkt und Arbeitsverhältnissen nicht in der üblichen Engführung diskutiert werden können, wenn es um die (neue) Migrationsgesellschaft geht. Gravitationszentrum des Diskurses wie auch der Versuche einer Neuzusammensetzung der Klasse ›von oben‹ ist nämlich das unendlich verschachtelte System der Aufenthaltsrechte oder vielmehr die Organisierung des Übergangs von einem mehr oder weniger ›geduldeten‹ oder ›bewilligten‹ Status zum nächsten. Ein breiter Konsens im öffentlichen politischen Diskurs zur sogenannten Asylfrage besteht aktuell darin, dass nicht das Asylverfahren selbst, wohl aber diese Übergänge durch Wohlverhalten und Anpassungsbereitschaft gefördert werden können. Das gilt insbesondere für Menschen mit einer Duldung, bei denen die Verfestigung des Aufenthaltsstatus durch »eigene Integrationsleistungen« begünstigt werden kann.[1] Das ist an sich nichts Neues – Unsicherheit bezüglich des Aufenthaltsstatus und die mehr oder weniger starke Verbindung zwischen Job und Aufenthalt sind bereits seit vielen Jahrzehnten wichtige Merkmale der Unterschichtung des Arbeitsmarktes. Schon

PETER BIRKE ist Historiker und Politologe. Derzeit arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen. Er ist Redakteur der Zeitschrift *Sozial.Geschichte Online* und ist seit vielen Jahren gewerkschaftlich und stadtpolitisch aktiv.

zu Zeiten der sogenannten Gastarbeiter haben sich der Kampf um soziale Rechte (gegen das Ausländergesetz oder für Rechte nach dem Betriebsverfassungsgesetz) und jener für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen notwendigerweise verschränkt. Andersherum ist das Erpressungspotenzial, das Arbeitgeber gegenüber Menschen mit legalem Sonderstatus haben, selbstverständlich ungleich höher.

Arbeitsgeberverbände und CDU/CSU versuchen dieses Potenzial im Sinne einer Verallgemeinerung der Absenkung sozialer Standards oder der Abwehr sozialer Verbesserungen zu nutzen: Forderungen wie die nach dem Aussetzen des Mindestlohns in den ersten sechs Monaten nach Ankunft in der Bundesrepublik sind nur die Spitze des Eisbergs. Aber es geht nicht nur um die seit Längerem herbeigesehnte Durchlöcherung des Mindestlohns – die sogenannte Flüchtlingskrise wird gern auch dann herangezogen, wenn die Aufrechterhaltung des Outsourcing-Regimes oder die Erosion von Tarifverträgen durch die Bewahrung des Planetensystems von Werk- und Zeitverträgen begründet werden soll. Ähnlich positionieren sich Arbeitergeber in Bezug auf die sogenannte Vorrangprüfung: Bei Geflüchteten in fast allen Statusgruppen ist es bisher so, dass in den ersten vier Jahren des Aufenthalts danach gefragt werden muss, ob es »bevorrechtigte« deutsche oder EU-Bürger auf dem Arbeitsmarkt gibt, bevor mit ihnen eine Stelle besetzt werden kann. Gleichzeitig sollen die branchenüblichen Arbeits- und Entlohnungsbedingungen auf ihre Einhaltung kontrolliert werden. Vor allem der letztgenannte Aspekt wird von den Arbeitgeberverbänden angegriffen: Er sei mit einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes unvereinbar. An dieser Stelle wird deutlich, dass es bei der ›positiven‹ Haltung vieler Unternehmen und Arbeitgeberverbände keinesfalls um ›offene Grenzen‹, sondern vielmehr um ›offene Arbeitsmärkte‹ geht – eine Forderung, die einer rigiden Reetablierung des europäischen Grenzregimes nicht widersprechen muss. Die vorgesehene Unterschichtung des Arbeitsmarkts basiert vielmehr auf einer auf Dauer angelegten und kontinuierlichen sozialen Sortierung der Migration selbst, für die wiederum das Funktionieren des Grenz- und Abschiebesystems eine wesentliche Voraussetzung ist.

GEWERKSCHAFT FÜR ALLE

Wie dem auch sei: Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertretungen werden zukünftig in weitaus mehr Unternehmen als bislang damit konfrontiert sein, dass nicht nur der Arbeitsvertrag (in Bezug auf seine Form und die unterzeichneten Vertragsparteien), sondern auch der Aufenthaltsstatus von Beschäftigten ihre betrieblichen Rechte und Handlungsmöglichkeiten beeinflusst. Und dieser Umstand wird eine neue Form von Unsicherheit schaffen, die von den betrieblichen Interessenvertretungen bislang eher als Randbedingung begriffen wurde und verdrängt werden konnte. Sie manifestiert sich nicht allein in der Gefahr einer Abschiebung in sogenannte sichere Herkunftsstaaten oder in die Pufferstaaten des neuen Grenzregimes, sondern auch in mangelnder Anerkennung vorhandener Qualifikationen oder in der Zuweisung von Rest-Jobs, die andere nicht übernehmen wollen.

Zweifellos ist vor diesem Hintergrund zunächst richtig, dass sich die DGB-Gewerkschaften dagegen wenden, den eben eingeführten Mindestlohn noch weiter zu durchlöchern. Auch die Forderung nach einer wirksamen Kontrolle der Einhaltung grundlegender Arbeitsrechte und Mindestbedingungen ist nicht verkehrt – solange sich dies nicht gegen die Beschäftigten, sondern gegen die Arbeitgeber wendet, die die Menschen für ihr Sozialdumping instrumentalisieren. Es bleibt aber das Problem, dass keine der Forderungen, die die Gewerkschaften an den Staat richten, das Problem der Unterschichtung des Arbeitsmarktes aufhebt. Menschen, die es über die mittlerweile wieder zahllosen europäischen Grenzen geschafft haben und deren schlechte Existenzgrundlage aktuell das Asylbewerberleistungsgesetz ist, werden sich kaum daran hindern lassen, durch wie auch immer bezahlte und gegebenenfalls auch illegalisierte Beschäftigung über das Existenzminimum zu gelangen. Die einzige Strategie, die verspricht, der sozialen Spaltung der Beschäftigten entgegenzuwirken, ist, soziale Rechte und Verbesserungen der Arbeits- und Entlohnungssituation für *alle* Beschäftigten einzufordern. Bei der Durchsetzung dieser Forderung muss versucht werden, an Formen migrantischer Selbstorganisation anzuknüpfen. Nicht ganz unwichtig wäre dabei auch, Gewerkschafts- und BetriebsaktivistInnen für ein solches Projekt zu gewinnen.

Dies ist einfacher gesagt als getan. Aber vielleicht hilft auch in dieser Hinsicht die Feststellung weiter, dass ein »race to the bottom«, die Unterbietungskonkurrenz der in Lohnarbeit Beschäftigten, keinesfalls erst durch die sogenannte Flüchtlingskrise hervorgebracht wurde. Die Suche nach einer politischen Antwort auf die soziale Neuzusammensetzung der Klasse hat selten zu schnellen Antworten geführt, dennoch blieb und bleibt sie stets auch ein Problem der Solidarität und der kollektiven Organisierung. ›Unterschichtung‹ ist als solche (auch als historiografisch eingeführter Begriff) ja nicht neu: Sie charakterisierte das Gastarbeiterregime der 1960er Jahre bis zum Aufnahmestopp von 1973 – wenngleich mit dem Unterschied, dass sie in dieser Phase weitgehend unter Wachstumsbedingungen stattfand und insofern



Die mexikanisch-amerikanische Grenze hat eine Länge von über 3 000 Kilometern, »Walls – Muros« © 2015

die Konkurrenz zwischen unterschiedlichen Beschäftigtengruppen relativiert wurde. Festzuhalten ist aber, dass die Verwerfungen, die selbst in den Boom-Jahren mit der Etablierung des Gastarbeiterregimes (Karakayali/Tsianos 2005) einhergingen, nicht so sehr durch moralische Appelle an die Solidarität, sondern vor allem vermittels einer konkreten Bezugnahme auf migrantische Kämpfe bearbeitet wurden: negativ auf der Grundlage rassistischer Deutungen, aber auch positiv, indem sich MigrantInnen mit Arbeits- und Wohnkämpfen Zugang zu sozialen Rechten verschafften. Für die politische Linke bedeutet das, nach den Positionen zu suchen, die es ermöglichen, von der wichtigen Solidaritätsarbeit zu Formen gemeinsamer Organisierung zu kommen – wobei es auch hier weniger auf Konzepte als auf Praxisbeispiele ankommt.[1]

Die Dramatik der Fluchtbewegungen und die sich überschlagenden populistischen Diskurse lassen leicht übersehen, auf welche Erfahrungen in der arbeitspolitischen Auseinandersetzung mit der Segmentierung und sogar Fragmentierung von Arbeit und Beschäftigung bereits zurückgegriffen werden kann. In Niedersachsen etwa sind das Auseinandersetzungen um die Arbeitsbedingungen von Werkvertragsnehmern im Oldenburger Land oder auf einer Papenburger Werft, in denen sich die Forderung nach Schutz vor Ausbeutung (als Menschenrecht) und gewerkschaftliche Argumentationen verbunden haben. Immerhin hat der Konflikt zu einer relativ kontinuierlichen Zusammenarbeit zwischen osteuropäischen MigrantInnen, der lokalen Gewerkschaft *Nahrung-Genuss-Gaststätten* und lokalen Sozialinitiativen geführt. Ähnliche Arbeitskämpfe von über Werkverträge Beschäftigten fanden in den letzten Jahren auch in anderen Städten statt.[2] Sie deuten eine Perspektive an, die meines Erachtens insbesondere für die Verbindung zwischen gewerkschaftlicher und politischer Perspektive in Migrationskonflikten wichtig wäre. Die traditionellen Formen (gewerkschaftlicher) Arbeitspolitik reichen nicht mehr aus, denn migrantische Arbeit war und ist zumindest in der ersten Generation in der Regel mit einer umfassend prekären Lebenssituation verknüpft. Das heißt, die Forderung nach guter Arbeit muss zum Beispiel ergänzt werden um Kämpfe für bessere Wohnbedingungen und eine Stabilisierung des legalen Status. Dies ist keine Neuigkeit – dies galt bereits für frühere Generationen. Neu ist bestenfalls die Dimension der Herausforderung, auf die aktuell reagiert werden muss.

DIE LINKE UND MIGRATION

Festzuhalten bleibt schließlich, dass im migrationspolitischen Diskurs auch der bundesdeutschen Linken das Thema Arbeit nach 1973 lange keine zentrale Rolle spielte, ein Luxus, den wir uns wohl nicht viel länger leisten werden können. Die etablierte Arbeitsteilung, nach der das Thema Beschäftigung und Arbeitskämpfe für antirassistische Politik eher kaum von Bedeutung ist, wird nicht länger aufrechtzuerhalten sein. Die Sichtbarmachung der Berufe von Flüchtlingen oder der Versuch, mehr oder weniger selbstorganisierte gewerkschaftliche Strukturen zu fördern, hat beispielsweise in den Kampagnen der Hamburger Lampedusa-Flüchtlinge eine erste Bresche geschlagen, die aufzeigt, wie und in welchen

Formen eine Bearbeitung dieser Thematik überhaupt möglich sein könnte (vgl. Bremme in *LuXemburg* 1/2015). Auch die erwähnten Skandalisierungen der Ausbeutung von (migrantischer) Werkvertragsarbeit könnten hierfür Anhaltspunkte bieten. Alles in allem ist Arbeitspolitik ebenso wie Sozial-, Stadtentwicklungs- oder Wohnungspolitik mit dem Zusammenbruch und der Neuordnung jenes Grenzregimes konfrontiert, das die weltweiten Fluchtbewegungen bis vor zwei Jahren noch an den europäischen Grenzen aufgehalten hat. Dem Mainstream der aktuellen Politik geht es – bedauerlicherweise bis in die grüne Partei hinein – um eine doppelte Rekonstruktion dieser Grenzen: erstens, indem die Kooperation mit den EU-Grenzländern neu geregelt wird, und zweitens, indem Rechte und Pflichten der Geflüchteten in einer Weise definiert werden, die bezogen auf den Arbeitsmarkt teils dem bereits etablierten Aktivierungsparadigma folgen (Stichwort: Integrationskurse), teils durch Branchenbedingungen und lokale Arbeitsmärkte konfiguriert sind (Stichwort: Qualifizierung in ›Mangelberufen‹) und schließlich in wieder anderen Bereichen mit dem bereits seit vielen Jahren betriebenen Ausbau des Niedriglohnsektors korrespondiert. Ein neues inneres Grenzregime etabliert sich in diesem Nadelöhr zwischen den oben genannten Regulierungskontroversen und ihrer mikropolitischen Umsetzung, die selbst für weite Teile der kritischen Migrationsforschung bis heute *terra icognita* ist, vielleicht auch weil sie auf dieser Ebene die Frage nach dem Eigensinn und der Selbstorganisation der MigrantInnen ebenso wie die ›praktische‹ Arbeitspolitik selbst systematisch einzubeziehen hätte. Aber es kommt hinzu, dass derzeit die konkrete Ausformung der ›neuen Normalität‹ des inneren Grenzregimes völlig offen erscheint. Und es wird auch eine ganze Weile unklar bleiben, wie die potenziell aus der Unterschichtung betrieblicher Arbeitsmärkte resultierenden sozialen Konflikte ausgetragen werden – einschließlich der meines Erachtens nicht unberechtigten Befürchtung, dass die ohnehin vorhandenen potenziellen Konflikte zwischen Kern- und Randbelegschaften rassistisch konnotiert werden. Obwohl die permanente Neuzusammensetzung migrantischer Arbeit es sicherlich nicht leicht machen wird: Gegen diese Gefahr Formen gemeinsamer und dauerhafter Organisierung zu etablieren und die neue Migration als Herausforderung auch der Formen zu begreifen, in denen der Kampf um soziale Recht und gesellschaftliche Teilhabe bislang ausgetragen wurde, ist aus Sicht der bundesdeutschen Linken bestimmt einer der wichtigsten Herausforderungen und Resultate der Krise des europäischen Grenzregimes.

LITERATUR

Jobelius, Matthias, 2015: *Zwischen Integration und Ausbeutung. Rumänen und Bulgaren in Deutschland. Bilanz nach einem Jahr Arbeitnehmerfreizügigkeit,* Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

Karakayali, Serhat und Vassilis Tsianos, 2005: Mapping the Order of New Migration. Undokumentierte Arbeit und die Autonomie der Migration, in: *Peripherie*, 97/98, 35–64

1 Zu migrantischen Protesten der jüngeren Zeit vgl. die zweite Ausgabe der Zeitschrift Movements. Journal für Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung.

2 Vgl. hierzu www.linkes-forum-oldenburg.de/88-aktuelles/164-migrantische-arbeit-und-fleischproduktion-in-niedersachsen.html. Zur Situation von Menschen aus Rumänien und Bulgarien in Deutschland vgl. Jobelius 2015.

FLUCHTBEKÄMPFUNG STATT FLUCHTURSACHEN-BEKÄMPFUNG

WIE DIE EU IHRE AUSSENGRENZEN IN ERITREA SCHÜTZT

MARIA OSHANA

Mit dem Anstieg der Fluchtbewegungen ins Zentrum Europas ist das bisherige Grenzregime, von dem vor allem Deutschland profitiert hatte, infrage gestellt. Die temporäre Wiedereinführung von Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raums verlangt aus Sicht der ›Wir-schaffen-das-Kanzlerin‹ nach Maßnahmen zur effektiveren Migrationskontrolle. Damit dem ›Sommer der Migration‹ kein weiterer folgen kann, werden unterschiedliche Maßnahmen zur Bewältigung der ›Flüchtlingskrise‹ ergriffen: Nach innen erleben wir in kurzer Folge die zweite Verschärfung des Asylrechts, die weitere Länder auf die Liste der ›sichereren Herkunftsstaaten‹ setzt (vgl. Pelzer in diesem Heft). Zudem wird in der EU um Aufnahmekontingente, die Aussetzung von Schengen und die Zukunft des Dublin-Systems gerungen und werden außerhalb der EU mit Transitstaaten Abkommen zur Grenzsicherung und Rückübernahme geschlossen. Von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet reicht die EU-Grenzsicherung damit längst bis

ans Horn von Afrika und die Migrationskontrolle respektive Fluchtverhinderung wird bis in die Herkunftsstaaten ausgeweitet.

ABWEHREN: DIE FESTUNG EUROPA AUSBAUEN

Die EU-Außengrenzen werden längst nicht mehr national, sondern zunehmend gemeinschaftlich gesichert. Für die Koordinierung einer einheitlichen Grenzsicherung wurde 2004 die Grenzschutzagentur Frontex eingerichtet und seitdem zu einer Grenzschutzpolizei mit vielfältigen Aufgaben ausgebaut. Im Mittelmeer etwa patrouillieren seit November 2014 deren Küstenwachschiffe vor Italien. Diese Operation Triton dient nicht der Grenzsicherung im eigentlichen Sinne, sondern der ›Schleuserbekämpfung‹, also der Sicherung der italienischen Küsten vor ankommenden Flüchtlingsbooten.

Zur Migrationsabwehr gehört seit dem Sommer 2015 auch ein Militäreinsatz: die Operation EU NAVFOR Med im südlichen Mittelmeer. Diese dient der »Unterbindung des Geschäftsmodells der Menschenschmuggel- und Menschenhandelsnetzwerke im südlichen und zentralen Mittelmeer« (Bundesregierung 2015). Auch Deutschland ist daran mit bis zu 950 Truppen beteiligt und hat dafür allein im Haushaltsjahr 2016 um die 32 Millionen Euro bereitgestellt. Eine Fortsetzung der italienischen Seenotrettung Mare Nostrum hätte die Bundesregierung deutlich weniger gekostet. Diese hatte von Oktober 2013 bis Oktober 2014 etwa 130 000 Menschen das Leben gerettet, musste jedoch Ende 2014 eingestellt werden, weil kein EU-Mitglied bereit war, sich an den monatlichen Kosten von 9 Millionen Euro zu beteiligen.

AUFHALTEN: GRENZKONTROLLEN AUSLAGERN

Die afrikanischen Staaten gehören – trotz zeitweise deutlich größerer Fluchtbewegungen aus Syrien, Afghanistan und Irak – zu den wichtigen ›Herkunftsländern‹ von MigrantInnen. Um sicherzustellen, dass möglichst wenige den Kontinent in Richtung Europa verlassen, setzen die EU und Deutschland seit Jahren auf die Zusammenarbeit mit Regierungen der südlichen Mittelmeerstaaten. Diese zielt in erster Linie darauf ab, Menschen auf ihrem Weg nach Europa aufzuhalten. Das wohl bekannteste und berüchtigtste Beispiel ist die Kooperation mit dem damaligen Präsidenten Libyens, Muammar al Gaddafi. Vom Westen wegen seiner Regierungsführung und der antiwestlichen Außenpolitik massiv kritisiert, war er bei der Flüchtlingsabwehr ein geschätzter Partner. Libyen kommt aufgrund seiner Lage und seiner 1770 Kilometer langen Mittelmeerküste eine Schlüsselrolle bei der Migrationskontrolle zu. Zunächst mit italienischen, später auch mit europäischen Geldern wurden dort seit 2003 Flüchtlingslager errichtet und die Küstenwache verstärkt. Mit dem gewaltsamen Sturz Gaddafis durch die internationale Militärintervention im Jahr 2011 endete diese Kooperation.

MARIA OSHANA ist Sozialökonomin. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Bundestagsfraktion der LINKEN beschäftigt sie sich mit weltweiter Kriegs- und linker Friedenspolitik. In ihrer Freizeit kocht sie an der griechisch-mazedonischen Grenze für Geflüchtete.

Seitdem ist der Weg über Libyen wieder zu einer bevorzugten Migrationsroute nach Europa geworden. Auch deshalb sind die EU-Staaten an der zügigen Bildung einer international anerkannten Regierung interessiert. Eine zumindest dem Anschein nach legitime Regierung wird auch benötigt, um den Einsatz von Truppen im Rahmen der dreistufigen Marine-Operation EU NAVFOR Med zu genehmigen. Nach den ersten beiden Phasen der Seebeobachtung und des Umlenkens von Booten auf hoher See steht die Jagd auf Schleuser und Fluchthelfer und deren Infrastruktur im Land selbst auf dem Programm. Rechtlich zulässig ist dies nur mit UN-Mandat oder mit Zustimmung der lybischen Regierung – deren ›Qualität‹ spielt dabei eine untergeordnete Rolle.

Ähnliches gilt für andere Länder des südlichen Mittelmeerraums: Mit dem Arabischen Frühling endeten die Bündnisse zur Grenzsicherung mit Tunesien und Ägypten nur vorläufig, es wurden umgehend Verhandlungen mit den neuen Regierungen aufgenommen. Mit Tunesien besteht seit 2014 zudem eine sogenannte Mobilitätspartnerschaft, die neben einem Rückführungsabkommen auch eine Verlagerung des Flüchtlingsschutzes von der EU nach Tunesien vorsieht, obwohl Geflüchteten dort grundlegende Rechte verwehrt werden. Als Gegenleistung für das Aufhalten von MigrantInnen erhält Tunesien personelle und finanzielle Unterstützung bei der Grenzsicherung und Visaerleichterungen für bestimmte Personengruppen. Eine ähnliche Mobilitätspartnerschaft wurde 2013 mit Marokko vereinbart – dem Land, das bis heute eine faktische Kolonialherrschaft in der Westsahara ausübt. Auch mit Algerien wird eine solche angestrebt.

Während auf EU-Ebene weitere Mobilitätspartnerschaften in Planung sind, will die Bundesregierung Tunesien, Algerien und Marokko ungeachtet gravierender Defizite bei den Menschen- und Freiheitsrechten zu sicheren Herkunftsstaaten erklären (vgl. Pelzer in diesem Heft). Damit sollen Asylverfahren und Abschiebungen beschleunigt und der Trend steigender Migrationszahlen aus diesen Ländern gestoppt werden.

FESTHALTEN: EIN PAKT MIT DESPOTEN

Eine weitere Dimension der Migrationskontrollen lässt sich am Khartoum-Prozess verdeutlichen. Künftig sollen Menschen bereits am Verlassen ihres Herkunftslandes gehindert werden, unabhängig davon, ob dort ein Bürgerkrieg tobt oder autoritäre Regierungen an der Macht sind, die von europäischer Seite bislang als ›Partner‹ eher gemieden wurden.

Seit dem 28. November 2014 gibt es die *EU-Horn of Africa Migration Route Initiative* (auch Khartoum-Prozess genannt), eine Vereinbarung zwischen den EU-Ländern, Dschibuti, Eritrea, Äthiopien, Kenia, Somalia, Sudan, Südsudan, Ägypten und Tunesien. Erklärtes Ziel ist auch hier die Bekämpfung von Schleuserkriminalität und Menschenhandel, und zwar entlang einer Route, die vom Golf von Aden über die ans Rote Meer angrenzenden Staaten bis zur Mittelmeerküste nach Europa reicht.

Am Beispiel Eritrea wird die politische Tragweite der Initiative deutlich. Der Aktionsplan umfasst ein Projekt zur »Stärkung der institutionellen und personellen Kapazitäten der eritreischen Regierung bei der Migrations-

kontrolle« (EU 2015). In Deutschland erhalten Menschen aus Eritrea in neun von zehn Fällen politisches Asyl. Zwischen 3 000 und 5 000 Männer und Frauen entziehen sich monatlich der Unterdrückung des Regimes durch Flucht. Von den insgesamt etwa 420 000 Geflüchteten haben 2014 knapp 37 000 in der EU Asyl beantragt, etwa die Hälfte davon in Deutschland. Die Anerkennungsquote von eritreischen Asylsuchenden in Deutschland liegt seit Jahren stabil bei über 90 Prozent.

Seit der Unabhängigkeit von Äthiopien im Jahr 1993 ist Eritrea regional und international isoliert. Als Folge des Krieges mit Äthiopien (1998–2000) gilt das Land als hochgradig militarisiert. Menschenrechtsorganisationen und die Vereinten Nationen kritisieren willkürliche Verhaftungen und Tötungen, Folter, politische Verfolgung, grausame Haftbedingungen, Zwangsarbeit sowie Einschränkungen der Bewegungs-, Meinungs-, Glaubens- und Religionsfreiheit. In Sachen Pressefreiheit belegt Eritrea bei *Reporter ohne Grenzen* den letzten Platz. Seit 2002 müssen alle StaatsbürgerInnen zwischen dem 18. und dem 50. Lebensjahr Militärdienst leisten, der eigentlich auf 18 Monate begrenzt ist, aber regelmäßig über Jahre verlängert wird. Die Wehrdienstleistenden werden häufig zu Arbeiten in der Landwirtschaft oder Verwaltung zwangsverpflichtet und sind Misshandlungen ausgesetzt. Der Militärdienst ist der Haupt-, aber nicht der alleinige Grund, das Land zu verlassen. Wem dies gelungen ist, der oder die ist jedoch noch lange nicht sicher vor dem Regime: Dieses erpresst von den Geflüchteten eine ›Exilsteuer‹, indem sie mit Bestrafung der im Land verbliebenen Angehörigen droht.

Was bedeutet die »Stärkung der institutionellen und personellen Kapazitäten der eritreischen Regierung bei der Migrationskontrolle« vor diesem Hintergrund? Eritrea ist kein Transit- oder Zielland für Migration oder Tourismus. Es ist aber Herkunftsland von Menschen, die vor politischer Verfolgung fliehen – die Anerkennungsquote spricht für sich. Die Stärkung der eritreischen Regierung bei der Grenzsicherung kann demnach nur bedeuten, dem Regime dabei zu helfen, seine Unterdrückung ungestraft fortzusetzen und die Opfer daran zu hindern, sich dieser zu entziehen – und sie damit von asylrechtlichem Schutz in der EU und in Deutschland fernzuhalten.

Ähnliche Projekte wie das in Eritrea sind für Südsudan und Sudan geplant. Im Sudan soll ein regionales Trainingszentrum zur Schleuserbekämpfung eingerichtet, im Südsudan das Grenzmanagement verbessert werden. Zur Erinnerung: Der sudanesische Präsident Omar al Bashir wird vom Internationalen Strafgerichtshof wegen Völkermord und Kriegsverbrechen gesucht. Im Südsudan herrscht Bürgerkrieg, in dem der gewählte südsudanesische Präsident Salva Kiir eine Armee und Milizen befehligt, die gezielt Verbrechen an der Zivilbevölkerung begehen. Beide Länder befinden sich zudem in einem anhaltenden Konflikt miteinander, unter anderem kämpfen sie um die ölreiche Region bei Abyei in unmittelbarer Nähe der bis heute umstrittenen zwischenstaatlichen Grenze. In beiden Ländern finden zudem internationale Militäreinsätze statt. Ähnlich wie im Fall Eritreas würde ein ›verbessertes‹ Grenzmanagement bedeuten, die massenhafte Flucht vor anhaltender Gewalt zu unterbinden.

Pro Asyl nennt den Khartoum-Prozess einen Pakt mit Despoten. Dieser Ansicht sind auch VertreterInnen der Regierungsfraktionen. Am 10. Juni 2015 waren die hohen Flüchtlingszahlen und ein UN-Menschenrechtsbericht zu Eritrea Thema einer von CDU/CSU und SPD beantragten Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag. Fast alle zeigten sich bestürzt angesichts der miserablen Menschenrechtslage. Fraktionsübergreifend bestand Einigkeit, Flüchtlingen aus Eritrea helfen, aber auch Verbesserungen für die Lebensbedingungen der Menschen im Land selbst erreichen zu wollen. Man müsse deshalb zwar mit dem Regime im Dialog bleiben, dürfe es aber keinesfalls stärken.[1] Die geplante Unterstützung der eritreischen Regierung bei der Grenzsicherung wurde mit keinem Wort erwähnt, was daran liegen mag, dass der bereits am 27. April 2015 verabschiedete Aktionsplan monatelang unter Verschluss gehalten wurde. Öffentlich wurden die Pläne erst, als der Aktionsplan der ARD zugespielt wurde und *Monitor* am 23. Juli 2015 darüber berichtete. Deutschland ist jedoch Mitglied im Lenkungsausschuss des Khartoum-Prozesses und somit an der Entwicklung dieser Projekte direkt beteiligt. Offenbar hat die Bundesregierung die Abgeordneten vor der Plenardebatte nicht über die geplante Unterstützung der eritreischen Regierung unterrichtet. Nach Bekanntwerden der beschlossenen Projekte wurden diese auch nicht infrage gestellt, eine Kurskorrektur blieb aus. Im Gegenteil: Am 15. Dezember 2015 reiste mit Entwicklungsminister Gerd Müller erstmals nach 20 Jahren ein hochrangiger deutscher Politiker nach Eritrea, um mit dessen Präsidenten Afewerki über künftige Entwicklungszusammenarbeit und die Eindämmung der Migration zu sprechen.

MIGRATION VERHANDELN UND EINEN AKTIONSPLAN BESCHLIESSEN

Unterdessen wurde der ›Pakt‹ auf dem jüngsten EU-Afrika-Gipfel zu Migration mit deutscher Beteiligung auf weitere Staaten ausgeweitet und konkretisiert. Neben Vertretern von EU und Afrikanischer Union kamen im November 2015 im maltesischen Valetta auch Repräsentanten aller Staaten des Khartoum-Prozesses sowie der Sahel-Region und aus West- und Ostafrika zusammen. Mit EUROPOL, Frontex und INTERPOL waren zudem die für Migrationsabwehr relevanten polizeilichen Institutionen vertreten. Am Ende des Gipfels wurde ein Aktionsplan gegen ›irreguläre‹ Migration verabschiedet und dafür von der EU ein 1,8 Milliarden Euro schwerer Treuhandfond aufgelegt, aus dem nicht zuletzt Projekte finanziert werden sollen, die die Rückkehr und Aufnahme von abgeschobenen Flüchtlingen in den Herkunftsländern erleichtern sollen.[2] Zu den wichtigen Ergebnissen des Gipfels gehört auch die von der EU vehement geforderte Selbstverpflichtung der afrikanischen Staaten, ihre illegal in die EU eingereisten Staatsangehörigen zurückzunehmen, genauso wie ein verbesserter Schutz der eigenen Landesgrenzen.

Da Überweisungen emigrierter Staatsangehöriger eine wichtige Einnahmequelle für deren überwiegend schwache Volkswirtschaften darstellen, hatten die afrikanischen Teilnehmer ein Interesse daran, die Rückübernahmeverpflichtungen wenigstens teilweise durch Erleichterungen bei der Migration in die EU auszugleichen. Diese Forderungen

konnten allerdings nicht durchgesetzt werden. Eine wirkliche Kompensation stellt – entgegen den Behauptungen von EU-Seite – auch der Fond nicht dar. Zum einen fällt die Gesamtsumme von 1,8 Milliarden Euro für 34 Staaten sehr niedrig aus. Zum anderen liegt die Entscheidung darüber, welche Projekte aus dem Fond finanziert werden, ausschließlich bei denjenigen Staaten, die zusätzlich mindestens 3 Millionen Euro in den Treuhandfond eingezahlt haben. Zu diesen Ländern gehört Deutschland. Die begünstigten afrikanischen Länder und Regionalorganisationen dürfen auf Einladung zwar an den Sitzungen teilnehmen, haben aber kein Stimmrecht. Insgesamt soll auch hier nach dem Prinzip *more for more* verfahren werden: Finanzhilfen werden daran geknüpft, ob die afrikanischen Staaten bei der Migrationskontrolle kooperieren.

FLUCHTURSACHEN, NICHT FLUCHT BEKÄMPFEN

Um unerwünschte Migration einzudämmen, ist die EU nicht nur bereit, ihren ›Grenzschutz‹ bis in die südlichen Mittelmeerländer auszuweiten, sondern auch mit Staaten zu kooperieren, aus denen fast ausschließlich politisch Verfolgte kommen – siehe Südsudan und Eritrea. Initiativen wie der Khartoum-Prozess bekämpfen nicht Fluchtursachen, sondern Migration selbst – und damit auch Flucht. Die wesentlichen Gründe, die Menschen dazu bewegen, ihre Herkunftsländer zu verlassen, werden systematisch ausgeblendet: Armut, Unterdrückung, bewaffnete Konflikte, westliche Militärinterventionen, Klimawandel oder Umweltverschmutzung. Stattdessen richtet sich der Blick auf Migrationssysteme und deren Akteure: sogenannte Schlepper und Menschenhändler. Sie werden zu Verursachern umgedeutet, wo sie lediglich Nutznießer der vermeintlichen Illegalität von Migration sind. Ihre ›Geschäftsgrundlage‹ sind Gewaltkonflikte, Unterdrückung und lebensbedrohende Armut, ihr ›Geschäftszweig‹ ist das Überwinden von Mauern, Zäunen und Grenzen. Eine effektive Bekämpfung von Schleuserkriminalität läge darin, ihre Geschäftsgrundlage zu beseitigen – daran besteht bei den zentralen Akteuren der EU aber wenig Interesse.

Unabhängig davon, warum sich Menschen zur Migration entscheiden, ob aus Angst vor Verfolgung, Umweltzerstörungen oder um ihre Ansprüche an ein erfülltes Leben zu verwirklichen –, sie alle haben ein Recht auf ein Leben in Frieden und Freiheit. Deshalb geht es nicht allein darum, menschenverachtende Grenzregime anzugreifen und das Recht auf Migration und Asyl zu verteidigen. Im Zentrum linker Migrationspolitik muss die Beseitigung von Fluchtursachen stehen und die Herstellung gerechter globaler Verhältnisse. Deshalb muss sie auch und vor allem internationale und internationalistische Friedenspolitik sein.

LITERATUR

Bundesregierung, 2015: Antrag auf Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-Operation EUNAVFOR ME als ein Teil der Gesamtinitiative der EU zur Unterbindung des Geschäftsmodells der Menschenschmuggel- und Menschenhandelsnetzwerke im südlichen und zentralen Mittelmeer, BT-Drucksache 18/6013 v. 16.9.2015, Berlin

EU, 2015: EU Meeting Document DS 1250/15

1 Vgl. zur Debatte im Bundestag http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/18/18108.pdf#P.10355.

2 Vgl. hierzu den Valetta Summit Action Plan unter: www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2015/11/12-valletta-final-docs/.

ROLLBACK IM SCHNELLVERFAHREN

ASYLPAKETE I + II UND KEIN ENDE

MAREI PELZER

Seit Herbst 2015 jagt eine Asylrechtsverschärfung die nächste. Während Kanzlerin Merkel noch für offene Grenzen eintrat, bereitete das Bundesinnenministerium – getrieben von Populisten wie dem bayerischen Ministerpräsidenten Seehofer – bereits eine härtere Gangart gegenüber Flüchtlingen auf dem Rechtsweg vor. Diese soll Handlungsfähigkeit und Entschlossenheit demonstrieren, zur Bewältigung der eigentlichen Herausforderungen, die die Aufnahme großer Zahlen von Flüchtlingen mit sich bringt, nutzen die beschlossenen Asylpakete fast gar nichts. Stattdessen tragen sie dazu bei, die feindliche Stimmung in Teilen der Bevölkerung weiter anzuheizen. Folge dieser Politik ist, dass Errungenschaften im Flüchtlingsrecht abgebaut werden, es droht ein Rollback in schnellen Schritten.

SONDERGESETZE GEGEN BALKAN-FLÜCHTLINGE

Bis in den Spätsommer 2015 richtete sich der öffentliche Abwehrdiskurs primär gegen Asylsuchende aus den Balkanländern. Seit

Jahren werden Menschen aus diesen Ländern meist in diskriminierender Absicht als Wirtschaftsflüchtlinge dargestellt. Schon im Vorjahr hatte man drei Balkanländer – nämlich Bosnien und Herzegowina, Mazedonien und Serbien – als »sichere Herkunftsländer« eingestuft. Während die Zustimmung grün mitregierter Länder im Bundesrat im Vorjahr noch zu Unruhen an der grünen Basis geführt hatte, regte sich diesmal bei der Erweiterung der Liste »sicherer Herkunftsländer« um Albanien, Montenegro und Kosovo im Herbst 2015 kaum noch Widerstand.

Die Unterscheidung der Flüchtlinge in ›gute‹ und ›schlechte‹ wurde über Jahre von wechselnden Bundesinnenministern propagiert. Den »unerwünschten« Balkan-Flüchtlingen wurde der Missbrauch der Sozialsysteme unterstellt – diese diskriminierende Zuschreibung wurde umgemünzt in Gesetzesverschärfungen, die für alle Schutzsuchenden aus den Balkanländern den Zugang zum Flüchtlingsstatus verbauten. Das rechtliche Konstrukt des sicheren Herkunftsstaates ist grundsätzlich problematisch. Als sicher gelten Staaten demnach, wenn »aufgrund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, dass dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, dass ein Ausländer aus einem solchen Land nicht verfolgt wird« (Grundgesetz, Art. 16a [3]). Asylanträge von Staatsangehörigen dieser Länder können dann pauschal als »offensichtlich unbegründet« abgelehnt werden. Eine unproblematische Menschrechtssituation lässt sich jedoch nicht per Gesetz beschließen. Es ist Sache der RechtsanwenderInnen, festzustellen, ob im Einzelfall eine Menschenrechtsverletzung vorliegt. Das Konzept des sicheren Herkunftsstaats hebelt eine solche Einzelfallprüfung aus.

Bei den Balkanstaaten kommt hinzu, dass die dortige Menschenrechtslage alles andere als unproblematisch ist.[1] Für Länder, in denen das Ausmaß an Korruption die Rechtsstaatlichkeit bedroht, in denen Lesben und Schwule teilweise massiven Diskriminierungen ausgesetzt sind, in denen Roma der Zugang zum Arbeitsmarkt und Bildungssystem fast vollständig verschlossen bleibt oder die Presse- und Meinungsfreiheit nicht immer gewährleistet ist, kann nicht einfach angenommen werden, alle Asylanträge seien »offensichtlich unbegründet«. Ob eine Person verfolgt wird oder nicht, muss jeweils individuell geprüft werden. Die Grundidee eines subjektiven Rechts auf Asyl wird durch den pauschalen Ausschluss ganzer Gruppen negiert.

Zusätzlich zur Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten hat die Bundesregierung neue Abschreckungsmaßnahmen beschlossen, die nicht nur Einfluss auf das Asylverfahren, sondern eine weitgehende soziale Marginalisierung zum Ziel haben.

MAREI PELZER ist Juristin und rechtspolitische Referentin bei *Pro Asyl*. Sie ist auf Fragen des europäischen Flüchtlingsrechts und der Umsetzung der Menschenrechte in Deutschland spezialisiert. Seit über zehn Jahren gibt sie den *Grundrechte-Report* mit heraus.

ASYLPAKET I – SOZIALE ENTRECHTUNG

Am 24. September 2015 kam es auf dem Bund-Länder-Flüchtlingsgipfel zu einer Einigung über das sogenannte Asylpaket I.[2] Die Verabschiedung dieser umfassenden Gesetzesinitiative hatte nur einen Monat in Anspruch genommen – inklusive Zustimmung durch den Bundesrat. Allein das Verfahren vor der Länderkammer dauert normalerweise mindestens sechs Wochen. Der Druck zum schnellen Handeln ging auf die im Spätsommer bekannt gewordenen Prognosen von einer Million Flüchtlingen für das Jahr 2015 zurück. Aus Sicht der Länder standen fiskalische Interessen im Vordergrund: Sie drangen auf die überfällige Beteiligung des Bundes an den Kosten für die Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung. Ab 2016 übernimmt der Bund für jeden Flüchtling eine Pauschale von 670 Euro pro Monat. Diese sinnvolle finanzielle Entlastung wurde flankiert durch eine ganze Reihe von Verschärfungen, die unter dem Deckmantel der angeblichen Verfahrensbeschleunigung besonders Asylsuchende aus den sogenannten sicheren Herkunftsländern betreffen. Der Gesetzgeber setzt hier auf soziale Ausgrenzung, die die Menschen zum baldigen Verlassen des Landes bewegen soll.

Eine der Maßnahmen ist die dauerhafte Lagerunterbringung. Während für alle Asylsuchenden die Maximaldauer der Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen von drei Monaten auf sechs Monate erhöht wurde, müssen Flüchtlinge aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten auch noch nach Ablehnung ihres Asylantrags bis zur faktischen Ausreise oder Abschiebung in diesen Einrichtungen leben. Das ist inhuman, denn viele werden trotz ihrer offiziellen Ablehnung weiterhin in Deutschland bleiben. Personen, die schwer erkrankt sind, dürfen beispielsweise nicht abgeschoben werden. Auch aus anderen humanitären Gründen kann es zu einer längerfristigen Duldung des Aufenthalts kommen. Dennoch sollen die Lebensumstände möglichst provisorisch bleiben – eine Form psychischer Zermürbungstaktik, die an den Menschen nicht spurlos vorübergehen wird.

Eine Verfahrensbeschleunigung wird dadurch jedenfalls nicht erreicht. Selbst die Erweiterung der Listen »sicherer Herkunftsstaaten« bringt laut Bundesregierung nur einen Zeitgewinn bei der Bearbeitung der Asylanträge von etwa zehn Minuten pro Fall. Für eine tatsächliche Beschleunigung bedarf es einer Ausweitung des Personals und neuer Strukturen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Über Jahre hatte die Bundesregierung dessen Forderung nach mehr Stellen ignoriert und erst viel zu spät eine Aufstockung der Mittel für die oberste Asylbehörde beschlossen. Dass es im Jahr 2015 zu einem Rückstau von Hunderttausenden unerledigten Asylanträgen kam, ist also in erster Linie das Ergebnis einer schlechten Ressourcenplanung.[3] Leidtragende sind in erster Linie die Flüchtlinge. Sie warten Monate, oft Jahre, bis sie endlich Gewissheit über ihre Zukunft haben und sich ein neues Leben in Deutschland oder woanders aufbauen können.

POLITIK DER FORTGESETZTEN DESINTEGRATION

Menschen in Erstaufnahmeeinrichtungen unterliegen künftig einer sogenannten Residenzpflicht von bis zu sechs Monaten.[4] Noch ein Jahr zuvor hatte man sich auf eine maximale

Dauer der Residenzpflicht von drei Monaten geeinigt. Diese Verbesserung, die seit 1. Januar 2015 in Kraft ist, war Teil des sogenannten Kretschmann-Deals, mit dem sich 2014 die Bundesregierung die Zustimmung Baden-Württembergs und anderer grün mitregierten Ländern im Bundesrat zur ›Sicheren-Herkunftsländer-Regelung‹ erkauft hatte. Eine weitere Einschränkung stellt das Arbeitsverbot dar. Während Asylsuchende in einer Erstaufnahmeeinrichtung leben, dürfen sie nicht arbeiten. Die dritte Verschärfung der Lebenssituation findet sich im Sozialrecht. Während der Unterbringung in der Erstaufnahmeeinrichtung können nun bis zu 100 Prozent Sachleistungen gewährt werden. Das heißt, dass auch der Betrag, der bislang zur Deckung persönlicher Bedürfnisse vorgesehen war, nicht mehr in bar ausgezahlt werden muss. Auf diesen bürokratischen Irrsinn hatte vor allem Bayern gedrungen: Busfahrkarten oder Telefonkarten einzeln auszuhändigen. Während die bayerische Landesregierung mit dieser Schikane gezielt Menschen abschrecken will, haben andere Landesregierungen etwa in Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Bremen und Schleswig-Holstein bereits eine derartige Anwendung des Sachleistungsprinzips als zu bürokratisch abgelehnt.



Palästina an der Grenze zu Israel, »Walls – Muros« © 2015

PAUSCHALE LEISTUNGSKÜRZUNGEN

Schlimmer noch als die immerhin zeitlich begrenzte Anwendung des Sachleistungsprinzips sind pauschale Leistungskürzungen. Nach dem neuen Gesetz soll in bestimmten Fällen das sogenannte soziokulturelle Existenzminimum nicht mehr gelten, das heißt, es kann der Betrag für den persönlichen Bedarf ganz gestrichen werden. Dabei hatte das Bundesverfassungsgericht erst 2012 die niedrigeren Sozialleistungen an Asylsuchende und Geduldete für verfassungswidrig erklärt. Nur wenn bei der Existenzsicherung tatsächlich verschiedene Bedürfnisse nachweisbar seien, könne man den Betroffenen weniger zahlen als anderen Bedürftigen. Eine solche Bedarfsanalyse hat der Gesetzgeber jedoch bei der vorgesehenen Leistungskürzung nicht vorgenommen. Die Kürzung ist vielmehr eine Art Sanktion – etwa dafür, dass sich eine Person trotz Ausreiseverpflichtung noch immer im Land aufhält. Aber genau solche Motive für den Entzug von Leistungen hatte das Verfassungsgericht für

nicht zulässig erachtet: Die Menschenwürde sei migrationspolitisch nicht zu relativieren. Konkret hat die Große Koalition die Kürzung um das soziokulturelle Existenzminimum für folgende Gruppen beschlossen:

- Personen, für die ein Ausreisetermin konkret feststeht (für die beispielsweise bereits ein Flugticket gebucht wurde).
- Geduldete, bei denen eine Abschiebung aus von »ihnen selbst zu vertretenden Gründen« nicht durchgeführt werden konnte, etwa weil ihnen vorgeworfen wird, keine Identitätsdokumente vorgelegt zu haben.[5]
- Asylsuchende, die über das Hot-Spot-Verfahren auf einen EU-Mitgliedstaat umverteilt wurden und diesen verlassen haben, um nach Deutschland zu kommen.

ASYLPAKET II: KEINE BESCHLEUNIGUNG

Doch damit ist noch längst kein Ende in Sicht. Am 25. Februar 2016 stimmte der Bundestag der nächsten Verschärfung zu – dem Asylpaket II –, das der Bundesrat bereits am Folgetag ohne Einspruch passieren ließ.[6] Es sieht vor, bei Menschen mit eingeschränktem Schutzstatus den Familiennachzug auszusetzen, wovon im Regelfall auch minderjährige Flüchtlinge betroffen sein werden. Außerdem konnte sich Finanzminister Schäuble mit seiner Forderung durchsetzen, Asylsuchende künftig an den Kosten der sogenannten Integrationskurse zu beteiligen. Ein zentraler Baustein dieses zweiten Asylpakets ist die Einführung von angeblich beschleunigten Asylverfahren, die in »besonderen« Erstaufnahmeeinrichtungen stattfinden sollen. Die Beschleunigung soll vor allem dadurch erreicht werden, dass man dem zuständigen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vorgibt, in den entsprechenden Fällen innerhalb von einer Woche über den Antrag entscheiden zu müssen. Wird der Asylantrag als offensichtlich unbegründet abgelehnt, hat der Betroffene wiederum nur eine Woche Zeit, gegen die Abschiebung zu klagen und einen Eilantrag zu stellen. Dies ist ohne anwaltliche Vertretung praktisch unmöglich.

Zur Anwendung kommen soll das Schnellverfahren bei allen Asylsuchenden aus »sicheren Herkunftsstaaten« sowie bei Schutzsuchenden, denen unterstellt wird, sie hätten ihre Ausweisdokumente vernichtet. Den Umstand, dass Asylsuchende ohne Reisedokumente hier ankommen, als Grund zu werten, um sie vom regulären Asylverfahren auszuschließen, ist völlig unverantwortlich. Der überwiegende Teil der Asylsuchenden ist gezwungen, ohne Pass nach Deutschland zu kommen, weil sie von den Staaten, in denen sie verfolgt werden, gar keine Reisedokumente erhalten. Die geplante Regelung ermöglicht es also, das »beschleunigte Asylverfahren« zum Standardverfahren zu machen.

Bei dieser Gesetzesänderung geht es im Kern nicht um schnellere Asylverfahren, sondern um eine Entrechtung der Betroffenen und um ihre soziale Marginalisierung. Der Grund für die hohe Zahl unbearbeiteter Anträge sind ja – wie oben gezeigt – die mangelnden Kapazitäten der zuständigen Behörden. Diese Defizite werden mit der Gesetzesänderung jedoch nicht behoben. Einen völligen Ausschluss vom Asylverfahren sieht der Gesetzentwurf vor, wenn dem Asylsuchenden unterstellt werden kann, er würde sein Asylverfahren nicht betreiben. Dann gilt

der Asylantrag als zurückgenommen. Dies soll laut Asylpaket II schon dann gelten, wenn der Asylsuchende gegen die Pflicht verstößt, sich ständig in einer »besonderen Aufnahmeeinrichtung« aufzuhalten. Allein der Besuch von Freunden in einem anderen Ort kann demnach zum Ausschluss vom Asylverfahren führen. Den Betroffenen drohen dann Abschiebung und womöglich Folter oder andere schwere Menschenrechtsverletzungen in ihren Herkunftsländern. Diese Neuregelung verstößt gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz und ist auch mit der Europäischen Menschenrechtskonvention, die vor Abschiebung in einen Folterstaat schützt, und der Genfer Flüchtlingskonvention unvereinbar.

ROTE LINIE MENSCHENRECHTE

Angesichts des aktuellen Stands der Debatte fragt man sich, wo die rote Linie bei der Verschärfung des Asylrechts verläuft. Seehofer und Seinesgleichen dominieren mit ihren restriktiven Forderungen die Auseinandersetzung. Anfang des Jahres 2016 ging er mit langen Listen von Staaten an die Öffentlichkeit, die er als »sichere Herkunftsländer« eingestuft wissen wollte. Kurze Zeit später einigt sich die Große Koalition darauf, Marokko, Tunesien und Algerien zu solchen zu erklären. Das entsprechende Gesetzesvorhaben brachte die Große Koalition Anfang Februar auf den Weg – woraufhin Ministerpräsident Kretschmann erneut Zustimmungsbereitschaft signalisierte (obwohl es sich bei den Maghreb-Staaten um autoritäre Systeme handelt, in denen beispielsweise Folter stattfindet). Zu befürchten ist, dass uns Kampagnen und Forderungen nach weiteren Einschränkungen des Asylrechts noch einige Zeit begleiten werden. Zwar hat sich Kanzlerin Merkel bislang in der Debatte zu sogenannten Obergrenzen ›standhaft‹ gezeigt. Doch die Drohung der bayerischen Staatsregierung, eine Verfassungsklage einzureichen, steht nach wie vor im Raum – und nicht nur konservative Juraprofessoren drängen bereits auf Grenzschließungen.

In Sachen Menschenrechte bedarf es einer klaren Haltung: Eine Obergrenze ist mit der menschenrechtlichen Verpflichtung, Verfolgte zu schützen, nicht vereinbar. Eine Zurückweisung von Schutzsuchenden an den europäischen Außengrenzen, weil etwa ein Kontingent ausgeschöpft ist, wäre eine eklatante Verletzung des internationalen Flüchtlingsrechts. Dessen Magna Charta – die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 – ist keine Schönwetterveranstaltung. Sie wurde in Reaktion auf die Verbrechen des Nationalsozialismus geschaffen und stellt die rote Linie dar. Ihre Einhaltung markiert, ob die Europäische Union ihren humanitären Werten treu bleibt.

LITERATUR

Pelzer, Marei, 2015: Der inszenierte Notstand, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 9/2015, 5–8

1 Vgl. hierzu das Gutachten zu Albanien und Montenegro unter: www.proasyl.de

2 Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz vom 20.10.2015, BGBl., 2015, Teil 1, Nr. 40, 1722 ff.

3 Bereits Ende 2014 lagen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge knapp 170 000 unerledigte Asylanträge. Sie waren schon damals ein Zeichen für die strukturellen Probleme der Behörde (vgl. hierzu Pelzer 2015).

4 Die Residenzpflicht schreibt AsylbewerberInnen und Geduldeten vor, sich nur in dem von der zuständigen Behörde festgelegten Bereich aufzuhalten.

5 Dies trifft auf den überwiegenden Teil der Geduldeten zu und ist mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 2012 nicht vereinbar.

6 Vgl. hierzu die BT-Drucksache 18/7538 vom 16.2.2016, http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/075/1807538.pdf.

ALARM CHAT PHONE

Seit Jahren begeben sich beinah täglich Flüchtende auf eine gefährliche Fahrt über das Mittelmeer und geraten dabei immer wieder in Seenot. Hilfe bleibt oft aus, kommt zu spät oder schlimmer noch: Die zur Rettung gerufene Küstenwache oder die EU-Grenzschutzagentur Frontex schleppt die Boote aus europäischen zurück in internationale Gewässer – sogenannte *push backs*. Dort überlassen sie die Boat People ihrem Schicksal.
Um solche Menschenrechtsverletzungen zu verhindern, rief ein transnationales Netzwerk von AktivistInnen das Projekt Alarm Phone ins Leben. Eine Hotline, die Flüchtende in Seenot anrufen können, und die versucht, die jeweils zuständige Küstenwache zu informieren. Jeder Fall wird dokumentiert und es werden in der Nähe befindliche Zivilschiffe kontaktiert.
Smartphones, Soziale Medien und Nachrichten-Apps sind dabei zu entscheidenden Instrumenten geworden: Nicht nur kann die GPS-Position übermittelt werden, das Alarm-Phone-Team begleitet auch über Text- oder Sprachnachrichten die Menschen und signalisiert ihnen, dass sie nicht allein sind. Beispielhaft dafür ist der folgende Chat, der in der Broschüre *Moving On – 1 Jahr Alarm Phone* veröffentlicht wurde.
Neben der praktischen Rettungsarbeit interveniert Alarm Phone mit Kampagnen wie »Ferries not Frontex« (Fähren statt Frontex) gegen die Politik des Sterbenlassens. Es geht darum, öffentlichen Druck zu erzeugen und darauf hinzuwirken, dass endlich humane und legale Einreisemöglichkeiten geschaffen werden. All das kostet Geld, das über Spenden eingeworben wird. Mehr Informationen über das Projekt auf: http://alarmphone.org



GPS POSITION 1

2.9.2015

16:41 help
16:41 Sos
16:41 Aloooii
16:42 Please help us
16:42 We have childtrn
16:43 Help us
16:43 We deit
16:43 Heryup 😭😭😭
16:44 Okay, my friend.
16:45 is your engine still working?
16:45 Can you move?
16:45 No
16:46 Okay.
16:46 How many people on board?
16:46 45
16:46 How many are children?
16:47 15
16:48 Have you called 112 for help?
16:48 We will dei 😭
16:49 Please come
16:49 You are still on the turkish side. It can be that the turkish coastguard will come to rescue.
16:49 We are only alarm phone we cannot come and rescue.
16:49 We wont you
16:49 Why
16:51 Pleaseeeee 😭😭😭
16:51 Please call 112.
16:51 We wont go to yunan [Greece]
16:51 Yes!
16:52 Can you go forward?
16:52 NO
16:52 Wr cant swiming
16:53 What happened with the engine?
16:53 Can you restart it?
16:53 No
16:53 It is stoopet
16:54 Children cray 😭😭
16:54 Should I call the turkish coastguard?
16:55 Noo please
16:55 We wont go to greek 😭
16:55 Okay, you have 3 options:
16:56 Plese help us
16:56 1. Restart the engine and go forward.
16:57 2. Call 112 and get rescued, but it can be the turkish coastguard who comes, because you are too close to turkey.
16:57 Is it stoipet
16:58 3. We call Greek coastguard. But most probably they will just send the turkish coastguard.
16:58 Plese help us
16:58 We have no boat,



16:58 We can only call the coastguard.
16:59 No please *help* us
16:59 The children are crey 😭
17:03 We are from syria
17:03 We wont go to greek
17:04 Are you moving?
17:04 No no 😭
17:10 Now we moved
17:10 Wr come to greek
17:10 Alooo
17:10 The engine works again?
17:10 😀
17:10 Yes
17:11 🌷👍
17:11 👍
17:11 Great!
17:11 I wish you will arrive safe. Inshallah.
17:13 Please tell me when you arrive, okay?
17:13 Perhaps engine stoopet again
17:15 No, engine needs only to work for 20 minutes half hour that's enough...
17:15 Thank you
17:16 No problem, I will be with you until you are there. ..
17:16 😀
17:18 Still running?
17:32 Alooo
17:32 Ingine stoopet
17:32 Again

GPS POSITION 2

17:34 I will call the Greek coastguard now.
17:35 Hery up please
17:37 😭😭😭
17:40 The Greek coastguard are telling they can see you.
17:40 Can you see a boat of the Greek coastguard?
17:41 No
17:42 Okay.
17:54 Could you restart the engine?
18:53 Are you rescued now?
20:08 yes we arrived
20:09 Great!
20:09 Are you okay? All of you?
20:13 yes .. thank you dear
20:13 😘
20:14 Very very good!
20:14 😘
20:17 http://w2eu.info/greece.ar/articles/greece-welcome-guide-aliunan-dlil-altrxhib-almylumat.html
20:18 There you can find useful information for Greece.
20:19 And here is another one for the way: http://w2eu.info/greece.ar/articles/greece-dublin2.ar.html

6.9.2015

15:13 Hello
15:13 We are in mitilini
15:14 In very miserable place
15:35 Yes. I know that place.
15:35 When did you arrive at kara tepe?
15:36 from 4 days
15:37 No one take our names
15:38 No one help us
15:38 But you got a number?
15:38 Nothing at all
15:38 We just wait
15:40 In the beginning, 4 days ago. Have you not been at the port to get a number?
15:40 No
15:41 We went to the port
15:43 Thousands of people in the port
15:44 And every day the police came
15:44 And beat the people
15:46 All media know what happened here
15:46 Yes, I know as well.
I have been there 2 weeks ago.
15:46 And every day another peoples arrived
15:47 Yes, it is really hard.
15:47 But it will not be for long.
15:48 You have to go to get a number of registration
15:49 I will talk in one hour to a friend who is there to understand if the system changed.
15:50 No electric
15:50 No food
15:50 Are they not giving registration number at the port?
15:50 They gave a few person?
15:51 Yes. Go and get it.
15:51 You have to be strong and get it. After a few days you will be out of Greece.
15:51 What is your sickness?
15:52 I feel apain in my leg
15:52 I cant walking
15:53 You check for the doctors?
15:53 Here .. they give me medicine
15:54 That's good.
15:54 Are you with family?
15:55 Yes
15:57 Yes .. and all people here tierd .. we haven't enough mony to buy foods… to charge our phones
15:58 Yes, I can imagine, I have seen it.
15:58 Your children are how old?
15:59 12 years
15:59 We cant wait here long time
16:00 Boy or girl?
16:00 Boy
16:52 I paid 2€ to charge my phone. for speaking to you .. I hope you to interest our problem
17:13 This is a photo of woman .. The police beat her
17:19 The situation is getting worse
17:20 The police used violence
17:23 I spoke with friends in mitilini.
17:23 Today the police brought a container to kara tepe.
17:24 This container will be the new place for registration soon.
17:24 They are waiting for the machines and then they will start to register directly in kara tepe.
17:25 Maybe you can tell that also to other people.
17:25 Many ask the same question.
17:26 I hope they will start tomorrow to register people in kara tepe.
21:42 We hope also .. thank you dear
21:43 Good luck and tell it also to other friends, okay?
21:45 okay .. thank you .. we hope t o leave this place immediately

7.9.2015

08:54 The people burned the office
08:54 They are angry
09:36 what we must to do know
09:37 Most important not to get crazy.
09:38 I will try to get information where they will do the registration

09:39 Try to stay calm and I will contact you as soon as I find something.
15:29 Okay, listen
15:29 There will be 4 ships today
15:29 Ok
15:30 Those who have passports might get a space even if they did not finish the registration
15:31 It is important not to tell that to everyone to avoid the next riot!
15:31 Maybe you keep it secret,
15:31 But you check out if it is possible
15:31 You have passports?
15:32 So when I must be ?
15:33 noone knows
15:33 Yes I have
15:33 So I would say you should go and check it
15:33 But don't tell anyone, before you know it really works
15:34 Ok dear
15:34 Promised?
15:34 Promise
15:36 And good luck
15:36 And please let me know if it is possible
15:36 Thank you very much
15:56 Ok .. I am glad to know you
15:56 Even the situation is bad
15:57 ☺️
15:57 Yes, nice to meet you too
15:57 ☺️
18:15 They came to here .. and they give the families numbers now
19:03 I am waiting
19:03 There are thousands
19:04 Yes, it is really crazy
19:04 I hope you will be soon free from this
19:04 I hope too
19:04 😭
19:05 Take care my dear
19:05 It will soon be over
19:05 Thanks my friend
19:06 🌷
19:07 🌷🌹🌻🌺
19:08 😘
20:56 In kara tepe they will register for the whole night slowly.
20:57 There will be 4 big ferries for many thousands
20:57 So stay in kara tepe and see how it goes.
20:58 we take a number and we wait the buses
20:59 ☺️👍
21:00 Great! Have a good journey my dear!
21:01 Thank you very much

8.9.2015

17:27 Finally we take papers, after 17 hours of waiting.
17:28 Can you imagine a person sleep while he is walking
17:29 We were so
17:29 😭😭
17:32 Yes. I think I can imagine, I saw it too many times now...
17:32 The only good thing is, that you are a big step forward now!
17:33 🌺

19.9.2015

11:23 Good morning dear
11:28 at the first , I want to thank you for your wondrerful Psychological aid when I was in greec.
11:30 Secondly, I am in Vienna and I will travel to Hamburg today .. I will arrive at 10 pm ..

26.9.2015

09:20 Good morning, my dear. I am wondering where you are and hope you arrived safely!

27.9.2015

11:57 I am good
11:58 But along story happened
11:59 In 19 septembre I take the train to Hamburg … but the police catch us
12:00 Where are you now?
12:00 I will send my location
12:01 It called beberbeck

12:02 Hofgeismer

12:11 Good that you are now in germany.

12:12 😘

18:03 I will tell you a summary of what happened until now ..

18:05 In 19 / 9 the police catch us .. they take our pass boards and mony .. and our fingerprints

18:07 Then they send us to the camp in deggendorf in 21 / 9

18:12 But they tell us that no places .. so they give us train tickets and ask us to go to the giessen

18:13 And sent us to here

18:14 Beberbeck

18:17 There are many problems here

18:18 Yes, I can imagine.

18:18 Firstly .. no network coverage

18:18 I must walk for more 1 km

18:18 oh. That is really a problem!

18:19 Secondly .. the nearest village is far 8 km

18:20 And their isn't transport

18:21 The only good thing: also this will not last forever! 😀

18:22 Really ???

18:22 😜😜

18:24 I know that dear .. but the people told me that they were here for mor than 2 month

18:25 Yes, in the moment everything is more slow...

18:25 This place is suitable for horses .. cows .. not for human beings

18:25 😂😂😂😂

18:26 😀😀😀 at least you don't loose your humour.

18:26 Without joking:

18:27 The first time is in the moment very difficult for everyone.

18:27 The only good thing is really that it will slowly slowly get better.

18:29 How long time I have to spend here?

18:29 At maximum

18:30 To be honest : I don't know.

18:33 🐄🐴🐑🐤

18:33 😂😂😂😂

18:34 🌷🌹🌻🌺

18:35 These animals what I see

18:35 😬

18:35 😀😀😀

18:36 It is very important at least one time per day to laugh, you will not stand it otherwise...

18:37 Yes .. sure

18:38 Thank you dear .. I must come back before the wild animals eat me

18:39 😘

18:40 Good bye my dear!

12.10.2015

10:31 good morning dear

10:32 I begin to feel depressed in this place

10:35 And I don't know to whom I can to talk

10:36 Yes, I can imagine that it is very difficult.

10:36 I know that you are busy

10:37 I feel that I am in prison

10:37 When first so long time total chaos around you and high level of stress and then shortly after total standstill that is making everybody depressed.

10:38 The most problem here that their in no Internet

10:38 I can't read book

10:38 Or watch film

10:38 Yes, that is really shit!

10:39 Or lesson to music

10:39 Do you have any book for learning language?

10:41 My friend here found a good book for arabic german. If you send me your post adress, I could send one to you.

11:21 It was just a small idea, I know it does not solve the problem.

11:21 But maybe it is useful to think how to survive hour by hour until it is over and you will feel more free again.

11:52 I just wanted to talk to someone

11:52 I know that There is no solution

11:52 Thank you dear

11:53 😘😘😘

11:53 You are always welcome!

12:08 😘🌷



IDOMENI

LEBEN HART AN DER GRENZE



Idomeni liegt an der griechisch–mazedonischen Grenze. Seit Herbst letzten Jahres war es ein wichtiger Knotenpunkt auf der sogenannten Westbalkanroute. Bis zur Schließung der Grenze nach dem Abkommen von Wien im Februar 2015 war das dortige Camp für viele lediglich eine Zwischenstation, um nach der Registrierung durch die griechischen Behörden weiterzuziehen. Nun sitzen die Flüchtenden hier auf unbestimmte Zeit fest, und es kommen immer Neue hinzu. Täglich erreichen bis zu 1 500 Menschen das griechische Festland. Auf 50 000 MigrantInnen in dem krisengeschüttelten Land kommen gerade einmal 260 Beamte, die nach dem Türkei-Deal nicht nur die Registrierung übernehmen, sondern auch die Asylanträge bearbeiten sollen. Aus den vermeintlich offenen »Hotspots« werden geschlossene Lager.
Die humanitäre Lage im Camp hat sich nach starken Regenfällen weiter zugespitzt. Geschätzte 14 000 harren in dem für 1 500 Menschen ausgelegten Lager aus. Ein Leben hart an der Grenze. Die einen versuchen Ruhe zu bewahren – auch aus Sorge, die Situation könnte eskalieren –, andere fordern lautstark die Öffnung der mazedonischen Grenze. Wieder andere suchen nach neuen Routen – wie über den nahegelegenen Fluss Axios. Kein Deal wird sie daran hindern können.

Beide Fotos: Manu Gómez/Fotomovimiento

SICHERHEIT: EIN HEISSES EISEN FÜR DIE LINKE?

ANGSTFREIHEIT ALS FRAGE SOZIALER INFRASTRUKTUR

INGAR SOLTY

Die Geschichte ist offen, aber eines steht fest: Auch die kommenden Jahre werden politisch im Zeichen der ›Flüchtlingskrise‹ stehen. Vor dem Hintergrund der Kriege in Syrien, Irak, Libyen, Afghanistan, Ukraine, Mali und Jemen ist kaum anzunehmen, dass die Zahl der nach Europa flüchtenden Menschen abnehmen wird. Und auch wenn die politische Klasse mit dem Asylpaketen I und II nun auch die Maghreb-Staaten zu »sicheren Herkunftsstaaten« erklärt und den Familiennachzug stark eingeschränkt hat, steht die politische Klasse vor der Aufgabe, weit über eine Million Menschen, die das Recht auf Asyl genießen, eine lebbare Perspektive zu bieten. Scheitert die Regierung, wird dies mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht die antineoliberale Linke stärken, sondern die extreme Rechte.

Die ›Flüchtlingsfrage‹ ist damit nicht nur für die Regierung, sondern auch für die Linke eine gigantische Herausforderung. Deren strategische Ausgangslage ist allerdings äußerst ungünstig: Für die Linke

ist entscheidend, dass die Integration der Flüchtlinge gelingt. Ob sie gelingt, hängt jedoch – wenigstens kurz- bis mittelfristig – kaum von ihr selbst ab. Zwar ist die Linke nicht völlig handlungsunfähig und zur Passivität verdammt. Im Gegenteil, sie kann und muss sich bemühen, die ›Flüchtlingsfrage‹ als Klassenfrage auszubuchstabieren und das Gros der erwerbstätigen Flüchtlinge mit ihren durchaus vorhandenen (Klassen-)Kampferfahrungen in die eigenen (Klassen-)Organisationen (Gewerkschaften, Stadtteilorganisationen, auch linke Parteien) zu integrieren, um so die Konkurrenz auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt zu reduzieren. Die Linke weiß, dass sie nur gewinnen kann, wenn es ihr gelingt, eine Verbindung herzustellen zwischen ihrer »Mobilisierung für die Flüchtlinge« und »dem Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen derer, denen ein ›Herzlich Willkommen‹ so schwer fällt« (Goes 2015). Und doch hängt die Integration maßgeblich von politökonomischen Grundsatzentscheidungen Deutschlands und der Welt ab, auf die die Linke vor dem Hintergrund der bestehenden Kräfteverhältnisse absehbar so gut wie keinen Einfluss hat. Damit liegt ihr Schicksal aber in den Händen eines – national wie europäisch durch innere Spaltungslinien geschwächten – Machtblocks, dessen politische Integrationsfähigkeit im Zuge eines (Euro-)Kriseninterregnum sukzessive nachlässt und am rechten Rand als Neonationalismus ausfranst. Die Linke befindet sich damit in einer brandgefährlichen Situation, in der die Verhältnisse so im Argen sind, dass sie eigentlich die Machtfrage stellen muss, dies aber nicht realistisch tun kann.

DIE INTEGRATION MUSS GELINGEN, KANN SIE ES AUCH?

Es gibt zwar keine Alternative dazu, den Geflüchteten hier tragfähige Perspektiven zu eröffnen, nur wie realistisch ist dies angesichts der politökonomischen Gesamtstrategie Deutschlands und im Euroraum? Diese Großaufgabe wird durch ungünstige wirtschaftliche und (außen-)politische Rahmenbedingungen erschwert. Da wären zunächst die *wirtschaftlichen* Faktoren: Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass die Mischung aus globaler und Eurokrise mit ihren dauerhaft schwachen Wachstumsimpulsen, dem immer noch starren Festhalten der Bundesregierung am Primat der ›schwarzen Null‹ und der mittelfristigen Perspektive einer kapitalgetriebenen Rationalisierung (Industrie 4.0) zu einem Anstieg von Massenarbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und zu einer entsprechenden Verschärfung der Arbeitsmarktkonkurrenz führen wird. Dies würde die Verhandlungsposition der Gewerkschaften schwächen und die Tarifbindung weiter erodieren, wenn etwa Flüchtlinge durch die Arbeitsmarktlage gezwungen würden, untertariflich zu arbeiten. Im Niedriglohnsektor ist eine erbarmungslose Lohnkonkurrenz absehbar, bei der die Gefahr einer Ethnisierung groß ist (vgl. Birke in diesem Heft).

INGAR SOLTY ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der York University in Toronto, Kanada. Für die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat er gerade eine Studie zur neuen Außen-, Europa- und Geopolitik der Bundesrepublik sowie zu linken Außenpolitikalternativen verfasst.

Politisch kommt hinzu, dass es der extremen Rechten gelingen kann, die ›Flüchtlingskrise‹ zusätzlich zu der – von ihr national gerahmten – sozialen Frage auch noch mit der Frage der inneren Sicherheit zu verknüpfen. Hierzu dienen ihr nicht nur unvermeidliche Meldungen über kriminelle Handlungen eines kleinen Teils der Flüchtlinge, sondern auch der dschihadistische Terrorismus. Diese Gefahr ist deshalb groß, weil die deutsche Beteiligung an der ›westlichen‹ Kriegspolitik gegen ISIS über kurz oder lang Terroranschläge zur Folge haben wird. Mit seinem in Syrien praktisch gewordenen außenpolitischen Tabubruch, ab sofort Waffen auch in Kriegs- und Krisengebiete zu liefern, ist der deutsche Staat zum Kriegsakteur geworden, was wiederum Deutschland in den Augen der ISIS-Sympathisanten zum Kriegsgebiet macht. Entsprechend wurden zumindest die letzten Anschläge von Paris, San Bernardino und London begründet. Die gezielten Angriffe auf Zivilisten sind dabei Teil einer barbarischen instrumentellen Vernunft in einem asymmetrischen Krieg gegen einen militärisch überlegenen und im Drohnenkrieg nicht minder barbarisch vorgehenden Gegner: Schock und Angst sollen – nach dem Vorbild der Madrider Terroranschläge von 2005 – zu einem Rückzug der ›Besatzungstruppen‹ führen und/oder zu einer Polarisierung zwischen nicht muslimischen und muslimischen Deutschen. Letztere würden in einem solchen Fall systematisch diskriminiert und wären damit eher offen für Sympathien mit ISIS. Kurzum: Krise und Austeritätspolitik, Integrationsprobleme und kriminelle Handlungen seitens eines kleinen Teils der Flüchtlinge, deutsche Kriegspolitik, ISIS-Vergeltungsterror sowie das linke Handlungsfähigkeitsdilemma bilden eine brisante Mischung.

DIE LINKE NACH PARIS UND KÖLN

Eine Vorstellung dessen, was uns blühen mag, hat die *Bild*-Zeitung die »Sex-Mob-Attacken« der Kölner Silvesternacht getauft. Linke und liberale AntifaschistInnen haben in der aufgeheizten Stimmung verschieden reagiert: Sie wiesen darauf hin, dass sich ausgerechnet konservative Politiker plötzlich zu Verteidigern von Frauenrechten aufschwangen. Sie kritisierten, dass die Raubdelikte und Sexualstraftaten von rechts für eine Antiflüchtlingsagenda instrumentalisiert wurden. Und sie betonten, dass Deutschland keine sexismusfreie Gesellschaft ist, sondern Frauen sexuelle Gewalt vor allem in den Familien droht und zugleich sexuelle Belästigung vom Arbeitsplatz bis zu Massenveranstaltungen (Oktoberfest, Kölner Karneval) unerträgliche Normalität ist. Diese Reaktionen waren zweifellos richtig und wichtig. Aber welche über diese Ideologiekritik hinausgehenden politisch-strategischen Möglichkeiten bieten sich der Linken in dieser diffizilen Situation? Und warum verfängt eigentlich die rechte Stimmungsmache bei so vielen?

Die Massenstraftaten von Köln rühren unmittelbar am Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung, vor allem an dem von älteren Menschen, die weit überdurchschnittlich unter den AfD-UnterstützerInnen vertreten sind. Der Mindset hinter einem Großteil der Empörung ließe sich vielleicht so zusammenfassen: »Ich befolge alle Gesetze, die von mir gewählte Politiker in meinem Namen erlassen

haben, und ich erwarte, dass auch alle anderen sich an sie halten. Ich erwarte, dass das Leben verlässlich und zivil ist; dass ich mich ohne Angst davor, überfallen und ausgeraubt oder sexueller Gewalt ausgesetzt zu sein, in der Öffentlichkeit bewegen kann, weil die Polizei über die Einhaltung dieser Gesetze wacht und dafür Sorge trägt, dass sich alle an sie halten und diejenigen, die das nicht tun, verfolgt und nach geltendem Recht verurteilt werden.« Diese Erwartungshaltung beruht auf einem Gesellschaftsvertrag, dem zufolge der Staat als Gewaltmonopolist Steuern erhebt, mit denen er Polizei und Justiz finanziert, die wiederum die Zivilordnung garantieren. Der Skandal ist demnach auch das Versagen der Kölner Polizei, diesen Gesellschaftsvertrag zu erfüllen, indem offenbar trotz massiver Präsenz Straftaten nicht verhindert wurden, also quasi ein ›rechtsfreier‹ Raum entstehen konnte. Kurz: Es geht um die Frage der inneren Sicherheit.

INNERE SICHERHEIT – EINE UNBEQUEME FRAGE

Die radikale Linke tut sich mit dieser bekanntlich schwer, ist sie doch – nicht nur auf ihrem anarchistischen Flügel – antistaatlich. Auch die kommunistische Idee vertritt die Vorstellung vom Absterben des Staates. Entsprechend verteidigt die Linke zwar die »linke Hand des Staates« (Pierre Bourdieu), also den Sozialstaat, gegen den Neoliberalismus. Der Ruf nach einer Stärkung seiner ›rechten Hand‹ gehört jedoch nicht gerade zum traditionellen linken Forderungskatalog, sei es, weil man selbst schon einmal unter Polizeiknüppeln und Tränengas für eine gerechte Sache demonstriert hat oder weil man schlicht weiß, dass Prävention effizienter ist und totale Sicherheit eine kostspielige Illusion.

Als linker Intellektueller ist man zugleich geneigt einzuwenden, dass es doch ziemlich irrational ist, wenn nach den Pariser Anschlägen jeder dritte Deutsche verstärkt auf »verdächtige Gegenstände« achtet und jeder vierte nun große Menschenansammlungen meiden will. Schließlich liegt die Wahrscheinlichkeit, in Deutschland bei einem Terroranschlag ums Leben zu kommen, einer Studie der Universität Stuttgart zufolge bei unter 0,002 Prozent (n-tv, 10.4.2015). Das Risiko, Opfer von Gewaltkriminalität, einschließlich sexuellen Missbrauchs, zu werden, ist nicht in der Öffentlichkeit am größten, sondern im persönlichen Umfeld. Überspitzt formuliert könnte man sagen: Der sicherste Ort ist ironischer Weise die Menschenmenge.

Weil die Linke glaubt, beim Sicherheitsdiskurs nur verlieren zu können, ist ihre Haltung häufig ein leidgeprobter Diskursvoluntarismus. Nach dem Motto: »Hoffentlich geht der autoritäre Sicherheitsdiskurs bald vorbei und es gelingt, die Aufmerksamkeit wieder auf die soziale Frage zu richten.« Damit scheint die Linke aber nicht nur durch äußere Ereignisse, die angesichts der prekären Situation der Geflüchteten zunehmen werden, zur Passivität verdammt. Sie vergisst auch, dass die innere Sicherheit selbst eine soziale Frage ist. Die Sicherheitsfrage ist nicht per se rechts. Zunächst einmal erhebt die Linke den Anspruch, ein besseres Leben für alle zu ermöglichen. Dies gilt vor allem für die Schwächsten, die auf schützende (Staats-)Strukturen angewiesen sind. Die Befriedung des öffentlichen Lebens, die Abwesenheit von (strafloser) Gewalt ist hier-

für eine Grundvoraussetzung. Wenn Angst vor Kriminalität die Lebensqualität von größeren Bevölkerungsteilen so einschränkt, dass sie bestimmte Orte meiden, ist dies für die Linke eine elementare Frage. Auch in einem zukünftigen Sozialismus wird es ein Recht auf Zivilordnung und rechtsstaatliche Verfahren geben. Die Kritik der Linken am kapitalistischen Staat richtet sich schließlich nicht gegen die Rechtsstaatlichkeit, sondern verweist darauf, dass diese in einem System struktureller Ausbeutung und Unterdrückung nicht ausreicht. Die bürgerliche Rechtsstaatsidee ist dennoch eine historische Errungenschaft, hinter die eine sozialistische Demokratie nicht zurückfallen darf. Mehr noch: Die Grundannahme in der sozialistischen Arbeiterbewegung war stets, dass der Kapitalismus die Existenz einer zivilisierten Ordnung infrage stellt, weil seine systemimmanente soziale Ungleichheit systemische Kriminalität produziert. Ihre Vision war hiergegen, dass mit der Abschaffung des Kapitalismus auch der Traum einer durch und durch zivil(isiert)en Gesellschaft realisiert würde.

Was die Linke nicht tun darf, ist, aus Angst, der Sicherheitsdiskurs könnte Wasser auf Mühlen der Rechten sein, ihn deren autoritären Antworten zu überlassen. Das Bedürfnis nach Sicherheit ernst zu nehmen, bedeutet schließlich nicht, im Einklang mit der Rechten nach mehr Überwachung, Gefängnissen, Abschiebungen und härteren Strafen zu rufen.

INNERE SICHERHEIT UND IDEOLOGIEKRITIK

Aber wie könnte ein linker Ansatz aussehen? Tatsächlich fängt er mit Ideologiekritik an. Er weist zunächst auf die Widersprüche in der autoritären Vorstellungswelt hin. Er verdeutlicht, dass die Rechte bestenfalls kurzfristig wirksame oder nur Scheinlösungen für komplexe gesellschaftliche Probleme fordert und schlimmstenfalls gar keine Lösungen sucht, sondern schlicht Ressentiments bedienen und Pogromstimmungen gegen Minderheiten schaffen will. Deutlich werden muss auch, dass die Rechte gesellschaftliche Widersprüche externalisiert, wenn sie so tut, als kämen (sexuelle) Gewaltkriminalität oder der Terrorismus von außen und als könnten sie entsprechend mit Maßnahmen der Ausgrenzung bekämpft werden.

Fakt ist, die Probleme entspringen in Wahrheit ›einheimischen‹ Konstellationen: *Erstens* zeigt etwa die Analyse der terroristischen Täterbiografien, dass die Mehrzahl im ›westlichen‹ Kapitalismus sozialisiert wurde und sich hier radikalisierte. Sie zeigt auch, dass der (dschihadistische) Salafismus als Wurzel des Terrorismus mittlerweile eine zentrale Gegenkultur und Oppositonsideologie geworden ist – auch für entfremdete oder ökonomisch abgehängte, christlich sozialisierte Deutsche (Sven Lau, Pierre Vogel, Marcel Krass, Dennis Rathkamp, Denis Cuspert etc.). Was also die nationalistische Rechte in klassischem völkischen Denken als ein kulturell-ethnisches Problem fassen will, ist in Wirklichkeit ein soziales Problem, ein Ergebnis der deutschen Klassengesellschaft und des Ausschlusses von politischer, kultureller und anderen Formen gesellschaftlicher Teilhabe. Schon hier zeigt sich: Wer innere Sicherheit will, muss die Klassen- und Demokratiefrage lösen. Dies geht aber nur über einen Bruch mit der Austeritätspolitik, mit einem radikalen wirtschaftspolitischen Kurswechsel und mit gesamtgesellschaftlicher



»Menschenrechte gelten hier nicht«, Idomeni, März 2016, Rober Astorgano/fotomovimiento

Demokratisierung. Die rechte Politik der Bestrafung und Ausgrenzung hat dabei nicht nur keine oder bloß Scheinlösungen parat, sondern verschärft die Probleme geradezu. Zum einen sind westliche Gefängnisse heute zentrale Rekrutierungsanstalten des Salafismus. Zum anderen produziert die rechte Verfolgungspolitik zwangsläufig weitere Ungerechtigkeiten und Polarisierung. Diese begünstigt aber genau das, was die Rechte zu kritisieren behauptet: die Entfremdung und Abwendung von Teilen der muslimischen Deutschen von der hiesigen Gesellschaft. ISIS hat dies längst verstanden und rekrutiert seine Anhänger etwa mit den rassistischen Wahlkampfreden von Donald Trump. Die nationalistische Rechte und die Islamfundamentalisten sind füreinander gleichsam Konjunkturprogramme, weil sie sich gegenseitig hochschaukeln. Das macht sie beide so brandgefährlich.

Rechten Versuchen, hiesige Widersprüche zu externalisieren, muss *zweitens* entgegengehalten werden, dass die Ursachen von islamfundamentalistischem Terrorismus und globalen Flüchtlingsbewegungen auch in der westlich-imperialen Außenpolitik liegen. So hat zum einen die (oft schuldenimperialistisch erzwungene) kapitalistische Durchdringung und einseitige (Agrar-)Marktöffnung im Rahmen der Freihandelsabkommen der

letzten 35 Jahre im globalen Süden zu einer hundertmillionenfachen Massenproletarisierung von Kleinbauern geführt. Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ist die globale Klasse der Lohnabhängigen seit 1980 fast auf das Doppelte gewachsen. Diese Durchdringung und ihre im Zuge der Krise noch einmal verschärften sozialen Folgen (Massenarbeitslosigkeit, Informalisierung der Arbeit, Drogen- und Menschenhandel etc.) sind wiederum der wesentliche Grund für den Staatszerfall und die »neuen Kriege«, das heißt die oft ethnisierten Verteilungskriege in der Schattenglobalisierung, die weltweit Menschen ausbluten und massenhaft Flüchtlinge produzieren. Zum großen Drama dieser Fluchtbewegungen gehört dabei, dass die ›westlichen‹ Staaten während ihres eigenen kapitalistischen Take-off im 18. und 19. Jahrhundert einen Bürgerkrieg verhindern konnten, weil sie ihre Überschussbevölkerungen als kolonialistische Siedler exportieren konnten, während heute diese Möglichkeit den kapitalistisch durchdrungenen ›Entwicklungsländern‹ durch die Grenzregime der EU, USA und Japans verwehrt ist. Zum anderen hat die ›westliche‹ Außenpolitik im Kalten Krieg die säkular-sozialistischen Bewegungen im arabischen Raum bekämpft und damit den Islamismus zu *der* wichtigsten Oppositionsbewegung gegen den globalen Kapitalismus und westlichen Imperialismus und die lokalen Unterdrückerregime gemacht, auf die sich der Imperialismus häufig stützt. Dabei ist sie in jüngerer Zeit mit ihrer destabilisierenden Kriegspolitik in der Region katastrophal gescheitert.

Ideologiekritik für die Linke heißt also zu betonen: Wer nicht von der Globalisierung des Kapitalismus und westlicher Imperialpolitik als Kriegs- und Fluchtursache Nr. 1 sprechen will, der soll auch von der ›Flüchtlingskrise‹, von Integrationspolitik und vom islamistischen Terrorismus schweigen. Mehr noch: Wer die Gefahr terroristischer Anschläge minimieren will, der muss vor allem die neue Offensivausrichtung in der deutschen Außenpolitik beenden und für einen friedenspolitischen Kurswechsel sorgen. Es ist gerade vor diesem Hintergrund richtig, dass die Linke die EU-Abschottungspolitik als zutiefst inhuman brandmarkt. Da der humanitäre Diskurs angesichts der Zunahme wohlfahrtschauvinistischer Stimmungen und gesellschaftlicher Ängste vor Kriminalität und Terrorismus bei einem signifikanten Bevölkerungsteil jedoch nicht mehr verfängt, ist es genauso wichtig, ein Bewusstsein für die Ressourcen zu schaffen, die das Grenzregime mittlerweile verschlingt. Nach Berechnung von *MigrantFiles* wurden zwischen 2000 und 2014 wenigstens 12,9 Milliarden Euro für Grenzbefestigungsanlagen, ihre Überwachung und Abschiebungen ausgegeben. Diese Mittel werden für eine Politik veräußert, die auf der Illusion beruht, dass Abschottung überhaupt möglich ist.

(INNERE) SICHERHEIT ALS SOZIALE FRAGE

Linke Politik kann sich jedoch nicht in Ideologiekritik erschöpfen. Sie muss konkrete Alternativen anbieten. Wie aber soll sie sich aus dem eingangs beschriebenen Dilemma befreien? Wie will sie verhindern, dass Austeritätspolitik, Flüchtlingsbewegung und islamfundamentalistischer Terrorismus zum Konjunkturprogramm der Rechten werden? Wie erlangt

sie im Kontext der zunehmenden Bedeutung der Sicherheitsfrage Handlungsfähigkeit? Der linke Diskurs zur inneren Sicherheit behandelt allgemein die Frage, wie Kriminalität im Kapitalismus entsteht und nachhaltig bekämpft werden kann. Diesbezüglich kann die Linke zunächst selbstbewusst konstatieren: Gelingt es dem (Austeritäts-)Staat im bürgerlichen Kapitalismus nicht mehr, die zivile Ordnung aufrechtzuerhalten und entstehen ›rechtsfreie‹ Räume, dann besagt das nichts anderes, als dass der Kapitalismus immer weniger in der Lage ist, elementare Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Dagegen ist ein Leben ohne Angst vor sexueller Gewalt, Raub oder Mord Teil der sozialistischen Utopie.

Nun ist die Polizei zwar einerseits zweifellos die ›rechte Hand des Staates‹. Ihre Funktion besteht darin, die Eigentumsordnung zu schützen. Sie ist aber nicht nur das: Denn in dem Maße, in dem die Kombination aus wachsender Vermögensungleichheit und Kürzungspolitik im öffentlichen Sektor zu einer Privatisierung von Sicherheit (*gated communities*, private Sicherheitsdienste etc.) führt, sind es vor allem die unteren Klassen, die sich der kriminellen Fäulnis des Kapitalismus ausgeliefert sehen. In diesem Sinne schützt nicht nur das Gesetz die Schwachen vor den Starken, sondern ist die Polizei das Mittel zu seiner Durchsetzung. Wenn etwa Kürzungspolitik in ökonomisch peripherisierten Regionen zur Folge hat, dass die Aufklärungsquote bei Einbruchs- und Diebstahlsdelikten angesichts der Überforderung des Sicherheitsapparats nocht weiter zurückgeht, weil diese aus Personalmangel teils gar nicht mehr verfolgt werden können, ist das ein Thema für die Linke.

Als Linke die Sicherheitsfrage zu stellen, impliziert dabei freilich nicht den autoritär-populistischen Ruf nach härteren Gefängnisstrafen. Und reduziert sich auch nicht darauf, mehr Polizei- und Justizbeamte zu fordern. Die Frage der (inneren) Sicherheit von links zu stellen, hieße, sie in ein radikales realpolitisches Transformationsprojekt einzubetten. Nur im Rahmen einer Rekonstruktion der Commons durch einen *allgemeinen* Ausbau der öffentlichen Investitionen kann sie sinnvoll bearbeitet werden. Denn es fehlen schließlich nicht nur PolizistInnen, sondern auch LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, KindergärtnerInnen, KrankenpflegerInnen und so weiter. Damit ließe sich das Sicherheitsthema im Rahmen einer breiteren fortschrittlichen Reformagenda von links besetzen und würde nicht seiner populistischen Ausschlachtung durch rechtsautoritäre Politiker überlassen.

Entscheidend wäre dabei, den Sicherheitsdiskurs aus seiner Engführung als ›Innere Sicherheit‹ zu lösen. Er sollte verknüpft werden mit einer Kritik an der herrschenden Gesamtunsicherheit und Fragen der allgemeinen Absicherung, der *sozialen* Sicherheit. Im Rahmen einer umfassenden Reformagenda ergäbe sich so eine Verknüpfung zwischen Sicherheit im öffentlichen Raum und (ab)-gesichertem Leben – jenseits von prekären Beschäftigungsverhältnissen, Unplanbarkeit von Familie und Beruf oder prekärer Alterssicherung. Denn die Unsicherheit ist kapitalistisch und Sicherheit ein linkes Thema.

LITERATUR

Goes, Thomas, 2015: »Kein ›Ja, aber…‹, sondern ein ›Ja, und…‹«, in: *SoZ*, 11/2015, 24

INTERVIEW

»WIE WIR DAS SCHAFFEN«

GESPRÄCH ÜBER FLÜCHTLINGE UND UNSERE ZUKUNFT

BODO RAMELOW

Am 4. September 2015 hat die Bundesregierung entschieden, die Grenzen für die Flüchtlinge zu öffnen. Wie habt ihr als Landesregierung darauf reagiert?

Angela Merkel hatte das Leid der Menschen vor Augen, die in Hoffnung auf Frieden und Sicherheit vor Bahnhofsgebäuden in Mazedonien, Serbien und Ungarn übernachteten – Babys und Kleinkinder inklusive. Der Historiker Wolfgang Schmale hat diese Entscheidung schon jetzt als »historisches Ereignis« bezeichnet.[1] Für uns als Praktiker bedeutete es vor allem: Alles in Bewegung setzen, was als Unterstützung dienen kann. Ich habe damals auf die Frage, wie Thüringen mit dieser Aufgabe umgehen wird, geantwortet: »Die Bezeichnung Thüringens als ›grünes Herz‹ beinhaltet das Wort Herz – und genau das müssen wir jetzt zeigen: mit Herz und Herzlichkeit den vielen Flüchtlingen helfen!«

Als der erste Sonderzug noch am selben Tag ankam, hatten ehrenamtliche HelferInnen in wenigen Stunden einen beeindruckenden Empfang vorbereitet. Sie sammelten Spenden, packten Essenspakete und begrüßten die von der Flucht erschöpften Männer, Frauen und Kinder.

Zunächst war sicher die Unterbringung die größte Herausforderung.

Ja, als Landesregierung hatten wir uns das Ziel gesetzt, dass niemand in einem Zelt übernachten muss, alle sollten ein festes Dach über dem Kopf haben. Im Herbst wurde dazu vorübergehend auch das Messegelände in Erfurt genutzt. Im Vergleich zum Januar 2015 haben wir die Zahl der Erstaufnahmeplätze inzwischen mehr als verzehnfacht. Auch der Ablauf, wie die Ankommenden möglichst zügig und ohne lange Warterei in akzeptable Unterkünfte gelangen, hat sich inzwischen eingespielt. In Anlehnung an das »Heidelberger Modell«[2] ist eines unserer Hauptziele, dass die zu uns Kommenden so schnell wie möglich Klarheit über ihren Status erhalten. Trotzdem läuft der gesamte Prozess nicht ohne Schwierigkeiten ab.

Denn wir wollen die Flüchtlinge ja nicht nur unterbringen, sondern auch befähigen, unsere Nachbarn zu werden, dazu müssen die Menschen lernen, sich bei uns zurechtzufin-

den. Das ist aufwendig. Bis heute ist es dabei geblieben, dass die allermeisten Menschen in Thüringen ein freundliches und offenes Gesicht zeigen. Aber es gibt auch die Brandstifter, die geistigen und die tatsächlichen, die mich in manchen Nächten um den Schlaf bringen.

Gemeinsam mit der Bauhaus-Universität in Weimar habt ihr ein Projekt zur Entwicklung von »Willkommensstädten« angestoßen. Die Idee zielt auf eine lebenswerte Entwicklung der Städte und Regionen für alle. Ist das auch eine Maßnahme gegen Rechtspopulismus?
Im Jahr 2015 sind 30 000 Menschen nach Thüringen gekommen – ich werbe immer wieder dafür, das als Chance zu sehen. Seit 1990 haben 400 000 ThüringerInnen unser Land in Richtung der westlichen Bundesländer verlassen. Viele Schulen im ländlichen Raum hatten dadurch immer weniger Kinder, viele Läden wurden geschlossen, Bahnstrecken stillgelegt. Nun gibt es zum ersten Mal seit 26 Jahren maßgeblichen Bevölkerungszuwachs. Integration ist für uns also nicht nur humanitär geboten, sondern auch ein Chance, um Zukunft zu gestalten. Deshalb wollen wir schnellstmöglich Kinder und Jugendliche in Schulen und die Erwachsenen in Ausbildung und Arbeit bringen. Viele unserer Unternehmen ringen um Fachkräfte, und zahlreiche Geschäftsführer haben mir gesagt, wie gern sie Flüchtlinge ausbilden wollen. Das gehen wir an. Überall in Thüringen werden Sprachkurse angeboten. Sprache ist der Schlüssel zu erfolgreicher Integration und gerade für die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen von hoher Bedeutung. Wir haben mehr als 110 Willkommensklassen eingerichtet und 700 junge Leute in Berufsschulen untergebracht, die ein Berufsvorbereitungsjahr mit Sprachunterricht kombinieren. Hier werden junge Menschen intensiv gefördert, um ihnen die Teilnahme am gemeinsamen Unterricht und Ausbildung mit deutschen Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen.

BODO RAMELOW ist Ministerpräsident in Thüringen – und damit der erst LINKE an der Spitze einer Landesregierung. Seit Beginn seiner Amtszeit hat er praktisch und symbolisch klare Zeichen für eine offene, antirassistische Flüchtlingspolitik gesetzt und dafür sowohl innerhalb der LINKEN als auch weit über sie hinaus große Anerkennung geerntet.

All das kostet viel Geld, wo nehmt ihr das her?
Die Ausgaben sind in den letzten Jahren immens gestiegen. 2014 hatten wir für die Unterbringung, Betreuung und Integration von Geflüchteten 25 Millionen Euro im Landeshaushalt vorgesehen – ausgegeben haben wir 45 Millionen. Für das Jahr 2015 haben wir den Haushalt auf 75 Millionen Euro erhöht – doch letztlich lagen die Kosten bei 190 Millionen. Für die Jahre 2016 und 2017 haben wir nun 478 respektive 612 Millionen Euro veranschlagt.

Dank der günstigen Wirtschaftslage konnten wir als Land die gestiegenen Kosten bisher ohne Neuverschuldung stemmen. Anders als Finanzministier Schäuble behauptet, hat das aber klare Grenzen. Der Haushaltsüberschuss in Thüringen lag 2015 etwas über 210 Millionen. Im laufenden Jahr geben wir aber allein 479 Millionen Euro für Flüchtlingsintegration aus. Außerdem brauchen wir den Haushaltsüberschuss dringend, um unsere Kassen konsolidieren zu können,



denn: Trotz des unglaublichen Überschusses aus dem Bundeshaushalt von 20 Milliarden Euro für 2015 zwingt uns der Bund und die Verfassungsnorm immer noch, dass wir die Schuldenbremse einhalten.

Wie steht es mit Geldern vom Bund?

Von fünf Euro, die wir ausgeben, bekommen wir vom Bund nur einen erstattet. Das ist kein solidarisches Verfahren, weshalb ich immer wieder auf Änderungen gedrungen habe. Wenn die Aussage von Angela Merkel – »Wir schaffen das« – gelten soll, dann muss ihr Finanzminister dafür auch die Grundlage bereitstellen. Man kann uns nicht zurufen, lauft schneller, und dann bindet man uns die Füße zusammen.

Der von den BürgerInnen gezahlte Solidaritätsbeitrag beispielsweise bringt jährlich 16 Milliarden Euro in den Bundeshaushalt. Davon gehen aber nur 8 Milliarden an die Länder. Der Rest verschwindet einfach im Bundeshauhalt. Diese Mittel sollten wir als eine Investition in die Zukunft betrachten und sie deshalb für die Integration der Geflüchteten verwenden und für den Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur, die letztlich allen zugutekommt. Tun wir dies nicht, wird es uns mittelfristig teuer zu stehen kommen. Würde man also die freie Hälfte des Soli nach dem Königsteiner Schlüssel auf alle Bundesländer verteilen, hätten wir schon 50 Prozent Refinanzierung. Das heißt, der ›Soli‹ würde richtig wieder mit dem Begriff Solidarität verbunden werden. Der Solidaritätsbeitrag sollte deshalb über 2019 hinaus erhalten bleiben und nach Kriterien der Benachteiligung ausgegeben wird. Das heißt, da wo eine strukturschwache Region ist, sollen Gelder hingegeben werden, damit sie sich wieder prosperierend einordnen in die Bundesrepublik. Das gilt dann für Nord, Süd, Ost und West. Der Solidaritätsbeitrag wäre nicht mehr für die neuen Länder da, sondern für alle Regionen in Deutschland für umfassende Solidarität.

Momentan werden von Rechtspopulisten eher ›Verteilungskämpfe‹ zwischen Benachteiligten beschworen.

Wir müssen unbedingt verhindern, dass bereits hier lebende gegen Neuankommende ausgespielt werden. Stattdessen gilt es, einen gemeinsamen Aufbruch für mehr soziale Sicherheit zu ermöglichen. Wir brauchen eine Sozialstaatsgarantie und mehr Maßnahmen gegen Kinder- und Altersarmut, gegen Lang-



Beide Bilder: Idomeni, März 2016,
Rober Astorgano/fotomovimiento

zeitarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit. All das lässt sich nur durch eine bessere Finanzierung eines gut funktionierenden Sozialstaats gewährleisten. Dabei geht es auch um das biblische Wort »Einer trage des anderen Last«, es geht um einen modernen und solidarischen Lastenausgleich. Auf keinen Fall darf es so sein, dass die Kosten am Ende bei denen abgeladen werden, die selbst wenig haben. Der Löwenanteil muss von jenen finanziert werden, die über hohe und höchste Einkommen und Vermögen verfügen. Hier brauchen wir auch eine gerechtere Steuer- und Investitionspolitik.

Gerade ist das Asylpaket II im Eilschritt durchgegangen. Wie sind die Spielräume einer links geführten Landesregierung vor diesem Hintergrund?

Ich halte es für reine Kosmetik, immer weitere Länder per Beschluss zum »sicheren Herkunftsland« zu erklären. Fluchtursachen werden bei diesen Entscheidungen bewusst ausgeblendet. Für viele Menschen sind die Staaten des südlichen Balkans oder Nordafrikas eben nicht sicher. Die Menschenrechtslage dort ist kritisch, insbesondere für Minderheiten wie die Volksgruppe der Roma oder auch für Schwule und Lesben. Es gibt offene Diskriminierung, die wir nicht per Beschluss beenden werden. Zumal dieser nicht auf einer veränder-

ten Situation in den Ländern fußt, sondern – ohne Blick auf die Gefährdungslage – lediglich Menschen davor abschrecken soll, in Deutschland nach Sicherheit zu suchen.

In Thüringen wollen wir Flüchtlingen grundsätzlich mit Respekt und Würde begegnen. Das muss sich – so haben wir es als Landesregierung klargestellt – auch im konkreten Verwaltungshandeln widerspiegeln. Aber selbstverständlich kann sich der Freistaat nicht außerhalb der bundesgesetzlichen Vorgaben im Asylrecht bewegen, und die landesgesetzlichen Spielräume wurden durch die Asylpakete I und II noch weiter verkleinert: Abschiebungen dürfen nicht mehr angekündigt werden, die Möglichkeit des Winterabschiebestopps wurde auf einen Zeitraum von maximal drei Monaten begrenzt. Zudem wurden weitere Absenkungen von Sach- und Geldleistungen, beispielsweise die sogenannte Eigenbeteiligung der Flüchtlinge an Kosten für Sprach- und Integrationskurse, sowie eine Verschärfung der Residenz- und Mitwirkungspflicht beschlossen (vgl. Pelzer in diesem Heft).

Diese Politik des Bundes vor Augen, versuchen wir trotzdem, permanent Spielräume für eine humanere Flüchtlingspolitik auszuloten. Dazu gehört beispielsweise die ausdrückliche Anweisung an alle Ausländerbehörden, dass auch bei vorliegenden Voraussetzungen für den Vollzug einer Abschiebung nochmals die Möglichkeit der freiwilligen Ausreise angeboten wird. Wenn abgeschoben werden muss, sollen Abschiebungen in der Nacht ebenso ausgeschlossen werden wie Abschiebungen aus Schulen und Kindergärten. Sie sind so zu organisieren, dass in jedem Fall eine Familienzusammenführung sichergestellt ist. In unserer Abschieberichtlinie ist außerdem vorgesehen, dass der Ministerpräsident im Einzelfall die Möglichkeit hat, bei nachweisbarer Gefahr einer Diskriminierung im Zielland die Abschiebung auszusetzen.

Die eigentlichen Herausforderungen der Massenflucht liegen aber auf einer andern Ebene.

Ja, Ausreisen der zu uns gekommenen Menschen – egal ob freiwillig oder per Abschiebung – tragen nur einen kleinen Teil zur Lösung bei. Wir sollten uns klar sein, worauf es vordringlich ankommt: darauf, die Fluchtursachen zu bekämpfen! Als vor 26 Jahren in Ungarn der Zaun aufgeschnitten wurde, war ich positiv überrascht, heute können die Mauern und Zäune gar nicht hoch genug sein, und der Mitleidlosigkeit wird immer mehr das Wort geredet. Wenn dann eine deutsche Politikerin sogar vorschlägt, auf Menschen zu schießen, ist das an Grausamkeit nicht mehr zu überbieten. Da aber 60 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht sind, müssen wir endlich über internationale Maßnahmen zur Bekämpfung der Fluchtursachen reden. Aus meiner Sicht braucht es eine viel stärkere europäische Friedensdebatte und auch die Weltfriedensmechanismen müssen neu entwickelt werden.

Wege zum Frieden in der Region Syrien/Irak wird es aber nur geben, wenn die KurdInnen und die JesidInnen aktiver Teil eines offensiven Friedensprozesses werden. Sonst werden die Flüchtlinge nur als Waffe im Kampf um politischen Landgewinn eingesetzt. Bevor man darüber nachdenkt, Griechenland aus dem Schengen-Raum zu werfen, sollte man erst einen Friedensplan für die Nachbarregionen entwerfen.

Die EU steht angesichts der Flüchtlinge kurz vor dem Kollaps. Wie soll das gehen?

Tatsächlich braucht es eine gesamteuropäische Asylpolitik, die aber nur greifen wird, wenn es auch eine gesamteuropäische Sozialpolitik gibt. Kurzfristig schützen sich die Länder mit Zäunen. Dass das nicht funktioniert, hat schon die deutsche Mauer gezeigt und der spanische Zaun in Mellila. Es braucht auch zum Schutz der mittel- und osteuropäischen Staaten einen Friedensdialog mit Russland. Die permanente Aufrüstung der NATO in direkter Nachbarschaft von Russland halte ich für einen falschen Weg. Die Visegrád-Staaten haben einen Anspruch auf gemeinschaftlichen Schutz, der meines Erachtens aber nur im Zuge eines innereuropäischen Prozesses gewährt werden kann. Europa kann sich nur zum Schutzraum entwickeln, wenn es zu einem solidarischen Sozialraum wird.

Auch der Sozialraum Bundesrepublik treibt auseinander. Bei den letzten Landtagswahlen konnte die AfD auf dem Anti-Flüchtlings-Ticket in allen drei Ländern zweistellige Ergebnisse erzielen. Auch in Thüringen ist sie stark.

Ja, es gibt auch bei uns beängstigende Demonstrationen von Rechtspopulisten und brennende Flüchtlingsunterkünfte. Aber die allermeisten ThüringerInnen nehmen das Treiben dieser Verbrecher nicht hin. Sie wenden sich an vielen Orten gegen die geistigen und tatsächlichen Brandstifter, die mit menschenfeindlichen Parolen gegen Geflüchtete hetzen. Ausgrenzung und Fremdenhass – dafür darf hier kein Platz sein. Das sage ich laut und deutlich und mit mir die übergroße Mehrheit derer, die hier leben! Natürlich weiß ich auch, dass sich viele Menschen fragen, wie wir damit umgehen, dass so viele neue Einwohner zu uns kommen. Als Landesregierung haben wir nicht auf jede Frage sofort eine Antwort. Aber wir haben heute – ein halbes Jahr nach dem 4. September 2015 – deutlich mehr Antworten als zu Beginn der massenhaften Flüchtlingsbewegung. Und deshalb: Ja, wir schaffen das. Wir haben viel geschafft und werden es weiter tun. Aber viel wichtiger als das ist die Frage, wie wir diejenigen, die bleiben, so integrieren, dass es ein Gewinn für alle wird. Deswegen bin ich auch dafür, dass wir eine konstruktive Debatte über das Zuwanderungs- und Einbürgerungsrecht führen.

Die Krise ist nicht der Flüchtlingszustrom. Die Krise besteht darin, dass Grundgewissheiten für die Schwächsten in der Gesellschaft immer mehr verloren gehen und die europäische Idee zu verblassen droht. Deshalb bekommen Nationalpopulisten immer mehr Zulauf. Deutschland und Europa müssen sich entscheiden, ob wir Liberalität und Weltoffenheit verteidigen oder ob wir uns von Hass und Gewalt in die Knie zwingen lassen.

Im letzten halben Jahr haben mir viele Menschen Hoffnung gemacht. Gemeinsam haben wir gezeigt, wie wir das schaffen: mit Herz und Herzlichkeit den zu uns kommenden Menschen begegnen.

Das Gespräch führte Barbara Fried.

---

1 Schmale, Wolfgang: »Merkels 4. September 2015« – Die Beschleunigung der europäischen Gegenwartsgeschichte durch »Ereignisse«, http://wolfgangschmale.eu/merkels-4-september-2015/

2 Die zentrale Idee des Heidelberger Modells ist es, dass viele Teilaspekte des Asylverfahrens nun unmittelbar hintereinander weg an einem Ort erledigt werden.

OFFENE GRENZEN ALS UTOPIE UND REALPOLITIK

LINKE STRATEGIEN GEGEN CHAUVINISMUS UND SOZIALE KONKURRENZ

FABIAN GEORGI

Nachdem die Bundesregierung Anfang September 2015 die deutschen Grenzen partiell für Flüchtende auf der Balkan-Route geöffnet hatte, sah der linke Philosoph Slavoj Žižek Mitte Oktober ›Europa‹ nicht nur durch rechtspopulistische EinwanderungsgegnerInnen infrage gestellt, sondern »auch bedroht von sentimentalen Linken, die heuchlerisch für offene Grenzen plädieren« (Žižek 2015). In einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* bezeichnete er die Idee offener Grenzen als »nicht durchsetzbar«, es werde »nie dazu kommen«. Diese Forderung werde von »Linksliberalen« vertreten, die ihre moralische Überlegenheit genauso genössen wie ihre politische Impotenz.

Die Art und Weise, wie Žižek diese seit Jahren von Antira-Gruppen und Refugee-AktivistInnen vertretene Position kritisierte, war ärgerlich und unsolidarisch. Seine rhetorische Pöbelei enthielt jedoch einen wahren Kern: Seit den 1990er Jahren funktionieren linke Slogans wie »No Border, No Nation« oder

»Grenzen auf für alle Menschen« als inspirierende Provokationen, deren Attraktivität sich unter anderem daraus speist, der Unmenschlichkeit der Grenzregime mit einer Radikalität zu begegnen, die sich auch moralisch gut anfühlt. Tatsächlich ist die Forderung nach offenen Grenzen oft eine ›leere‹ Provokation. Nur selten wird darüber nachgedacht, welche Konsequenzen eine Welt ohne Grenzen praktisch haben würde. No-Border-AktivistInnen bleiben oft sprachlos gegenüber dem liberalen Argument, globale Bewegungsfreiheit sei zwar eine nette Idee, aber wenn man die Grenzen wirklich öffnete, ›würde hier doch alles zusammenbrechen‹. Vielen AktivistInnen ist wohl selbst unklar, ob ihre Forderung als realpolitische *policy* ernst gemeint ist oder eher den Status einer Utopie hat, die erst in einer systemtransformierenden Perspektive überhaupt Sinn ergibt.

Heute, nachdem im ›Sommer der Migration‹ 2015 einige Grenzen tatsächlich offenstanden, fällt der gesellschaftlichen Linken dieser Mangel an Reflexion auf die Füße. Als Problem erweist sich nicht nur, dass als Resultat neoliberaler Austeritätspolitik gerade kommunale Strukturen bei der Aufnahme der Geflüchteten teils überfordert sind. Mehr noch: Relevante Teile der deutschen und europäischen Bevölkerungen fürchten, eine Politik der offenen Grenzen würde die soziale Konkurrenz um ohnehin prekäre (öffentliche) Güter wie Wohnen, Gesundheit, Bildung, Infrastruktur, Wohlfahrt und Arbeit weiter verschärfen. Im Umfeld von Pegida und AfD wird diese Sorge angeheizt und für rechte Scheinlösungen instrumentalisiert. Gleichzeitig ist es kaum verwunderlich, dass bestimmte Milieus, etwa die 27 Prozent »Enttäuscht-Autoritären« (vgl. Brie/Hildebrandt 2015: 105), unter den Bedingungen eines austeritär-neoliberalen Krisenregimes auf reale oder drohende Prekarität und Angst vor verschärfter sozialer Konkurrenz wohlstandschauvinistisch reagieren. Der nationalistische Backlash gegen die Folgen partiell offener Grenzen zeigt, dass der Philosoph Michael Walzer (1983, 39) nicht völlig unrecht hatte, als er warnte, offene Grenzen würden nicht automatisch zu mehr Freiheit führen: »To tear down the walls of the state is not […] to create a world without walls, but rather to create a thousand petty fortresses.« Angesichts dieser Entwicklung ist die gesellschaftliche Linke mit harten Fragen nach den realpolitischen Konsequenzen ihrer Forderung nach offenen Grenzen konfrontiert. Sie steht vor der Aufgabe, intensiv über eine ›linke Migrationspolitik‹ zu debattieren. Hierfür schlage ich drei Ansatzpunkte vor.

FABIAN GEORGI ist Politologe und derzeit an der Universität Marburg beschäftigt. Er ist aktiv im *Netzwerk für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* und hat im Januar 2016 seine Dissertation über die politische Ökonomie von Migrationsregimen fertiggestellt.

ILLUSIONSLOSE ANALYSE

Erstens sollte einer linken Migrationspolitik eine illusionslose Analyse zugrunde liegen, die Prozesse der Flucht und Migration sowie deren politische Regulationen konsequent als ›systemische‹ Fragen kapitalistischer und rassistischer Reproduktionsverhältnisse



Idomeni, März 2016, Rober Astorgano/fotomovimiento

interpretiert. Gegenüber solchen Darstellungen bestehen mitunter Vorbehalte. So wurde etwa in Debatten des *Netzwerks für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* (kritnet) argumentiert, eine Analyse, die Fluchtursachen maßgeblich in kapitalistischen Krisenprozessen verorte, würde »die Pluralität und Heterogenität von Migrationsbewegungen und -motiven auf die alt bekannten Größen eindampfen«, die relative Autonomie der Migration unterschätzen und Gefahr laufen, durch die Unterscheidung verschiedener Ursachen die Spaltung in ›gute Flüchtlinge‹ und ›böse WirtschaftsmigrantInnen‹ zu reproduzieren. »Warum«, so eine in diesen Debatten geäußert Frage, »müssen wir denn sagen, warum sich Menschen in Bewegung setzen, [ob] aus Liebe, Abenteuer, Arbeit etc.?«. Die Antwort ist, dass ein solch pointiertes Desinteresse an den Ursachen von Migration politisch fatal ist. Denn: Nur ein Verständnis von Migration als eigensinniger sozialer Bewegung, die *maßgeblich* auf strukturelle Widersprüche und politische Dynamiken eines globalen Kapitalismus reagiert, macht es möglich, den Kampf gegen die Unmenschlichkeit von Grenzen nicht isoliert zu betrachten, sondern zu verstehen, dass er erfolgreich letztlich nur als Teilkonflikt einer tief greifenderen gesellschaftlichen Transformation geführt werden kann. Nur so lässt sich also die Kritik an Migrationsregimen innerhalb der strategischen Bestimmungen eines breiteren linken Projekts verorten.

Produktiver, als zu vermeiden, über konkrete Fluchtursachen überhaupt zu reden, ist der Verweis darauf, dass bestimmte Wirtschaftspolitiken (*land grabbing*, Freihandel, Waffenexporte u.a.) direkt dazu beitragen, dass Menschen sich zum Weggehen entscheiden (müssen). Zugleich dürfen solche Politiken nicht isoliert von ihrem systemischen Kontext kritisiert werden. Würde man der kapitalistischen Weltwirtschaft heute all jene Verwertungsmöglichkeiten entziehen, die mittelbar Fluchtursachen produzieren, würde dies die strukturelle Krise der gegenwärtigen Formation dramatisch verschärfen. Solange linke Akteure ihre Anklage ›fluchtauslösender‹ Akkumulationsstrategien nicht mit einer Kritik ihrer Notwendigkeit für die Reproduktion der gegenwärtigen Formation und des ›Gesamtsystems‹ sowie einer Perspektive zu

deren Überwindung verbinden, bleibt ihre Analyse oberflächlich und unehrlich. Ein solch systemisches Verständnis von wirtschaftlichen Fluchtursachen als inhärentem Ausdruck eines die Verhältnisse ungleich umwälzenden und schöpferisch-zerstörenden Kapitalismus könnte es zudem ermöglichen, der Delegitimierung von Migration wegen ökonomischer Perspektivlosigkeit politisch offensiv entgegenzutreten.

Weiterhin sollten sich Analysen um ein präziseres Verständnis des Backlashs gegen die Politik der partiell offenen Grenzen bemühen. Entscheidend ist hier meines Erachtens die Einsicht, dass die chauvinistischen Strategien von AfD, Pegida & Co. gerade deshalb so machtvoll sind, weil ihnen eine spezifische unmenschliche Rationalität zukommt. Diese Rationalität speist sich aus der »national-sozialen« Regulation sozialer (Klassen-)Konflikte (Étienne Balibar) in den europäischen Wohlfahrtsstaaten. Die deutsche Bevölkerung ist Teil eines nationalen Klassenbündnisses, das seinen Angehörigen in Gestalt von Lohnniveau, Infrastruktur und Sozialstaat materielle Vorteile bietet. Diese sind historisch erkämpfte Errungenschaften und zugleich nationale Privilegien einer imperialen Produktions- und Lebensweise. Wenn das rechtskonservative Spektrum Angela Merkel nun den Bruch des ›Gesellschaftsvertrags‹ vorwirft, dann spiegelt sich darin die Einsicht, dass diese Privilegien auf die abgestufte Ausgrenzung von Nicht-Zugehörigen angewiesen sind, um dauerhaft stabil zu sein. Da die materiellen Zugeständnisse im Rahmen nationaler Sozialstaaten vom kapitalistischen Mehrprodukt abgezogen werden, würde deren territorial oder ›personell‹ grenzenlose Ausweitung die Profitraten gegen Null sinken lassen und so die ökonomische Grundlage nationaler Klassenkompromisse untergraben.
Wenn also etwa die im Februar 2016 gestartete Kampagne des Ums-Ganze-Spektrums »gegen die Festung Europa und ihre Fans« in ihrem Titel argumentiert, »Nationalismus ist keine Alternative«, dann stimmt dies zwar insoweit, als nationaler Chauvinismus an den tatsächlichen Ursachen von Abstiegsangst und Prekarität völlig vorbeigeht. Dennoch hat die Entscheidung großer Teile der deutschen und europäischen Bevölkerungen, auf die nationalistische Karte zu setzen, eine gewisse Logik. Angesichts der scheinbar übermächtigen Stellung neoliberaler Kapitalfraktionen im europäischen Kräfteverhältnis erscheint es ihnen kurzfristig erfolgversprechender, die eigene Lebensweise durch die Wiederherstellung nationaler Klassenkompromisse zu verteidigen, als auf einen internationalistischen Postkapitalismus zu setzen. Es ist diese Rationalität eines unmenschlichen Irrationalen, mit der linke Migrationspolitik umgehen muss, wenn sie ihr Anliegen als Teil eines gegenhegemonialen Projekts konstituieren will.

HUMANISMUS UND INTERNATIONALISMUS

So wichtig solch grundlegende Analyse ist, genügt es nicht, »angesichts der Missstände die Zustände verantwortlich zu machen« (Agnoli 2004, 200). Linke Akteure sollten deshalb, *zweitens*, daran arbeiten, eine offensive Rechtfertigung für eine Politik offener Grenzen und gleicher Rechte zu entwickeln. Diese könnte sich aus den doppelten Quellen des Humanismus und Internationalismus speisen: Aus humanistischer Perspektive ließen sich die Implikationen des Menschenrechtsdiskurses

zuspitzen (vgl. Muggenthaler in diesem Heft). Die Maxime, nach der alle Menschen frei und gleich an Würde und an Rechten geboren sind, verlangt, dass alle Privilegien, die auf zufälligen oder ethisch irrelevanten Eigenschaften basieren, abgeschafft werden. Nimmt man dieses Prinzip ernst, lassen sich hiermit nicht nur Ungleichbehandlungen auf der Grundlage von Stand oder Kaste, Geschlecht, Hautfarbe, Religion oder Sexualität kritisieren, sondern auch solche Vorrechte, die Einzelnen erwachsen, weil sie eine meist zufällig ererbte Staatsbürgerschaft besitzen oder sie sich vermeintlich allein in die marktwirtschaftliche ›Leistungsgemeinschaft‹ hineingearbeit haben (vgl. Georgi in *LuXemburg* 3/2014).

Eine solch humanistische Kritik muss jedoch um einen politischen Internationalismus ergänzt werden, der Grenzregime als Bestandteil der ›Regulationsweise‹ kapitalistischer Formation begreift. Dies hieße zu verstehen, dass in Grenzregimen die Stabilisierung einer Ordnung ausgefochten und organisiert wird, die für die große Mehrheit der Menschen – und zwar sowohl im globalen Süden als auch im Norden – zunehmend negative Konsequenzen hat. Ein wichtiger Schritt besteht deshalb darin, das gemeinsame Interesse von Menschen im Süden und im Norden an einer Aufhebung der Vielfachkrisen eines scheiternden Kapitalismus zum gemeinsamen Ankerpunkt einer praktischen Kritik unmenschlicher Grenzregime zu machen. Auch wenn es kompliziert ist, diesen Anspruch in der politischen Alltagspraxis umzusetzen: Grund für Optimismus bietet immerhin die Einsicht, dass vielfältiges Engagement und (real)poli-tische Praxis zu Migration und Grenzen dann zu einer (langfristigen) Überwindung des in Grenzregimen menschengemachten Leids beitragen können, wenn zugleich deren systemischen Gehalte offen artikuliert und angegriffen werden.

GESELLSCHAFTLICHEN POL BILDEN

Auf die Situation in Deutschland bezogen hieße dies, einen heterogenen gesellschaftlichen Pol zu bilden, dessen Angehörige sich schlicht weigern, die dauerhafte Verteidigung ihrer eigenen, ohnehin prekären Lebensweise durch tödliche Grenzregime zu akzeptieren, die sich über die systemische Dimension dieser Regime, der Fluchtursachen und des erstarkenden Chauvinismus keinerlei Illusionen machen und die wissen, dass eine Verbesserung ihrer eigenen Situation angesichts von kapitalistischer Strukturkrise und Klimakatastrophe nicht von einer sozialökologischen Transformation des Gesamtsystems zu trennen ist. Der Kern dieses politischen Blocks würde sich wohl aus den Milieus der gesellschaftlichen Linken zusammensetzen, das heißt den »kritischen Bildungseliten« und dem »engagierten Bürgertum« (vgl. Brie/Hildebrand 2015, 104). Entscheidend wäre, aus den gemeinsamen Kämpfen von Refugee-AktivistInnen, migrantischen Gruppen, länger hier lebenden Linken und dem Spektrum der Willkommensinitiativen eine gemeinsame Perspektive zu entwickeln. Die politische und moralische Anziehungs- und Ausstrahlungskraft eines solchen Pols – gestützt auf Humanismus, Internationalismus und eine scharfe materialistische Analyse, mit der eine linke Migrationspolitik offener Grenzen aktiv vertreten werden könnte – auf andere gesellschaftliche Gruppen, bis weit in linksliberale oder gar

liberalkonservative bürgerliche Milieus hinein, sollte nicht unterschätzt werden.

NEOLIBERALISMUS ÜBERWINDEN

Dennoch, die gesellschaftliche Linke kann sich nicht allein auf ihre ethische Kraft verlassen. Um überhaupt eine Chance zu haben, weite Teile der prekarisierten Schichten und kleinbürgerliche Milieus anzusprechen, müsste sie, *drittens*, ihre migrations-, wirtschafts- und sozialpolitischen Strategien verbinden. Eine progressive Verschiebung von Migrations- und Asylpolitiken wird sich erst dann erreichen lassen, wenn die durch neoliberal regulierte Wachstumsmodelle erzeugte Prekarität substanziell abgeschwächt wird.

Es ist gerade die verbreitete Furcht vor dem Ausschluss aus der neoliberalen Leistungs- und Wohlstandsgemeinschaft, die rassistischen Kräften ideale Bedingungen bietet. Würde es gelingen, eine sozialökologische Transformation in Gang zu setzen, die Existenzängste und Konkurrenz durch soziale Sicherheit ersetzt, würde dies chauvinistischen Kräften die Mobilisierung erschweren und sie strukturell schwächen. Eine Überwindung neoliberaler Austeritätspolitik würde auch die politisch erzeugte Überforderung öffentlicher Strukturen bei der Unterstützung von Geflüchteten beenden. Die Kosten hierfür wie auch für massive Investitionen in soziale Infrastrukturen und eine ökologische Transformation können nur durch eine Umverteilung von oben nach unten finanziert werden.

In der sogenannten Flüchtlingskrise von 2015/16 schießen somit wie in einem Brennglas die inneren Widersprüche und selbstzerstörerischen Tendenzen der gegenwärtigen Formation zusammen. Die Vielfachkrisen im globalen Süden haben entscheidend zum ›Sommer der Migration‹ beigetragen. Die tiefe Krise des europäischen Grenzregimes macht deutlich, dass das globale Modell eines »Gated Capitalism« (Rainer Rilling), in dem sich schrumpfende Wohlstandszonen vom zerfallenden Rest der Weltwirtschaft abschotten, nur dann stabil sein könnte, wenn das Gewaltniveau ein neues Niveau erreicht. Die AfD-Forderungen nach einem Schießbefehl für die europäische Grenzpolizei lassen dies ahnen. Innerhalb der EU haben Sozialabbau und Prekarisierung national-chauvinistische Reaktionen derart begünstigt, dass sie das Kernprojekt der EU, die freie Zirkulation von Waren und Arbeitskräften, zu zerstören drohen. Schließlich haben die EU-Staaten durch Schuldenbremsen und *economic governance* ihre Möglichkeiten beschnitten, die gegenwärtigen Krisen durch den Einsatz öffentlicher Ressourcen zu bearbeiten. Nicht nur die gesellschaftliche Linke, sondern die Gesellschaften des globalen Nordens insgesamt stehen heute vor der Entscheidung, ob sie bereit sind zu akzeptieren, dass ihre eigene bröckelnde Lebensweise durch die globale Apartheid tödlicher Grenzregime abgesichert wird.

LITERATUR

Agnoli, Johannes, 2004: Von der kritischen Politologie zur Kritik der Politik, in: ders., *Die Transformation der Demokratie und verwandte Schriften*, Hamburg, 193–202

Brie, Michael und Cornelia Hildebrandt, 2015: Solidarische Mitte-Unten-Bündnisse, in: *LuXemburg* 2/2015, 100–107

Georgi, Fabian, 2014: Was ist linke Migrationspolitik?, in: *LuXemburg* 3/2014, 110–115

Walzer, Michael, 1983: *Spheres of Justice*, New York

Žižek, Slavoj, 2015: »Merkel hat zu lange geblufft«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 20.10.2015

»HELFEN IST IN DER GEGENWÄRTIGEN SITUATION EIN POLITISCHES STATEMENT«

GESPRÄCH ÜBER ›WILLKOMMENSINITIATIVEN‹ ALS ORTE SOLIDARISCHER PRAXIS

TINA FRITSCHE, CHRISTOPH KLEINE UND DANIEL TIETZE

Ihr seid in verschiedenen Initiativen für Geflüchtete aktiv. Wie sind diese entstanden und was macht ihr dort?

TINA: Im August 2015 haben wir mit ein paar Leuten den Impuls gegeben, die Initiative *Refugees Welcome Karoviertel* (RWKaro) zu gründen. Ausgangspunkt war, dass in den Messehallen in der direkten Nachbarschaft von St. Pauli eine Massenunterkunft eingerichtet wurde. Damals hat eine Handvoll von AktivistInnen und NachbarInnen mit Handzetteln und über Social Media zu einer Stadtteilversammlung eingeladen. Rund 500 Menschen kamen. Zwei Wochen später waren es bereits 1 500. Da mussten wir in den Ballsaal vom St. Pauli-Stadion umziehen. Für die Mobilisierung konnten wir zum einen auf die Strukturen des Recht-auf-Stadt-Netzwerks zurückgreifen, zum anderen aber auch auf eine politische Verankerung im Stadtteil St. Pauli, in dem es eine lange Geschichte widerständigen und libertären Lebens gibt. Mittlerweile ist die Massenunterkunft in den Messehallen aufgelöst worden. Wir sind also eine Initiative, die ihre neuen Nachbarn wieder verloren hat. Die Arbeit von RWKaro konzentriert sich deshalb nun auf Erstaufnahmeeinrichtungen in ganz Hamburg und auf die Unterstützung der Hilfsstrukturen am Hauptbahnhof.

CHRISTOPH: Am 8. September 2015 wurde eine Gruppe von etwa 200 Refugees im Lübecker Hauptbahnhof von der Bundespolizei aus dem Zug nach Kopenhagen geholt. Von dort wollten sie weiterreisen nach Schweden, neben Deutschland ein Hauptzielland, wo viele Geflüchtete bereits FreundInnen oder Verwandte haben. Nach stundenlangen Verhandlungen konnte die Gruppe endlich weiterreisen, wurde aber in Dänemark erneut festgesetzt und übel behandelt. Es war klar, dass andere Wege nach Schweden gesucht werden mussten.

Einen Tag später standen die ersten Refugees vor der Tür unseres autonomen Kulturzentrums Walli. Wir haben es kurzerhand umfunktioniert und innerhalb von 24 Stunden ein Solidaritätszentrum für Geflüchtete im Transit aufgebaut. Im Konzertsaal und in den meisten Gruppenräumen lagen

Matratzen. Es wurde ein Raum für medizinische Versorgung eingerichtet, zudem wurden Essen und Kleidung besorgt. All das geschah selbstorganisiert und ehrenamtlich auf der Grundlage einer parteilichen Solidarität mit Geflüchteten und zur Unterstützung ihres Kampfes um Bewegungsfreiheit.
Mittlerweile haben wir über 15 000 Menschen bei der Weiterreise nach Skandinavien geholfen und dabei mehrere Hunderttausend Euro für Fährtickets ausgegeben. Davon wurde ungefähr die Hälfte von den Refugees selbst bezahlt, der Rest aus Spendengeldern. Von der Stadt konnten wir zusätzliche Räumlichkeiten erstreiten, sodass jetzt Kultur- und Solidaritätszentrum nebeneinander existieren. Inzwischen hat der Transit stark abgenommen. Wegen der verschärften Grenzpolitik Schwedens können täglich nur noch 20 Geflüchtete weiterreisen. Dafür bauen wir jetzt die Aktivitäten für und mit Geflüchteten aus, die in Lübeck bleiben wollen. Unser Ziel ist ein dauerhaftes, selbstverwaltetes und unabhängiges Haus in Lübeck.
DANIEL: Bei uns begann es damit, dass im August eine Notunterkunft für 1 500 Geflüchtete in Berlin-Karlshorst errichtet werden sollte. Es gab eine große Welle der Solidarität, aus dem Nichts fanden sich viele Menschen zusammen, die dazu beigetragen haben, die Unterkunft herzurichten und in Betrieb zu nehmen. Auch aus dem Bezirksverband der LINKEN in Lichtenberg sind einige dort als HelferInnen eingestiegen, haben bei Handwerksarbeiten oder bei der Essensausgabe geholfen. Der Bezirksverband hat seinen Bus zur Verfügung gestellt, etwa um Spenden einzusammeln. Wir machen kein Geheimnis daraus, dass wir von der LINKEN sind, lassen aber die Parteifahne zu Hause. Das kommt gut an.
Im Bezirksverband haben wir eine »Arbeitsgemeinschaft Geflüchtete« gegründet und damit einen Ort geschaffen, wo sich AktivistInnen aus dem Helferkreis mit ParlamentarierInnen austauschen können. So konnten wir Aufklärungsarbeit in die Partei hinein, Spendenaktionen, aber auch parlamentarische Initiativen initiieren. Beispielsweise haben wir in der Bezirksverordnetenversammlung Probleme bei der Unterbringung thematisiert. Über unsere Bezirksstadträte konnten wir durchsetzen, dass die Meldung beim Einwohnermeldeamt in Form von Sammellisten direkt in den Notunterkünften durchgeführt werden kann und die Flüchtlinge nicht individuell

TINA FRITSCHE schreibt als Journalistin zum Thema Flucht und Migration. In Hamburg ist sie im *Centro Sociale*, einem selbstverwalteten Stadteilzentrum in St. Pauli Nord, aktiv und im *Netzwerk Recht auf Stadt*. Zuletzt hat sie die Intitiative *Refugees Welcome Karoviertel* mit angestoßen.

CHRISTOPH KLEINE verdient sein Geld mit dem Verkauf von Kinderspielzeug und ist in der *Interventionistischen Linken* (IL) aktiv. Mit anderen zusammen hat er das autonome Kulturzentrum in Lübeck zu einem Solidaritätszentrum für Geflüchtete im Transit verwandelt. Die Gruppe bietet nicht nur Übernachtungsmöglichkeiten und medizinische Versorgung, sondern finanziert mit Hilfe von Spenden auch die Weiterreise Richtung Skandinavien.

DANIEL TIETZE ist stellvertretender Landesvorsitzender der Berliner LINKEN und Co-Fraktionsvorsitzender in Lichtenberg, wo die LINKEN zwar die größte Fraktion, die SPD aber die Bezirksbürgermeisterin stellt. Er ist aktiv in einer lokalen Unterstützungsinitiative, die sich rund um die Erstaufnahmeeinrichtung in Karlshorst im Bezirk Lichtenberg gebildet hat.

dorthin müssen und extrem lange Wartezeiten haben. Auf Landesebene konnten wir erfolgreich Druck machen für die Einführung einer Gesundheitschipkarte, sodass die Geflüchteten zum Arzt gehen können, ohne vorher beim Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) den entsprechenden Schein beantragen zu müssen. Tatsächlich konnten wir so sogar einzelne HelferInnen für die Parteiarbeit gewinnen.

Wer ist in den Initiativen aktiv? Entsteht hier eine Zusammenarbeit unterschiedlicher Gruppen und Milieus, die es sonst so nicht gibt?

TINA: Allein die Zahl der Engagierten zeigt, dass hier sehr unterschiedliche Erfahrungen und Ansätze zusammenkommen. Menschen, die schon lange in politischen Gruppierungen organisiert und entsprechend erfahren sind in kollektiven Prozessen, trafen auf solche, die im Sommer zum ersten Mal aktiv wurden. Das war aufregend, intensiv, amüsant und immer wieder auch ungemein anstrengend. Es ging so schnell, dass es für alle eine große Herausforderung war, Schritt zu halten und trotzdem nicht aus den Augen zu verlieren, ob wir überhaupt ungefähr in eine Richtung gehen.

DANIEL: In den Initiativen haben wir einen bunten Haufen an Menschen, die sich zum großen Teil aus der direkten Nachbarschaft und aus dem linken organisierten Spektrum rekrutierten. Aber auch Gremien wie der Bezirkselternausschuss von Lichtenberg oder Kirchengemeinden haben sich vom ersten Tag an eingebracht. Von der Ärztin über den Studenten bis hin zu Erwerbslosen sind hier zahlreiche Menschen unterwegs. Viele von ihnen sind zum ersten Mal politisch in Organisationen aktiv. Es sind gut ausgebildete Leute aus der ›Mitte‹ der Gesellschaft, die auf gut organisierte AktivistInnen linker oder antifaschistischer Gruppen treffen. Durch die praktische Arbeit und Auseinandersetzung mit der Situation der Geflüchteten und dem Versagen der zuständigen öffentlichen Institutionen entsteht eine konkrete Zusammenarbeit, die es – zumindest bei uns im Bezirk – so bisher nicht gegeben hat.

CHRISTOPH: Der Kern der Aktiven waren Leute aus der Szene, aus politischen Gruppen und der antirassistischen Bewegung. Aber es sind sehr schnell weitere dazugekommen. Vor allem die DolmetscherInnen haben einen wichtigen und aufreibenden Job gemacht. Wir wussten vorher gar nicht, wie viele Leute es in Lübeck gibt, die Arabisch oder Farsi sprechen. Unser Haus, das vorher so ›weiß‹ war wie die meisten politischen und subkulturellen Zentren, ist jetzt endlich ein Ort geworden, wo sich ›Bio-Deutsche‹, MigrantInnen und gerade erst nach Lübeck Gekommene begegnen. Ähnliches gilt für die vielen Hundert anderen Freiwilligen, die im Laufe der Zeit mitgeholfen haben, Essen zu kochen, die Betten zu machen, die Toiletten zu putzen, einen 24-Stunden-Bürodienst aufzustellen und die medizinische Versorgung aufzubauen. Daraus sind bereichernde und schöne Erfahrungen entstanden, neue Gruppen und Freundeskreise. Aber es kommt auch immer wieder zu Problemen, wenn die Herangehensweise ans Helfen oder an praktische Solidarität doch recht unterschiedlich ist, wenn Selbstorganisation sich mit Kontrollbedürfnis und das Ziel der Selbstermächtigung sich mit durchaus



Idomeni, März 2016, Manu Gómez/Fotomovimiento

vorhandenem Paternalismus beißt. Das erfordert Kommunikation und Anstrengung auf allen Seiten, die sich aber lohnt.

Wie schätzt ihr das Potenzial ein, dass aus diesen Aktivitäten etwas entsteht, das über Ad-hoc-Krisenmanagement hinausgeht, etwa Strukturen, die imstande wären, auch andere Probleme in solidarischer Weise zu thematisieren?

CHRISTOPH: Als unverbesserlicher Optimist bin ich der Überzeugung, dass dieses Potenzial riesig ist. ›Helfen‹ ist in der gegenwärtigen Situation ein politisches Statement – unabhängig davon, ob die Freiwilligen das selbst so formulieren oder nicht. Und praktische Solidarität muss doch der Ausgangspunkt einer jeden linken Politik sein, die auf eine Überwindung von Grenzen, Konkurrenz und Ausbeutung zielt. Wichtig sind Kommunikation und Geduld. Es muss sich nicht sofort alles in den bekannten Formen von Flugblatt, Demo oder Besetzungsaktion äußern. Die unbestreitbar notwendige Politisierung darf nicht zu Belehrung und Rechthaberei führen. Wir sind alle Teil einer der größten sozialen Bewegungen, die dieses Land jemals gesehen hat. Jetzt kommt es darauf an, ob Linke es schaffen, sich in dieser Bewegung tatsächlich zu verankern, ihr Orientierung zu geben und

vor allem selbst offen und veränderungsbereit zu sein.

TINA: Anfangs gab es eine Kontroverse um die Haltung der Aktiven, die ihre humanitäre Hilfe ausdrücklich nicht mit einer irgendwie gearteten politischen Position in Verbindung bringen wollten. ›Helfen‹ hieß für sie zum Beispiel, keine offene Kritik am Handeln von Trägern und Behörden zu äußern. Mein Eindruck ist, dass sich das durch die monatelange Praxis verändert hat, dass der Unwillen über strukturelle Missstände deutlich wächst und damit auch das Bedürfnis, diese zu benennen und dagegen anzugehen. Das ist eine bemerkenswerte Entwicklung. Der Blick geht nicht zwangsläufig auch auf andere ›große‹ Themen, allerdings war bei RWKaro die Forderung nach menschenwürdiger Unterbringung von Flüchtlingen von Anfang an verbunden mit der Forderung nach einem ausgebauten Winternotprogramm für Obdachlose. Die Forderung »Leerstand zu Wohnraum« ist ein alter Slogan der Recht-auf-Stadt-Bewegung – hier ist eine Verbindung zwischen erprobter Praxis und neuem Engagement. Selbstverständlich spielen hier Personen eine wichtige Rolle, die in beiden Bereichen aktiv sind und diese Perspektive einbringen.

DANIEL: Die Diskussionen, dass man hier nur konkrete humanitäre Hilfe für Menschen in Not leisten wolle, gab es auch bei uns. Die gemeinsame praktische Erfahrung hat aber die Chancen und Grenzen des Helfens in dieser Gesellschaft verdeutlicht. Gerade die Auseinandersetzung mit der desaströsen Arbeit der zuständigen Behörden hat eine übergreifende Politisierung befördert, sodass HelferInnen als politische Akteure mit Demonstrationen und gemeinsamen Forderungen an die Öffentlichkeit treten. Die Situation am Wohnungsmarkt ist bei uns in Berlin ein gutes Beispiel für eine kapitalgetriebene Immobilienentwicklung, die mit dem Versorgungsauftrag der Wohnungswirtschaft kaum noch vereinbar ist. Das lässt sich an der Auseinandersetzung um die ehemals auf Druck von Vattenfall entmieteten Wohnhäuser in der Gaswerksiedlung Klingenberg illustrieren. Die Linksfraktion fordert seit 2012, dass der Komplex zur Zwischennutzung freigegeben wird. Jetzt haben wir vorgeschlagen, die Gaswerksiedlung als Wohnraum für Geflüchtete zu nutzen, was momentan allerdings nicht nur an den Eigentümerinteressen, sondern auch an der fehlenden Unterstützung der anderen Parteien in der Bezirksverordnetenversammlung scheitert. Solche konkreten Projekte, in denen Forderungen wie »Recht auf Wohnen« oder »Leerstand zu Wohnraum« konkret werden, könnten auch die Mitte der Gesellschaft auf eine Weise politisieren, die über das Lindern von Symptomen hinausgeht. Hier können auch neue Bündnisse zwischen linker Mittelschicht und linker Szene entstehen. Es passiert aber auch das Gegenteil, dass die Erfahrung der individuellen Ohnmacht, die Verhältnisse zu ändern, bei einigen HelferInnen zu Resignation führt.

Überall sind sehr viele Menschen aktiv, gleichzeitig wird eine Asylrechtsverschärfung nach der anderen beschlossen. Verliert sich die Bewegung im Lokalen, während auf anderen Ebenen ständig neue Probleme produziert werden?

TINA: Meine Hoffnung ist, dass sich angesichts der Unterschiedlichkeit der Aktiven auch die Diskurse verschränken und gegenseitig

befruchten. Da sind – holzschnittartig formuliert – die Aktiven, die die Kleiderkammer oder ein Kinderprogramm organisieren und damit fast vollständig ausgelastet sind. Über Social Media und bei Veranstaltungen sind sie aber in Kontakt mit denen, die die Asylrechtsverschärfung thematisieren, Refugee-Konferenzen mitorganisieren und in internationalen Netzwerken aktiv sind. Beide Praxen existieren nicht nur neben-, sondern auch miteinander. Hier findet ein spannender und anstrengender Prozess mit vielen Reibungen statt, der viele Menschen in Kopf und Herz mitnimmt.

DANIEL: Ich stimme Tina in der Hoffnung zu, dass sich aus der Helferszene heraus ein neuer politischer Erfahrungsraum bildet, der praktische Hilfe mit der Forderung nach politischen Lösungen verbindet. Als eine große Herausforderung für die HelferInnen sehe ich die Auseinandersetzung mit dem sich verschärfenden rassistischen Diskurs und der Meinungsmache in der Flüchtlingsfrage. Während sie anfänglich als Vorbilder deutscher Humanität und Offenherzigkeit gefeiert wurde, bläst jetzt vielen in der Öffentlichkeit, aber auch im eigenen Umfeld ein deutlicher Gegenwind ins Gesicht. Nachdem viele HelferInnen das Gefühl hatten, für das Versagen der politischen und staatlichen Institutionen in die Bresche gesprungen zu sein, erlebe ich jetzt auch eine intensive und emotionale Auseinandersetzung mit der herrschenden Politik und den dafür verantwortlichen Teilen von CDU/CSU, SPD und den Grünen, einer Politik, die auf eine weitere Abschreckung von Geflüchteten durch repressive Gesetze und Praktiken zielt.

Als LINKE ist es für uns zentral, dass die von AfD und Pegida befeuerte Auseinandersetzung nicht zu einer Entsolidarisierung innerhalb der Gesellschaft, insbesondere unter den benachteiligten Gruppen, führt. Im Helfen sehe ich einen Anfang für eine gesellschaftliche Bewegung der Empathie und Solidarität, die milieuübergreifend ist. Gerade hier ist es für uns als LINKE wichtig, sich aufklärend und zuspitzend einzubringen, ohne in einen bevormundenden Ton zu verfallen und Menschen zu instrumentalisieren.

CHRISTOPH: Auf der politischen Ebene sehe ich eine Schwierigkeit: Die derzeitige Frontlinie wird von den meisten Aktiven zwischen Merkel und Seehofer verortet – und dies nicht ganz zu unrecht. Das macht aber politische Kampagnen gegen die Verschärfungen des Asylrechts und gegen die zunehmend auch offen militärischen Abschottungsmaßnahmen an den Grenzen sehr schwierig, weil dazu ja eine Frontstellung der Bewegung gegen die gesamte politische Elite notwendig wäre. Die Leute denken aber, dass es wichtig ist, zuerst Seehofer und die AfD abzuwehren – auch deswegen gehen die ganzen Schweinereien der Regierung so leicht durch. Ich würde auch hier Geduld und Beharrlichkeit empfehlen. ›Helfen‹ steht in keinem Widerspruch zum politischen Kampf für gleiche Rechte oder gegen das Grenzregime, es ist vielmehr ein Ausgangspunkt. Voraussetzung ist jetzt natürlich, dass Linke und AntirassistInnen ihren Job machen: sich in der Bewegung über praktische Mitarbeit verankern und sie gleichzeitig vorantreiben, organisieren und radikalisieren. Sowohl auf der lokalen Ebene wie bundesweit und europäisch.

Das Gespräch führte Moritz Warnke.

FLUCHT IN DIE RECHTLOSIGKEIT

MENSCHENRECHTE ZWISCHEN MORALISCHER PHRASE UND KOMPASS FÜR POLITISCHE PRAXIS

FERDINAND MUGGENTHALER

Zwischen der Idee der Menschenrechte und dem Nationalstaat besteht eine unauflösliche Spannung. Der Nationalstaat ist die Instanz, die Menschenrechte verwirklichen soll. Aber er gewährt sie in Form von Bürgerrechten und verstößt damit gegen das Gleichheitsversprechen der allen – nicht nur den Bürgern – ›angeborenen Menschenrechte‹. In der Figur des Flüchtlings kommt diese Spannung am deutlichsten zum Ausdruck. Flüchtlinge sind abhängig von der Gnade ›fremder‹ Staaten, die für sie keinen demokratischen Einfluss vorsehen. Folgerichtig sind an der Situation von Geflüchteten oft die Paradoxien der Menschenrechte festgemacht worden. Bekanntestes Beispiel ist vermutlich Hannah Arendt, die, ausgehend von der Situation von Geflüchteten und Staatenlosen, vom »Recht, Rechte zu haben« als dem eigentlichen Menschenrecht spricht (Arendt 1986: 614). Giorgio Agamben (2001: 29) schreibt sogar, der Flüchtling hebe »die alte Dreieinigkeit von Staat, Nation und Territorium aus den Angeln« und sei deshalb »nichts weniger als ein Grenz-

Begriff, der die Prinzipien des Nationalstaats in eine radikale Krise stürzt«.

Aktuell scheinen allerdings weniger der Nationalstaat als die Menschenrechte in eine radikale Krise zu stürzen. Während sich deutsche Staatsbürger vergleichsweise wirkungsvoll auf ihre Bürgerrechte berufen können, sind für Nichtbürger in Europa und an den EU-Außengrenzen Menschenrechte meist ein leeres Versprechen. Weder an die UN noch die EU können sich Flüchtlinge halten, um ihre Rechte durchzusetzen. Der europäische ›Raum des Rechts‹ löst sich für sie wieder in einzelne Nationalstaaten auf. Und die arbeiten an ihrer Abschottung.

Oft sind es nur ehrenamtliche AktivistInnen, die längs der Fluchtroute und in den Zielländern gewährleisten, dass Geflüchtete grundlegende Rechte – auf medizinische Versorgung, angemessene Unterbringung, Zugang zum Asylverfahren etc. – in Anspruch nehmen können. Viele von ihnen beziehen sich explizit auf die Menschenrechte. Sie begreifen damit Flüchtende und MigrantInnen nicht nur als Opfer oder Objekte von humanitärem Engagement, sondern als Handelnde, die Rechte einfordern. Inwieweit das für die Flüchtenden selbst gilt, wäre zu untersuchen.

Auf der anderen Seite der Barrikade stehen Pegida, die CSU und der ehemalige Verfassungsrichter Udo Di Fabio. Sie sehen mit der gestiegene Zahl von Geflüchteten, die in Deutschland ankommen, den deutschen Nationalstaat bedroht. Eine maßlose Übertreibung. Von einer materiellen Überforderung des deutschen Staats kann keine Rede sein. Bisher gibt es keine Anzeichen dafür, dass die Infrastruktur zusammenbricht, die Güter des täglichen Bedarfs knapp werden oder dem Staat das Geld ausgeht. Engpässe bei der menschenwürdigen Unterbringung sind selbstgemacht, und mit etwas politischem Willen ließen sich in überschaubarer Zeit für die bisher und die neu angekommenen Kinder genug Plätze und wieder bessere Bedingungen in den Schulen schaffen.

Trotzdem sieht Di Fabio in seinem Gutachten für die bayerische Staatsregierung die deutsche Staatlichkeit bedroht, vor allem durch die unkontrollierte Einreise. Zu Recht halten die Verfassungsrechtler Jürgen Bast und Christoph Möllers (2016) ihm entgegen, dass die »Durchführung von systematischen Personenkontrollen an befestigten Grenzanlagen keine notwendige Bedingung von Staatlichkeit ist«. Di Fabios Argumentation steht also auf wackligen Füßen. Aber er scheint genauso wie einfacher argumentierende Nationalisten zu spüren, dass ein konsequenter Schutz der Menschenrechte den Nationalstaat – zumindest in seiner jetzigen Form – infrage stellt.

FERDINAND MUGGENTHALER ist seit 2015 Referent für Südamerika bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Zuvor arbeitete er elf Jahre für die deutsche Sektion von *Amnesty International* als Amerikareferent und Pressesprecher.

KEIN FESTER GRUND

Im Treibsand der aktuellen Debatte ist die Anrufung der Menschenrechte als moralischer Fixpunkt, als zivilisatorischer Mindeststandard allgegenwärtig. Der naheliegende – und richtige – Impuls gegen die nationalistischen Angriffe ist es, die verbrieften Rechte zu verteidigen.



Flüchtende versuchen einen Grenzfluss zwischen Griechenland und Mazedonien zu durchqueren, März 2016, Manu Gómez/Fotomovimiento

Praktisch, juristisch und politisch Geflüchteten helfen. Den Nationalstaat anklagen, der seine Verpflichtungen nicht erfüllt, die er zum Beispiel in der Genfer Flüchtlingskonvention, der europäischen Menschenrechtskonvention oder dem Grundgesetz eingegangen ist.

Dabei wird aber ausgeblendet, dass die Menschenrechte weder moralisch noch politisch einen festen Boden bereitstellen. Das ist kein Grund, sich von ihnen abzuwenden, aber sich bewusst zu werden, dass ihr Gehalt selbst Produkt politischer Kämpfe ist und zu fragen: Wie kann eine Menschenrechtspolitik aussehen, die sich nicht in der Anklage staatlicher Doppelmoral erschöpft? Was wäre ein produktiver Umgang mit den Paradoxien der Menschenrechte? Im Folgenden einige Überlegungen, um einer Antwort näherzukommen.

Entstanden ist der Begriff Menschenrechte als Begründung für Bürgerrechte. Ausdruck findet dieser Zusammenhang schon in der Überschrift der französischen »Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte« von 1789. Dass Menschenrechte auch für Nicht-Bürger durchgesetzt werden, war nicht mitgedacht. Nichts anderes stellt der Philosoph Omir Böhm (2015) fest, wenn er im vergangenen Oktober in der *Zeit* schreibt, dass »die gegenwärtige Krise uns vor ein grundlegendes Dilemma des moder-



Idomeni, März 2016, Rober Astorgano/fotomovimiento

nen politischen Denkens stellt – ja sogar des modernen Liberalismus. Wir stehen vor einem Problem, das wir erfolgreich verdrängt haben, nämlich unsere unzulängliche Verständigung darüber, was eigentlich Menschenrechte sind«.

Doch es wird keine abschließende theoretische Verständigung geben. Wer sollte sie herbeiführen? Der Inhalt der »natürlichen, unveräußerlichen und heiligen Rechte der Menschen«, wie es in der Erklärung von 1789 heißt, ist und bleibt umstritten und wandelbar, ein Produkt von politischen Auseinandersetzungen. Die heutigen Menschenrechte sind längst nicht mehr die der Französischen Revolution. Zwar gibt es einen vergleichbaren Rahmen, wie ihn der Nationalstaat für die Bürgerrechte bietet, nach wie vor nicht. Aber immerhin gilt seit 1967 die Genfer Flüchtlingskonvention, die Flüchtlingen ein Minimum an Rechten garantieren soll, ohne Beschränkung. Und die völkerrechtlich verbindlichen Menschenrechtsabkommen, insbesondere der Zivil- und Sozialpakt von 1966, geben theoretisch auch MigrantInnen, die nicht unter die Genfer Flüchtlingskonvention fallen, umfassende Rechte.

MENSCHENRECHTE NACH 1945

Als Ausgangspunkt des heutigen Menschenrechtsaktivismus gilt die Allgemeine Erklärung

der Menschenrechte von 1948. Es scheint im Rückblick eine List der Geschichte, dass sich die Gründungsstaaten der Vereinten Nationen auf einen solchen umfassenden Katalog politischer und sozialer Rechte einigen konnten.

Dass eine Menschenrechtskomponente in das neugeschaffene UN-System integriert wurde, war offenbar öffentlichem Druck geschuldet. Denn vielen Diplomaten der Großmächte schwante, dass die Verpflichtung auf Menschenrechte einmal eine unangenehme Sprengkraft entwickeln könnte. So warnte etwa das britische Colonial Office, würde die UN Menschenrechtseingaben zulassen, könne das »Kolonialreich als Ganzes einer äußerst schädlichen Kritik ausgesetzt werden« (zit. nach Eckel 2014: 106).[1] Letztlich stimmten aber die meisten Staatenvertreter in dem Glauben zu, dass diese unverbindlichen schönen Worte wirkungslos bleiben würden. Trotzdem knüpften sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit einige Hoffnungen an das UN-Menschenrechtssystem. Einige, die daran mitgearbeitet hatten, sahen es als eine Konsequenz aus dem Völkermord an den europäischen Juden, auch wenn öffentlich eher allgemein von den »Grausamkeiten den 2. Weltkriegs« und der »Nazi-Aggression« gesprochen wurde.

Aber nach der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung verschwand der Begriff der Menschenrechte schnell wieder aus der internationalen Öffentlichkeit. Lediglich in Debatten der Vereinten Nationen warfen sich die beiden Blöcke im Kalten Krieg gegenseitig Menschenrechtsverletzungen vor. Die Sowjetunion prangerte vor allem die Verletzung sozialer Rechte im Westen und die »Rassendiskriminierung« in den USA an, der Westen die Zwangsarbeit in der Sowjetunion und die Ausreiseverbote. Auch antikoloniale Befreiungsbewegungen beriefen sich zum Teil auf die Menschenrechte, ohne dass dieser Diskurs einen breiteren Widerhall fand.

Die Linke, in ihren verschiedenen Facetten, entdeckte die Menschenrechte als Politikfeld im Großen und Ganzen recht spät. Und das, obwohl sich der Marx'sche kategorische Imperativ, »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«, umstandslos als Menschenwürdegebot und damit als Begründung von Menschenrechten lesen lässt.

Bis in die 1960er Jahre hinein interessierten sich in Westeuropa fast nur Antikommunisten und Katholiken für die Menschenrechte als politisches Instrument. Die Linke scheint sie erst in einem Moment der Niederlage entdeckt zu haben, beim Militärputsch gegen Salvador Allende in Chile 1973. Jedenfalls war eine entscheidende Motivation die brutale Verfolgung in den lateinamerikanischen Militärdiktaturen. Im Bündnis mit der Kirche beriefen sich jetzt verfolgte Revolutionäre auf die Menschenrechte.

In Westeuropa wiederum spielte die Solidarität mit den Opfern von Militärdiktaturen in Lateinamerika eine wichtige Rolle, um Menschenrechte im politischen Diskurs zu verankern. Aber auch eine Art verspätete Auseinandersetzung mit dem Stalinismus hat dazu beigetragen. Erst nach vielen bitteren Erfahrungen scheint die Zeit reif gewesen zu sein, die leeren Worte der Allgemeinen Erklärung zu einer politischen Waffe zu machen und zugleich zu einer Selbstbeschränkung in der Wahl der Mittel.

ELEMENTE EINER MENSCHENRECHTSPOLITIK

Zurück in die Gegenwart. In der sogenannten Flüchtlingskrise ist es für Linke selbstverständlich, auf den Menschenrechten der Geflüchteten zu bestehen, auch wenn die Erfolgsaussichten düster sind. Eine umfassende Verwirklichung der Menschenrechte, auch der sozialen, die auch Fluchtursachen beseitigen würde, scheint erst recht eine ferne Utopie. Dabei leben wir im ›Zeitalter der Menschenrechte‹. Sie finden sich in fast allen Verfassungen, in internationalen Abkommen und es gibt ein ausdifferenziertes UN-Menschenrechtssystem. Aber die Ausweitung der Menschenrechte, zumindest auf dem Papier, scheint zum Stillstand gekommen zu sein.

Mehr noch: Wir erleben gerade offene Angriffe auf Gleichheit und Freiheit, wie lange nicht. Diese Grundprinzipien der Menschenrechte werden offen negiert vom Dschihadismus und angegriffen von Rechtspopulisten in Europa, die einen radikalen Rückfall in einen Nationalismus propagieren, der Rechte nur für Bürger kennt. Aber sie werden auch von staatlichen Notstandsregimen attackiert, zum Beispiel in Form der französischen Pläne, Terrorverdächtigen die Staatsbürgerschaft zu entziehen und sie damit in die Rechtlosigkeit zu stoßen.

Gegenüber diesem Ansturm muss linke Politik den erreichten Stand des Menschenrechtsschutzes verteidigen. Im Moment scheint es nötig, überhaupt die Hegemonie der Idee von universellen Menschenrechten aufrechtzuerhalten, um an das überschießende emanzipatorische Potenzial des Konzepts anknüpfen zu können. Dafür gibt es kein fertiges Rezept. Es kann jedenfalls nicht darum gehen, jede politische Forderung in die Sprache der Menschenrechte zu kleiden. Um eine solche Politik zu entwickeln, könnte die Analyse von Kolja Möller und Francesca Raimondi (2015) hilfreich sein. Sie identifizieren drei Ebenen der Menschenrechtspolitik: eine Politik der Definition, eine Politik der Institution und eine Politik der Revolution.

Die *Politik der Definition* stellt die Natürlichkeit des angeblich universellen Menschen infrage, dem Rechte zugesprochen werden. Diese Definition ist politisch, nicht naturgegeben. Ein erster großer Akt dieser ›Politik der Definition‹ war die Forderung von Olympe de Gouges während der Französischen Revolution, Frauen als gleichberechtigte Trägerinnen der Menschenrechte anzuerkennen. Der nächste war der Aufstand der Sklaven in der französische Kolonie Saint-Domingue, der – unter Berufung auf die Menschenrechte – zur Sklavenbefreiung und Unabhängigkeit Haitis führte. Aber auch nachdem tatsächlich alle Menschen eingeschlossen sind, führt die Politik der Definition zu keinem abschließenden Ergebnis. Die Menschenrechte sollen universell sein, aber sie können nicht auf »der Figur eines leeren Menschen« (Möller/Raimondi: 41) gründen. Ihre Ausgestaltung wird sich notwendig an bestimmten Lebensformen orientieren. Ein unauflösliche Spannung, die es produktiv zu nutzen gilt.

Zur *Politik der Institution* gehört die Verankerung des Menschenrechtsschutzes über Verfahren, Gesetze und Gerichtshöfe. Es lässt sich aber auch die Nutzung bestehender Institutionen darunter fassen. Ein Beispiel ist das Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs im Fall Hirsi gegen Italien von 2012. Es stellte klar, dass die hohe See kein rechtsfreier Raum ist und die sogenannten Push-backs illegal sind (vgl.





Beide Bilder: Idomeni, März 2016, Manu Gómez/Fotomovimiento

Kasparek in diesem Heft). Ein anderes Beispiel sind strategische Klagen gegen Konzerne, die an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind, wie sie das *European Center for Constitutional and Human Rights* (ECCHR) anstrengt.

Von einer möglichen Politik der Revolution sprechen Möller und Raimondi, weil »jede Form der exkludierenden Festschreibung vom Standpunkt der Menschenrechte aus befragt werden« (ebd.: 43) kann. Es lässt sich streiten, ob Revolution für diese permanente Befragung ein zu pathetisches Wort ist. Ein aktuelles Beispiel wäre jedenfalls ein Angriff auf die Rede vom »Kontrollverlust« des Staates: Ja, Menschenrechte ernst nehmen, heißt Kontrollverlust. Es heißt, mit dem Eigensinn und der Selbstorganisation der Flüchtenden zu leben. Rechte gewähren Freiheit und entziehen dem Staat, der sie respektiert, Kontrolle. Es heißt aber nicht, jede staatliche Handlungsfähigkeit aufzugeben. Im Gegenteil: Der Staat muss handeln, um Menschenrechte nicht nur zu respektieren, sondern auch zu schützen, etwa indem die Polizei gegen GewaltäterInnen vorgeht, und zu gewährleisten, etwa mit sozialen Dienstleistungen oder durch ein funktionierendes Justizsystem. Diese Pflichtentrias (*respect, protect, fulfill)* ist Teil der schon institutionalisierten Menschenrechtspolitik.

Eine Hierarchie unter den drei Dimensionen der Menschenrechtspolitik herzustellen, führt nicht weiter. Vielmehr sind alle drei »notwendige Momente einer jeden emanzipatorischen Politik« (ebd.: 45). Wie die Politiken zusammenspielen, wie das Nutzen etablierter Institutionen und Selbstermächtigung zusammenspielen können, ist ein Frage der Praxis. Wenn das *Alarm Phone* (vgl. Alarm Phone Chat in diesem Heft) die Küstenwache ruft, um das Leben von Flüchtenden zu retten, ist das eine Politik im institutionalisierten Rahmen. Wenn die Initiative – begründet aus der konkreten Erfahrung des tödlichen Grenzregimes – mittelfristig offene Grenzen für alle fordert, dann ist das *Politik der Revolution*: aus der Logik der anerkannten Menschenrechte, insbesondere dem Recht auf Leben, ein Recht zu fordern, das noch nicht etabliert ist. Eine Politik der Menschenrechte in diesem Sinn ist ein notwendiger, aber selbstverständlich kein hinreichender Teil linker Politik. Sie stützt sich auf eine anerkannte Zielvorstellung, inklusive sozialer Menschenrechte. Einer internationalistischen Bewegung stellt sie ›globale soziale Rechte‹ bereits zur Verfügung. Dies vor Augen, müsste der Streit darum geführt werden, unter welchen weltweiten Produktions- und Verteilungsverhältnissen sie gewährleistet werden können und wie der Übergang zu einer weltweiten solidarischen Ordnung bewerkstelligt werden kann. Denn Aussagen über den Weg, wie sie zu verwirklichen sind, machen die Menschenrechte nicht.

LITERATUR

Agamben, Giorgio, 2001: *Mittel ohne Zweck. Noten zur Politik*, Freiburg/Berlin

Arendt, Hannah, 1986 (1955): *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München

Bast, Jürgen und Christoph Möllers, 2016: Dem Freistaat zum Gefallen, http://verfassungsblog.de/dem-freistaat-zum-gefallen-ueber-udo-di-fabios-gutachten-zur-staatsrechtlichen-beurteilung-der-fluechtlingskrise/

Boehm, Omri, 2015: Unsere Bürger, in: *Die Zeit*, 4.10.2015, www.zeit.de/2015/38/fluechtlinge-historische-vergleiche-omri-boehm

Eckel, Jan, 2014: *Die Ambivalenz des Guten – Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern*, Göttingen

Möller, Kolja und Francesca Raimondi, 2015: Mensch, Institution, Revolution, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 4/2015, 38–46

1 Ich stütze mich im Folgenden vor allem auf die Darstellung von Jan Eckel (2014).

Saïd und Alamdar kamen aus Afghanistan in die »offene Aufnahmeeinrichtung« in Elaionas, Athen. Anderthalb Monate waren sie zu Fuß unterwegs, bis sie an die türkische Küste gelangten. Sie sind noch minderjährig, sechzehn und siebzehn Jahre alt. Sie haben nie die Schule besucht, weil sie das Schulgeld nicht zahlen konnten. Saïd und Alamdar sind schiitische Muslime und gehören der Ethnie der Hazara an, die der alltäglichen Verfolgung durch die Taliban ausgesetzt ist. [...]

In Elaionas kamen sie zur Ruhe und waren guter Dinge. Sie wollten sich ausruhen und dann ihren Weg fortsetzen. Nicht mal eine Sekunde lang kam ihnen in den Sinn, dass sie in Griechenland bleiben könnten. Für die Jugendlichen aus Afghanistan existiert Griechenland gar nicht. Es gibt nur Deutschland und das übrige Nordeuropa, nicht einmal Zentraleuropa. Dort ist das Leben, das sie leben möchten. Dorthin gehen sie, dort wollen sie ankommen.

DER KÄLTESTE SOMMER

Saïd lebt jetzt in einem Aufnahmezentrum für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Frankfurt am Main. In einem Test wurde seine Minderjährigkeit festgestellt, und so wird ihm eine besondere Behandlung durch den deutschen Staat zuteil. Er geht jeden Morgen zur Schule, um Deutsch zu lernen. Und er erhält 15 Euro Taschengeld pro Woche.

»Was willst du damit kaufen?«

»Stunden im Internet.«

Er fühlt sich nicht mehr so allein wie noch am Anfang. Er hat zwei, drei Freundschaften geschlossen und wartet darauf, dass sein Cousin ankommt, 16 wie er und noch auf genau derselben Route unterwegs.

Alamdar gab bisher kein Lebenszeichen aus Norwegen. Weder zu Saïd nahm er Kontakt auf noch zu uns.

Saïd weiß nicht, was ihn in Europa erwartet. Ab und zu schreibt er auf Facebook:

»Wahrscheinlich bleibe ich für immer im Camp.«


WE WERE VERY LUCKY. IT WAS A SMALL ISLAND, SO WE WERE REGISTERED QUICKLY. TWO DAYS AFTER OUR ARRIVAL WE GOT ON THE BOAT TO PIRAEUS.
OTHERS ARE LEFT TRAPPED ON THE ISLANDS FOR MONTHS.


A LITTLE LATER, WE REACHED ATHENS!


DON'T MOVE, THEY'RE TAKING A PICTURE OF US. I'LL SEND IT TO MY PARENTS ONCE I GET A PHONE!
I'LL POST IT ON FACEBOOK ONCE I FIND A COMPUTER AND GO ONLINE!


GOODBYE, SYED!
GOODBYE, ALAMDAR! GOOD LUCK!
WE'LL TALK SOON, ONCE WE'VE SORTED OUT OUR NEW LIVES!


SOON AFTER...
I MADE IT TO FRANKFURT, IN GERMANY. I HOPE I'LL MAKE IT. I STILL FEEL LIKE A STRANGER.
I MADE IT TO OSLO, IN NORWAY. I STILL HAVEN'T FOUND A JOB. I'M COLD ALL THE TIME.





Wir veröffentlichen hier einen Auszug aus *In den Westen,* illustriert von Dimitra Adamopoulou. Es ist eine von drei wahren Geschichten, die als Graphic Novel *Der kälteste Sommer* erschienen ist. Alle drei beruhen auf biografischen Gesprächen, die Electra Alexandropoulou und Aliki Kossyfologou mit Geflüchteten in Athen und später, nach ihrer Ankunft, in Berlin führten. Das Projekt wurde von dem Athener Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung angestoßen. Der Band thematisiert nicht allein die Flucht, sondern zeichnet auch jeweils die persönlichen Hintergründe nach. Ebenso eindringlich wird geschildert, was den ProtaginistInnen in den Zielländern widerfuhr. Die Graphic Novel wird begleitet von zwei geopolitischen Analysen von Michalis Panayiotakis und Konstantinos Tsitselikis. Im Juni erscheint die deutsche Ausgabe. In Englisch und Griechisch kann sie jetzt schon bestellt werden unter: www.rosalux.de/publication/42138

NICHT IM GLEICHSCHRITT, ABER HAND IN HAND

VERBINDENDE CARE-POLITIKEN IN PFLEGE UND GESUNDHEIT

BARBARA FRIED UND HANNAH SCHURIAN

In wenigen Bereichen sind die Folgen von Ökonomisierung und Sparpolitik so existenziell erfahrbar wie in Pflege, Gesundheitsversorgung und Assistenz. Staatliche Leistungen werden gekürzt, Beschäftigte ächzen unter Kostendruck und Arbeitsverdichtung. JedeBehandlung muß sich rechnen, der günstigste Anbieter gewinnt. Zeit für (Selbst-)Sorge, für ein Miteinander und Muße – Fehlanzeige. Das schafft neue Barrieren für Menschen mit Pflege- und Assistenzbedarf. Und es schreibt fort, dass Armut krank macht und Pflegeverantwortung arm. Die Lücken müssen privat gestopft werden – nach altem Muster überwiegend von Frauen.

Dass es sich hier um Krisenphänomene handelt, die auf die strukturelle Abwertung von Sorgearbeit zurückgehen, das haben care-feministische Debatten ins Bewusstsein gerückt. Die »Krise der Reproduktion« ist das Gegenstück zur neoliberalen Ökonomisierung des Sozialen, bleibt aber oft unbeachtet im vermeintlich ›Privaten‹. Doch sie trifft immer mehr Menschen: Individueller Stress und alltägliche Überlastung

im Spagat zwischen Sorgearbeit, Selbstsorge und Erwerbsdruck sind Gesichter der Krise im sparpolitischen Vorzeigestaat Deutschland. Es drängt die Frage, wie sich aus der Vielzahl unterschiedlicher Betroffenheiten gemeinsamer Widerstand organisieren lässt.

Mit dem Slogan »Care Revolution« (Winker 2015) verbindet sich seit einigen Jahren der Versuch, eine politische Sammlungsbewegung rund um diese Care-Krise anzustoßen. Im gleichnamigen Netzwerk streiten Initiativen und Einzelpersonen für einen gesellschaftlichen Umbau, der menschliche Bedürfnisse ins Zentrum stellt und Sorgearbeit aufwertet. Eine gemeinsame Erzählung und erste Vernetzung stärken die oft verstreuten Auseinandersetzungen um Care-Arbeit, geben ihnen mehr Sichtbarkeit. Strategisch geht es darum, feministische Kämpfe um ein gesellschaftliches Allgemeines zu führen und umgekehrt Fragen sozialer Reproduktion als Terrain linker Politik ernst zu nehmen (Dück/Fried 2015). Doch wie können über Vernetzung und diskursive Bezugnahme hinaus verbindende Praxen aussehen? Wie werden wir gemeinsam handlungsfähig, um tatsächliche Veränderungen anzustoßen?

Im ›Krisengebiet‹ von Pflege, Assistenz und Gesundheitsversorgung lassen sich diese Fragen zuspitzen und weiterentwickeln. Hier ist die Not besonders groß, aber es regt sich auch Widerstand: Nicht nur in den neuen, dynamischen Arbeitskämpfen von KrankenpflegerInnen, sondern auch in vielen ›kleinen‹ Konflikten in Pflegeheimen. Nicht nur in den bundesweiten Flashmobs des *Netzwerks Pflege am Boden*, sondern in einer Vielzahl von Initiativen und Projekten, in denen sich Menschen gegenseitig beraten und stützen. Um gemeinsame Strategien zu entwickeln, sind mindestens drei Perspektiven zentral: die von Menschen mit und ohne Behinderungen, die dauerhaft auf Pflege oder Assistenz angewiesen sind; die von pflegenden Angehörigen und FreundInnen, die zumeist unbezahlt den Löwenanteil der Versorgung tragen, und die von Beschäftigten, die professionell für andere sorgen. Ihre Problemlagen und Anliegen sind unmittelbar verschränkt: Bezahlte wie unbezahlte Pflegekräfte leiden unter Geringschätzung und schlechter Bezahlung ihrer Arbeit. Personalmangel, Zeit- und Kostendruck schränken auch die Qualität der Versorgung ein und belasten FreundInnen und Angehörige. Von besseren Care-Verhältnissen würden also alle profitieren.

Doch auf dem Papier sind diese Verbindungen einfacher herzustellen als in der Praxis. Denn die Interessen sind zwar analytisch, aber (noch) nicht real verbunden. Unter den Bedingungen knapper Ressourcen stehen sie oft im Widerspruch zueinander oder werden gegeneinander ausgespielt. Auch bringen

BARBARA FRIED ist leitende Redakteurin dieser Zeitschrift und stellvertretende Direktorin des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie ist im *Netzwerk Care Revolution* aktiv und war maßgeblich an der Planung der UmCare-Konferenz beteiligt.

HANNAH SCHURIAN ist Sozialwissenschaftlerin und aktiv in sozialen Bewegungen. Zuletzt war sie als Referentin im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung für die UmCare-Konferenz mitverantwortlich.

die unterschiedlichen Akteure verschiedene Logiken und Zeitlichkeiten, Erfahrungen und Subjektivitäten mit, die eine Verständigung erschweren. Was wären also nächste Schritte einer Care Revolution in Pflege und Gesundheitsversorgung – und was die gemeinsamen Projekte? Einige Schwierigkeiten, Handlungsansätze und Fluchtpunkte gemeinsamer Care-Politik sollen im Folgenden skizziert werden.[1]

HÜRDEN EINER VERBINDENDEN CARE-POLITIK

UNGLEICHZEITIGKEITEN: IM GLEICHSCHRITT GEHT ES NICHT VORAN

›Den‹ Gesundheitsbereich organisieren zu wollen, ist unmöglich, einen halbwegs vergleichbaren Stand der Auseinandersetzungen gibt es nicht. Zu unterschiedlich sind die Bedingungen des politischen Handelns schon im Feld der Pflegearbeit.

So ist die immense Zahl von Menschen, die zu Hause unbezahlt Angehörige pflegt, kaum als Kollektiv mobilisierbar. Durch die Pflegeverantwortung sind viele nicht nur räumlich, sondern auch meist zeitlich und finanziell bis ans Limit eingebunden. Sie verfügen weder über ökonomisches Druckpotenzial, noch haben ihre Forderungen einen klar fassbaren Adressaten. Schon die eigene Tätigkeit als ›gesellschaftlich notwendige Arbeit‹ zu begreifen, ist keineswegs selbstverständlich, individuelle Zwangslagen werden kaum politisch artikuliert. Nach wie vor ist es oft schambesetzt, an familiären Pflegeverpflichtungen zu scheitern oder wie viele pflegende Angehörige Transferleistungen zu beziehen. So fehlt ein positiver Bezugspunkt, um sich selbstbewusst für die eigenen Anliegen einzusetzen. Einzelne Organisationen wie etwa die *Initiative gegen Armut durch Pflege* leisten hier Pionierarbeit unter schwierigen Bedingungen.

Unterdessen stehen andere Akteure an einem ganz anderen Punkt und blicken auf jahrelange Auseinandersetzungen zurück. Einzelne gute organisierte Bereiche in der professionellen Krankenpflege haben neue Techniken des Arbeitskampfs und der Organisierung entwickelt, in Krankenhäusern wurde in den letzten Jahren erstmals offensiv gestreikt (vgl. Wolf 2015). Bundesweit formieren sich neue Tarifbewegungen, in denen zunehmend auch über die Rahmenbedingungen der Arbeit, wie etwa die Personalbemessung, gestritten wird.

Nicht überall im Pflegebereich sind solche Zuspitzungen denkbar. Die Bedingungen unterscheiden sich bis in die einzelnen Einrichtungen hinein. In der ambulanten Pflege, in kirchlichen Einrichtungen oder in der Altenpflege ist der Organisationsgrad oft gering und das Arbeitsklima nicht selten repressiv. Weit unterhalb von Streiks geht es hier darum, Standards beim Arbeitsschutz und betrieblicher Mitbestimmung zu verteidigen (Vgl. Lindemann, *LuXemburg-Online,* April 2016). Bereits kleine Auseinandersetzungen werden zum Kraftakt. Diese ungleichzeitigen Verhältnisse erschweren die Verständigung – auch weil viele Differenzen nicht zufällig entstehen, sondern Ausdruck herrschaftsförmiger Spaltungen sind.

SPALTUNGSLINIEN: GRÄBEN MIT GESCHICHTE

Ein zentraler Angriffspunkt von Feministinnen war seit jeher die gesellschaftliche Abwertung von Sorgearbeit als unqualifizierte Tätigkeit, die Frauen vermeintlich ›naturgegeben‹ ist. Care-Arbeit wurde lange der Status

der Professionalität und damit die gesellschaftliche Anerkennung verweigert. Dieser Graben zieht sich auch durch die Pflegeberufe: Mit zunehmender Nähe zur ›bloßen‹ Sorgearbeit sinkt der Status und mit ihm der Lohn. Die Rationalisierung vertieft diese Spaltung: Während Fachkräfte kaum noch ›am Bett‹ arbeiten, sondern mit Managementtätigkeiten oder mit medizinisch-therapeutischen Aufgaben betraut sind, verrichtet eine wachsende Zahl von Hilfskräften Pflegehandlungen wie am Fließband. Ein beträchtlicher Teil häuslicher Pflege- und Sorgearbeit schließlich zählt überhaupt nicht als Arbeit, sondern als Liebesdienst. Hier geht mit der moralischen Idealisierung die monetäre Entwertung einher.

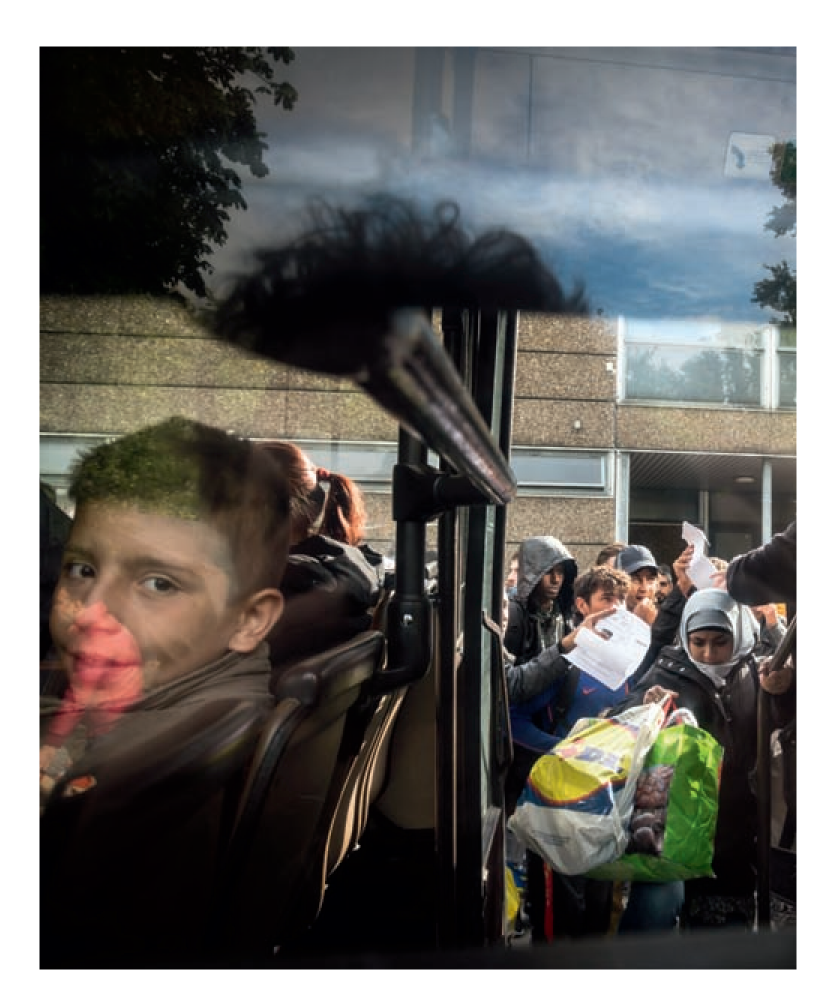
Eine übergreifende Care-Bewegung vom Oberarzt bis zur pflegenden Mutter, von der Intensivpflegerin bis zum ehrenamtlichen Hospitzmitarbeiter liegt also nicht unmittelbar auf der Hand. Während unbezahlt Pflegende fürchten, dass ihre Anliegen (mal wieder) hinter den ›richtigen‹ Arbeitskämpfen zurückstehen müssen, gibt es umgekehrt Berührungsängste bei den professionell Pflegenden. Sie betonen den medizinischen Aspekt ihrer Arbeit und ihre Qualifikationen, gründen hierauf ihr professionelles Selbstbewusstsein. Die Arbeit als Care-Tätigkeit in die Nähe privater Sorgeverhältnisse zu rücken, birgt aus ihrer Sicht die Gefahr, ihren langen Kampf um berufliche Anerkennung zu schwächen.

Diese Fragen müssen in den Debatten um eine Care Revolution bearbeitet werden: Wie passt die Wertschätzung von privater Sorgearbeit, von ›Fürsorglichkeit‹, zu der Forderung nach Vergesellschaftung dieser Arbeit? Wie lässt sich der Wunsch nach Professionalisierung und dem Ausbau einer öffentlichen Infrastruktur verbinden mit der Anerkennung für unbezahlt Pflegende?

WIDERSPRÜCHE: NOT A HAPPY FAMILY

Der positive Bezug auf den Care-Begriff birgt noch weitere Fallstricke: nicht nur die Gefahr einer Idealisierung von Care-Arbeit, sondern auch einer Idealisierung von Care-Beziehungen. Dass diese nicht immer einvernehmlich und selbstgewählt sind, erleben sowohl Sorgende wie ›Versorgte‹. Sie gehen oft mit ungewünschter Nähe, mit dem Verlust an Selbstbestimmung, mit Macht- und Ohnmachtsgefühlen einher.

Dass Interessenlagen hier unterschiedlich sein können, wissen insbesondere diejenigen, die auf Pflege und Assistenz angewiesen sind. Inwiefern ist ihre Perspektive mitgedacht in einem gemeinsamen Projekt? Im Vokabular der Debatte finden sie sich unter Umständen nicht wieder: Der Bezug auf das Gemeingut ›Pflege und Gesundheit‹ etwa hinkt insofern, als Gesundheit ein normativer und normierender Begriff ist und das Gepflegtwerden eine Passivität der Pflegebedürftigen nahelegen kann. Die Betroffenen sind nicht ›krank‹, sondern brauchen eine Praxis der ›Ent-Hinderung‹ und Antidiskriminierung. Ihre Forderungen verbinden sich nicht von selbst mit einer Strategie der Anerkennung und Aufwertung von Care-Arbeit durch Professionalisierung. Dies fordert den Care-Ansatz heraus und wirft die Frage neu auf, wie wir Care eigentlich fassen wollen: als Tätigkeit von Care-Arbeiterinnen oder als eine »Koproduktion aller, die an einer ›Care-Beziehung‹ beteiligt sind« (Zander in diesem



Nach der Registrierung werden Geflüchtete auf die Flüchtlings-unterkünfte verteilt, Dortmund-Hacheney, September 2015

Heft)? Und wie lassen sich Sorgeverhältnisse über die persönliche Interaktion hinaus als gesellschaftliche Verhältnisse verstehen?

VERBINDENDE CARE-POLITIK: WIE SIE DOCH GELINGEN KANN

All diese Hindernisse und offenen Fragen erzeugen nachvollziehbare Skepsis gegenüber einer verbindenden Care-Politik. Manche Akteure sehen sich in einem Dilemma: Wie die eigenen Kämpfe führen und zugleich nach Verknüpfungen mit anderen suchen? Wie Auseinandersetzungen zuspitzen und zugleich verbreitern? Bündnisse zu schließen und arbeitsfähig zu halten erscheint als Überforderung oder gar als Hemmnis der eigenen Anliegen. Das Spannungsverhältnis von Zuspitzung und Verbreiterung, von partikularen und universalen Interessen ist ein reales, es lässt sich aber nicht in eine Richtung auflösen. Die skizzierten Schwierigkeiten sind notwendige Ausgangsbedingung einer verbindenden Care-Politik.

PRIVATHEIT ÜBERWINDEN: NEUE ORGANISIERUNGSANSÄTZE ENTWICKELN

Ungleichzeitige Verhältnisse zwingen dazu, spezifische Antworten zu finden. Oft steht die Suche danach noch am Anfang. Es wäre aber falsch, sich allein auf die Bereiche zu konzentrieren, in denen sich bereits heute Konflikte zuspitzen lassen. Strategisch muss das gesamte Feld der Sorgebeziehungen im Blick bleiben.

Die vermeintliche Privatheit von Sorgeverhältnissen ist ein zentrales Problem für die Politisierung und Organisierung. Die ›Krüppelbewegung‹ hatte in den 1970er Jahren begonnen, Räume für gemeinsames Handeln zu schaffen und sich zusammeneinzuschließen. Unter pflegenden Angehörigen und Menschen mit Pflegebedarf sind solche Ansätze noch rar. Fest steht: Sie werden sich nicht nach dem Muster klassischer Polit- oder Betriebsversammlungen entwickeln lassen. Da die Betroffenen oft nur wenig freie Zeit haben oder das Haus nicht verlassen können, spielen soziale Medien eine wichtige Rolle, um Aufmerksamkeit zu erreichen und sich zu vernetzen (vgl. Schilliger in *LuXemburg*-Online, Oktober 2014). Dennoch

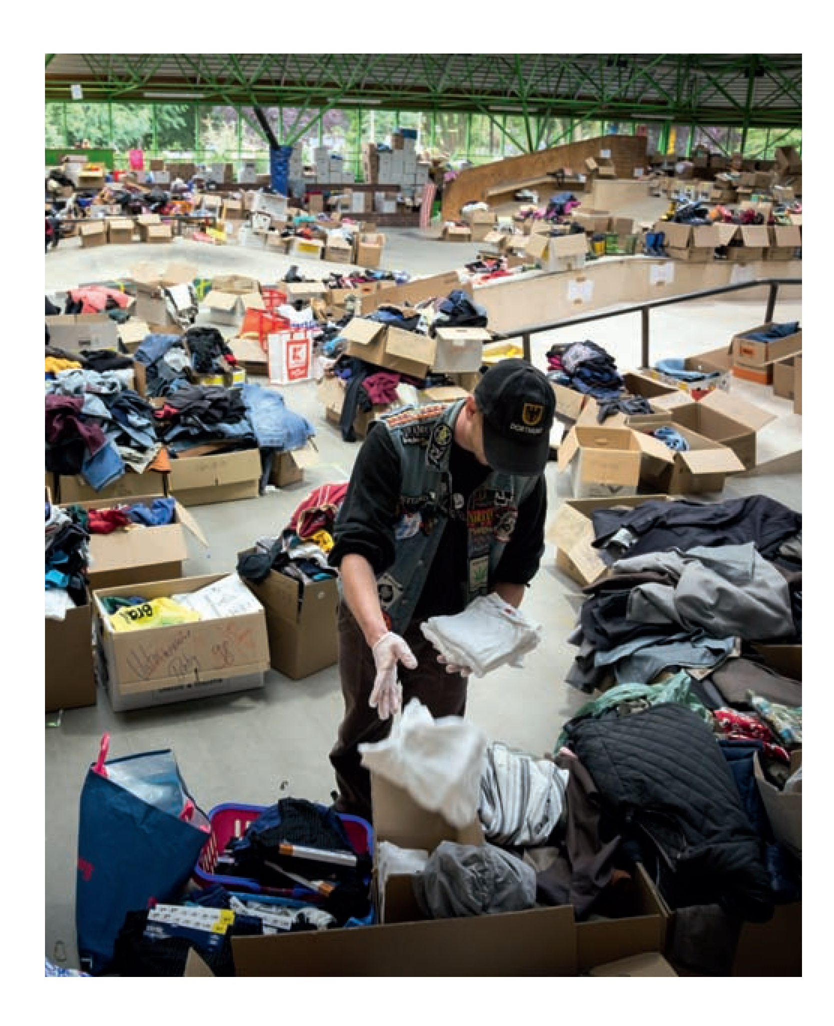


Gespräch mit einem Asylentscheider in Chemnitz, Oktober 2014. Beide Bilder © Gordon Welters

braucht es auch Orte des realen Austauschs, wohnortnahe und ›niedrigschwellige‹ Anlaufpunkte. Eine Vielzahl von Beratungsstellen unterstütz pflegende Angehörige im täglichen Kampf mit Behörden und Richtlinien. Wie wäre es, wenn diese nicht nur individuelle Orientierung, sondern auch kollektive Selbstverständigung ermöglichen würden? Wie könnten sie zu Orten werden, an denen Vereinzelung überwunden und über Kritik und Alternativen zur aktuellen (Pflege-)Politik diskutiert werden kann – zu Räumen, in denen sich Widerstand organisieren liesse? Einzelne VertreterInnen von Beratungsstrukturen zeigen durchaus Interesse daran, sich solchen (care-)politischen Diskussionen gegenüber zu öffnen. Bisher liegt ihr Fokus eher auf einer ›Kultur der Anerkennung‹, weniger auf ›harten‹ politischen und ökonomischen Forderungen. Hier zeichnen sich lohnende Kooperationen ab, etwa mit parteipolitischen Akteuren oder auch mit dem Care-Netzwerk – sie könnten Verständigungs- und Organisierungsprozesse anstoßen.

KÄMPFE SCHRITTWEISE VERBREITERN

Soll das Projekt einer Care Revolution wirksam werden, gilt es die Aktivitäten zu verbreitern – sonst bleiben sie langfristig wirkungslos und tasten auch die Mechanismen der Spaltung



Sammelunterkunft Dortmund, September 2015

und Abwertung nicht an. Verbreiterung heißt dabei nicht nur, Felder und Akteure miteinander zu verschränken. Es heißt vor allem auch, sie über verschiedene Ebenen des Politischen hinweg zu verbinden – nur so lassen sich Machtstrukturen in Bewegung bringen.

Zunächst bedeutet es, die Konflikte um schlechte Arbeitsbedingungen, mangelnde Unterstützung oder be-hindernde Zuwendungspolitiken überhaupt als *gesellschaftspolitische* Auseinandersetzungen zu führen. Es heißt, gemeinsame Problemursachen wie austeritäts-politische Rahmenbedingungen, Ökonomisierung und Marktsteuerung in den Blick zu nehmen. Und vor allem: diese in den jeweiligen Auseinandersetzungen auch tatsächlich zu thematisieren, Zusammenhänge aufzuzeigen und darüber auch mehr Menschen zu involvieren. Denn in den Auseinandersetzungen wird nicht nur um den Wert von Sorgearbeit gestritten, sondern auch um gesellschaftliche Umverteilung; werden nicht nur Arbeits-, sondern auch Geschlechterverhältnisse verhandelt, geht es nicht nur um soziale, sondern auch um politische Teilhabe. All das muss aber so ›verstanden‹ werden, um die Perspektive des Konflikts politisch zu ›verbreitern‹. Dies ist weder in gewerkschaftlichen noch in pflegepolitischen Auseinandersetzungen selbstverständliche Praxis. Die *Initiative gegen Armut durch Pflege*, in der sich pflegende Angehörige organisieren, versucht es: Sie stellt die Zwangslage, durch Sorgeverantwortung zunächst arbeitslos und dann arm zu werden, in einen breiteren Kontext der Prekarisierung und Entrechtung innerhalb des Hartz-IV-Regimes. Ihr Engagement wird damit anschlussfähig für andere Debatten und Interessen.

Eine weitere Form der Verbreiterung kann dadurch gelingen, dass andere Akteure – wenn auch zunächst nur diskursiv – einbezogen und übergreifende Interessen formuliert werden: Wo berühren die eigenen Forderungen verallgemeinerbare Anliegen wie etwa Versorgungsqualität, Inklusion oder Gerechtigkeit? Eine solche Strategie ist nicht nur für ›ressourcenschwache‹ Akteure wichtig, deren Anliegen sonst untergehen könnten, sondern auch für die ›gewichtigen‹ Player im Care-Bereich. So



Notunterkunft für Geflüchtete in einer Messehalle in Erfurt, September 2015. Beide Bilder: © Gordon Welters

sind gerade gewerkschaftliche Kämpfe auf die Verbreiterung ihrer Forderungen angewiesen. Im Care-Bereich werden sie in besonderer Weise mit dem Vorwurf konfrontiert, Partikularinteressen auf Kosten des Gemeinwohls durchzusetzen. Bei langen Streiks wird immer wieder die Forderung laut, das Streikrecht zu beschränken. Ein Ausweg liegt darin, die gesellschaftspolitische Bedeutung dieser Kämpfe herauszustellen. Genau das ist 2015 den streikenden Pflegekräften an der Berliner Charité gelungen. Mit ihrem Slogan »Mehr von uns ist besser für alle« konnten sie ihren Kampf für verbindliche Pflegequoten als Kampf für gute Krankenhausversorgung vermitteln (vgl. Kunkel 2016). Über ein zivilgesellschaftliches Bündnis war es möglich, dieses öffentliche Interesse noch zu unterstreichen und so ein hohes Maß an Unterstützung zu mobilisieren.

Perspektivisch reicht es aber nicht aus, auf ›im Prinzip‹ vorhandene Interessenüberschneidungen zu verweisen. Es gilt, diese mit anderen Akteuren politisch herzustellen, sich über gemeinsame Forderungen zu verständigen und über Wege, dorthin zu gelangen. Dies setzt konkrete Zusammenarbeit voraus. Für Gewerkschaften etwa könnte das bedeuten, Arbeitskampfbündnisse nicht nur als Solidaritätsstrukturen zu verstehen, die an die

Konjunktur von Streiks und Tarifabschlüssen gebunden sind. Sie müssten zu Orten werden, wo mit anderen Akteuren eine eigenständige, langfristige, am besten lokal verankerte Politik entwickelt wird: mit PatientInnen für eine bessere Versorgung oder mit Eltern für eine andere Kita-Betreuung. Eine solche Praxis ist voraussetzungsvoll und fordert einen bewussten Umgang mit den genannten Unterschieden in Bezug auf Akteure und Ziele.

VERBINDENDE POLITIK: BÜNDNISSE ALS LERNPROZESS

Zentral ist, die jeweiligen Handlungslogiken und Interessen der Beteiligten von Anfang an transparent zu machen. Gewerkschaften und betriebliche Aktive etwa zielen auf Tarifabschlüsse (auch wenn es in vielen Tarifbewegungen längst nicht ›nur‹ um ökonomische Aspekte geht) und müssen das Erreichte gegenüber Mitgliedern und der Öffentlichkeit als Erfolg vermitteln. Bei Arbeitskämpfen in der Krankenpflege beispielsweise nicht nur die Arbeitsverdichtung, sondern auch das Finanzierungsmodell der Fallpauschalen als deren Treiber mit anzugreifen, kann aus gewerkschaftlicher Sicht als politische Überfrachtung erscheinen und damit gar als Gefährdung der Tarifbewegungen. Hier kann es unterschiedliche Prioritäten geben, was nicht heißt, dass die Interessen notwendig gegeneinanderstehen müssen. Wenn ein wechselseitiges Verständnis über die jeweiligen Anliegen besteht, lassen sich realistische und gleichwohl solidarische (Etappen-)Ziele aushandeln. Das setzt voraus, die Handlungszwänge und Grenzen des Anderen zu kennen – nur so entsteht die Möglichkeit, sie schrittweise überwinden zu können.

All das ist kompliziert und erfordert nicht nur ein hohes Niveau an strategischer Planung, sondern auch eine besondere Qualität der internen Kommunikation. Sie funktioniert nicht im Modus wechselseitiger Belehrung, eher über eine gemeinsame Auseinandersetzung mit Differenzen und Widersprüchen – jenseits von Fraktionszwang oder Verratsrhetorik. Entscheidend ist eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe, in der sich die Parteien nicht instrumentell begegnen. Nur wenn alle Beteiligten ihre eigenen Anliegen berücksichtigt wissen, werden sie langfristig für gemeinsame streiten, können auch über das unmittelbar Erreichte (oder Verfehlte) hinaus Lernprozesse stattfinden.

Solche Offenheit ist nicht nur in Arbeitskämpfen wichtig, sondern in jeglichen (care-)politischen Zusammenschlüssen: Auch das *Netzwerk Care Revolution* organisiert zu einem großen Teil politische ›Verständigungsarbeit‹ – über gemeinsame Problemanalysen und Erwartungen, über Ängste, die mit einer Zusammenarbeit verbunden sein können. Die Debatte um die Inklusivität des Care-Begriffs ist hierfür exemplarisch: Erst der engagierte Einspruch von organisierten AssistenznehmerInnen machte deutlich, dass ihre Interessen nicht stellvertretend ›mitgedacht‹ werden können, sondern dass es hierzu echter Aushandlungen bedarf.

Solche Prozesse fressen viel Energie, ihr Tempo ist langsam, der Einsatz intensiv. Dies liegt oft quer zu den zeitlichen, persönlichen und institutionellen Ressourcen der jeweiligen Akteure und wird damit schnell als uneffektiv abgetan. Aber allein so gelingen kollektive Politisierungs- und Bildungsprozesse, in denen etwas Gemeinsames entstehen kann.

DER FLUCHTPUNKT: EINE INFRASTRUKTUR DES SORGENS

Eine verbindende Care-Politik lässt sich nicht auf ›Techniken‹ der politischen Bündnisarbeit reduzieren. Es geht auch darum, gemeinsame Deutungen zu entwickeln, wie wir in Zukunft leben und sorgen wollen. Es geht um ein Projekt, in dem Alternativen vorstellbar werden, das die Anliegen von vielen zu bündeln vermag und in dem sich Kämpfe zuspitzen lassen. Ein gewisser ›Überschuss‹ ist in all den Auseinandersetzungen schon angelegt: In ihnen wird um Grundbedingungen sozialer Teilhabe und menschlicher Würde, um gerechte Arbeits- und Ressourcenverteilung, um Vorrausetzungen eines solidarisches Miteinanders gestritten. Damit dies auch zum *expliziten* Ziel verbindender Care-Politiken wird, muss darum in den Auseinandersetzungen selbst gerungen werden. Hier sollte sich eine gesellschaftliche Linke einmischen, diese Ziele herausarbeiten und konkrete Alternativen vorschlagen.

Ideen dazu, wie Pflege, Gesundheitsversorgung und Assistenz ganz anders organisiert sein könnten, gibt es schon: als bedürfnisgerechte demokratische soziale Infrastruktur (vgl. u.a. Krampe 2015), nicht als Neuauflage des fordistischen und paternalistischen Wohlfahrtsstaates, sondern als Verwirklichungsstruktur sozialer (Teilhabe-) Rechte. Care Revolution in diesem Sinne zielt darauf, gute Care-Verhältnisse in einem umfassenden Sinne zu ermöglichen. Ein Projekt, das auch für eine breite gesellschaftliche (feministische) Linke attraktiv ist. Wenn es ernst gemeint ist, ist es der Einstieg in eine gesamtgesellschaftliche Transformation. Die Ausweitung und gleichzeitige Dekommodifizierung der Daseinsvorsorge ist nur durch eine Umverteilung von Ressourcen zu erreichen und bricht mit den Diktaten von Austeritäts- und Ökonomisierungspolitik. Zugleich ermöglicht sie eine (geschlechter-)gerechte Neuverteilung von Sorgearbeit und verhindert deren Verschiebung ins prekäre Private. Wird eine solche Infrastruktur *bottom-up* gedacht, eröffnet sie auch Perspektiven einer Demokratisierung, wenn etwa in lokalen Versorgungszentren Pflegekräfte und zu Pflegende gemeinsam entscheiden, wie die Bedingungen aussehen sollen. Aktuell wäre ein solches care-politisches Projekt besonders dringlich: Die desaströse Versorgung vieler Geflüchteter ist jenseits struktureller Diskriminierung auch eine Folge der kaputtgesparten öffentlichen Infrastrukturen. Sie zu stärken, wäre ein wichtiger Beitrag, um rassistisch aufgeladenen und medial angefeuerten Verteilungskämpfen etwas entgegenzusetzen.

DAS SPEKTRUM ERWEITERN: AKTEURE EINER CARE REVOLUTION

So ein Projekt ist kein Selbstläufer, es muss in verbindlichen Strukturen vorangetrieben werden. Dem *Netzwerk Care Revolution* ist es gelungen, eine Vielzahl von Initiativen, politischen Gruppen und auch Einzelpersonen einzubinden. In seiner Reichweite ist es aber beschränkt. Um tatsächlich Mehrheiten zu gewinnen, muss das Spektrum erweitert, muss die *ownership* verbreitert werden. Eine Care Revolution kann nur von vielen getragen werden.

Das betrifft etwa die Gewerkschaften: Sie müssen zentrale Akteure eines solchen Prozesses werden. Arbeitskämpfe bieten die

Chance breiter Aufmerksamkeit und Zuspitzung, sind die Basis für Organisierungsprozesse und Bündnisse. Letztere können Orte verbindender Care-Politiken sein: Sie bilden einen Resonanzraum für gewerkschaftliche Kämpfe und können diese durch Kampagnen real unterstützen. Zugleich lassen sie sich für weitergehende care-politische Fragen öffnen, können andere politische Ebenen einbeziehen. Gewerkschaften sind qua Auftrag nicht immer in der Lage, solche Bündnisse prioritär zu behandeln, sind in ihren hierarchischen Strukturen teils nicht beweglich genug, sich auf andere politische Logiken einzustellen. Hier geht es auch um eine funktionelle Arbeitsteilung, denn: Ohne Gewerkschaften wird es nicht gehen.

Ähnlich steht es um linke Parteien. Die LINKE bietet die Möglichkeit langfristiger Organisierung, gerade auch die Integration und Repräsentation derjenigen, die in ihrem Alltag weder Aktivistinnen sein können noch wollen. Außerdem kann sie die strukturellen, sozial- und gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen gezielt in den Blick nehmen. Oft sind es aber Fragen unmittelbarer (wahl-) taktischer Erfolge, die über Schwerpunktsetzungen und Handlungsfelder entscheiden. Care-Politiken – noch dazu solche, die feministische Anliegen großschreiben und sich zentral um die Probleme unbezahlter Arbeit kümmern – sind kurzfristig nicht unbedingt ›Gewinnerthemen‹. Und doch: Da die Partei auch und zunehmend jene vertritt, die aus dem System der Erwerbsarbeit herausfallen, sind soziale Infrastrukturen ein zentrales Thema. Gemeinsame Projekte könnten also noch viel weitergehen als bisher.

CHANCEN VERBINDENDER PRAXIS: LOKALE GESUNDHEITSVERSORGUNG

Konkret ließen sie sich etwa auf der kommunalpolitischen Ebene entwickeln. Die LINKE könnte dort, wo sie in der Regierungsverantwortung ist, Initiativen unterstützen, die Aspekte einer anderen ›Sorge-Infrastruktur‹ schon heute vorwegnehmen. So wären Synergien zwischen institutionalisierten und eher selbstorganisiert-kommunitären Akteuren im Care-Bereich möglich, die allerdings einen Abbau von Berührungsängsten auf beiden Seiten voraussetzen.

Ein Beispiel sind lokale Gesundheitszentren. In anderen europäischen Ländern gibt es sie bereits (Schubert/Vagkopoulou 2015), in Deutschland eher vereinzelt. Aber es gibt eine Debatte dazu und ein großes Interesse daran, auf lokaler Ebene Gesundheitsversorgung als soziale Infrastruktur zu entwickeln (vgl. Krampe 2015, Poliklinik Gruppe 2014). Dabei geht es um wohnortnahe Versorgungszentren, in denen soziale und medizinische Beratung mit unterschiedlichen Therapieformen zusammenwirken, jenseits disziplinärer Grenzen, Hierarchien und Bevormundung. Durch eine Verankerung im Stadtteil oder in der Region werden auch Lebensbedingungen und Gesundheitsgefährdungen thematisiert. Wichtig sind demokratische Strukturen und reale Beteiligungsmöglichkeiten der PatientInnen.

Solche Alternativen entstehen selten aus der Regierungsverantwortung oder dem Verwaltungsapparat heraus. Gleichzeitig können sie als ›Inseln‹ keine Strahlkraft entwickeln. In Brandenburg oder Thüringen etwa könnte die LINKE solche Projekte finanziell und strukturell fördern, mit Regelungserleichterungen unterstützen und am besten wissenschaftlich

begleiten. So ließen sich deren Prinzipien gesellschaftlich verallgemeinern, könnten sie als ›Labore‹ künftiger Infrastrukturen fungieren. Selbstverständlich ist dies angesichts der oft prekären Haushaltslage und der kommunalen Schuldenbremse nicht einfach. Hier gilt es, ehrlich mit den Grenzen der eigenen Handlungsmacht umzugehen. Dennoch: Ein solches Projekt lokaler Gesundheitsversorgung könnte Verständigungs- und Organisierungsprozesse anstoßen. Weitere könnten folgen.

WIE WEITER?

Care Revolution kann nicht bedeuten, nach und nach alle Akteure in Pflege, Gesundheit und Assistenz ›einzusammeln‹, womöglich im Gleichschritt unter einem Banner. Es geht nicht darum, eine neue ›Organisation‹ aufzubauen, schon eher eine ›Bewegung der Bewegungen‹. Aber auch diese wird dezentral und kleinteilig sein und mit Ungleichzeitigkeiten umgehen müssen und – nüchtern betrachtet – einen sehr langen Atem brauchen. Nicht die große Euphorie ist damit verbunden, eher Begeisterung auch für die ›kleinen Revolutionen‹. Für viele geht es schlicht darum, im Wissen um ein gemeinsames Projekt den Mut nicht zu verlieren. Womöglich steht ein »umwälzender Pragmatismus« (Kahrs in diesem Heft) an, der die Probleme nicht in großer Geste angeht, eher im Detail, dabei aber das Terrain für nächste Schritte bereitet, neue Praxen erprobt, Handlungsfähigkeit erweitert.

»Revolutionäre Realpolitik« (Rosa Luxemburg) bedeutet ja nicht, die Verhältnisse ›umzuwerfen‹, sondern die Probleme an ihren Wurzeln zu packen; in Kenntnis der Kräfteverhältnisse, aber mit der Perspektive ihrer Verschiebung. Es geht darum, an den konkreten Alltagssorgen, den jeweiligen Einzelforderungen anzuknüpfen und herauszuarbeiten, was sich mit den Interessen anderer Gruppen und Klassenfraktionen verbindet, was verallgemeinert werden kann. In diesem Prozess ist Care Revolution eine wichtige (feministische) Stimme, die mit anderen nach einer gemeinsamen Tonart sucht, ohne dass alle das Gleiche singen müssen.

LITERATUR

Dück, Julia und Barbara Fried, 2015: Caring for Strategy. Transformation aus Kämpfen um soziale Reproduktion entwickeln, in: *LuXemburg* 1/2015, 84–93

Krampe, Eva Maria, 2015: Gesundheitsversorgung ganz anders? Ideen für eine soziale Infrastruktur, in: *LuXemburg* 1/2015, 100–105

Kunkel, Kalle, 2016: Kampf gegen die Burn-Out-Gesellschaft in Zeiten der Digitalisierung. Der Tarifkonflikt an der Charité um Gesundheitsschutz und Mindestbemessung, in: Schröder, Lothar/Urban, Hans-Jürgen (Hg.), *Gute Arbeit. Digitale Arbeitswelt. Trends und Anforderungen*, Frankfurt/M, 253–267

Poliklinik-Gruppe, 2014: Poliklinik – eine Konzeptstreitschrift, in: *Gesundheit braucht Politik* 10/2014, Sonderausgabe Soziale Determinanten von Gesundheit, 14–17

Schubert, Kirsten und Renia Vagkopoulou, 2015: Futuring Health Care. Gesundheitszentren als Orte gesellschaftlicher Transformation, in: Fried, Barbara/Schurian, Hannah (Hg.), *UmCare, Gesundheit und Pflege neu organisieren*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Materialien Nr. 13, Berlin, 41–53

Winker, Gabriele, 2015: *Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft*, Bielefeld

Wolf, Luigi, 2015: Mehr von uns ist besser für alle. Die Streiks an der Berliner Charité und ihre BEdeutung für die Aufwertung von Care-Arbeit. In: Fried, Barbara/Schurian, Hannah (Hg.): *UmCare. Gesundheit und Pflege neu organisieren*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Materialien Nr. 13, Berlin, 23–32

---

1 Viele dieser Überlegungen basieren auf kollektiven Diskussionsprozessen rund um die Konferenz »UmCare – Für neue Strategien in Gesundheit und Pflege«, die im Oktober 2015 von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Bundestagsfraktion der LINKEN und dem *Netzwerk Care Revolution* organisiert wurde. Wir danken allen, die sich an diesen Diskussionen beteiligt haben, und insbesondere Julia Dück, Julia Garscha, Jette Hausotter und Miriam Pieschke für ihre Anregungen und Hinweise zu diesem Text.

»WE CARE« – ABER WER SIND ›WIR‹?

KRITISCHE THESEN ZU ›CARE-BEZIEHUNGEN‹ UND POLITISCHEN BÜNDNISSEN

MICHAEL ZANDER

Wenn in der Linken heute wieder verstärkt über Reproduktionsarbeit diskutiert wird, dann geschieht dies in der Regel unter Rückgriff auf Debatten aus den 1970er Jahren. Damals stellten marxistische FeministInnen Haus-, Familienarbeit und gesellschaftliche Reproduktionsarbeit in den Mittelpunkt ihrer Analysen (vgl. Haug 1999). Unter anderem ging es darum, bisher nicht berücksichtigte, selbstverständlich vorausgesetzte, also ›unsichtbare‹ Arbeit kenntlich zu machen, ihre Bedeutung für die gesamtgesellschaftliche Reproduktion herauszuarbeiten und ihr auf diese Weise moralische und vor allem auch finanzielle Anerkennung zu verschaffen.
Seit zwei Jahren versucht das *Netzwerk Care Revolution* aus diesen Analysen Schlussfolgerungen für eine aktuelle politische Praxis zu ziehen. Es ist hier insbesondere das Verdienst von Gabriele Winker, in der Bundesrepublik das *Netzwerk Care Revolution* tatkräftig mit angeschoben und ihm eine theoretische Grundlage geliefert zu haben (vgl. Winkler

2015). Mit dem angestrebten Theorie-Praxis-Transfer ergeben sich allerdings neue Probleme. Soweit das Netzwerk darauf gerichtet ist, ein politisches Bündnis zu schaffen, stellt sich die Frage, wie breit dieses Bündnis sein kann und welche Rolle insbesondere diejenigen spielen, die im Lichte der ›Care-Theorien‹ als diejenigen gelten, die ›Sorgearbeit‹ empfangen, also zum Beispiel behinderte, chronisch kranke oder alte Menschen. Dazu sollen hier einige kritische Thesen formuliert werden.

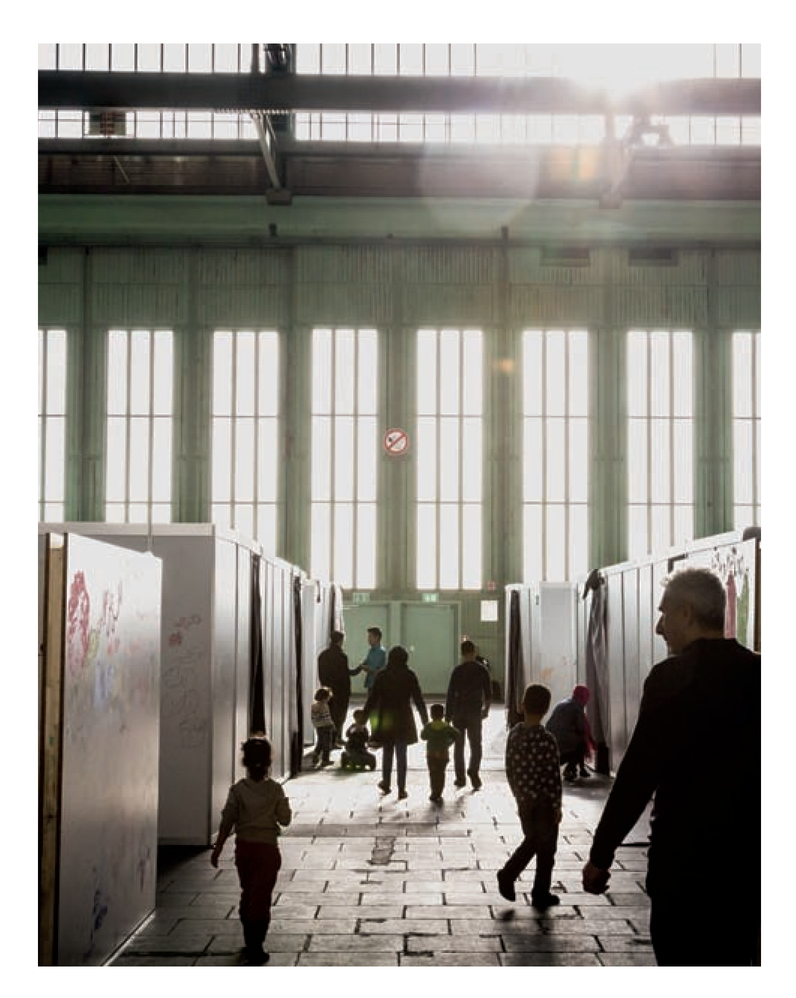
1 | Der ursprüngliche Zweck des ›Care-Ansatzes‹ bestand darin, ›Sorgearbeit‹ als solche kenntlich zu machen und zu problematisieren, dass diese Arbeit vielfach unentgeltlich oder schlecht bezahlt und meist von Frauen verrichtet wird. Abstrahiert man von diesem Zweck, indem man versucht, auf Basis dieses Ansatzes ein breites politisches Bündnis zu entwickeln, dann erweist sich die auf ›Sorgearbeit‹ gerichtete Perspektive allerdings als unzulänglich und zu eng. Im Zentrum stehen die Arbeitenden, diejenigen, mit denen sie zusammenarbeiten, bleiben im Hintergrund und können höchstens ›mitgedacht‹ werden. Spontan identifizieren sich viele Linke leicht mit abhängig Beschäftigten und ihren Forderungen. Das ist verständlich und begrüßenswert, macht aber erforderlich, immer wieder an diejenigen zu erinnern, mit denen gearbeitet wird.

2 | Das ›Care-Modell‹ impliziert eine problematische Rollenaufteilung, um nicht zu sagen: ein hierarchisches Verhältnis. Die einen leisten ›Sorgearbeit‹, die anderen empfangen sie. In Wirklichkeit hat man es stets mit Beziehungen der Zusammenarbeit zu tun. Ob es sich um Erziehung, Pflege oder Therapie handelt, diese Arbeiten kommen nur als Koproduktion zustande. Dies festzuhalten ist wichtig, weil in den Theorien der ›helfenden Berufe‹ – Pädagogik, Pflegewissenschaft und Psychologie – traditionell der helfenden Seite der aktive Part und der Expertenstatus zugeschrieben wird. Generell vermisst man in den aktuellen ›Care-Debatten‹, dass darin die eigentlich bekannte Ambivalenz des Helfens, nämlich die Ambivalenz von Unterstützung und Kontrolle, thematisiert würde.

3 | Viele emanzipatorische Ansätze haben sich historisch als Kritik an konventioneller ›Sorgearbeit‹ herausgebildet. Gegenstand der Kritik waren Familienbeziehungen, Kindergärten, Schulen, Psychiatrien oder Pflegeeinrichtungen. Die Behindertenbewegung hat das Modell der persönlichen Assistenz als Alternative zu herkömmlicher Pflege entwickelt. Das Ziel bestand gerade darin, das hierarchische ›Sorgeverhältnis‹ aufzuheben. Behinderte Menschen sollen, so der Kerngedanke des Modells, selbst entscheiden, wer ihnen wie, wann, wobei und auf welche Weise hilft. Sie leiten die Tätigkeiten ihrer Assistenzkräfte an. Gute Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen sowie ein respektvoller Umgang miteinander sind notwendige Rahmenbedingungen, damit dieses Modell funktionieren kann (s.u. und vgl. Zander 2007).

4 | Das Netzwerk hat sich eine »Kultur der Fürsorglichkeit« auf die Fahnen geschrieben. An sich ist gegen Fürsorglichkeit als emotionale

MICHAEL ZANDER ist seit vielen Jahren behindertenpolitisch aktiv und Mitglied der bundesweiten *AG Disability Studies*. Als Kritischer Psychologe lehrt er derzeit im Fach Rehabilitationspsychologie an der Hochschule Magdeburg-Stendal.



Notunterkunft für Geflüchtete im Hangar 4 des ehemaligen Tempelhofer Flughafens in Berlin, Februar 2016, © Gordon Welters

Praxis in nahen Beziehungen selbstverständlich nichts einzuwenden. Aber Fürsorge ist für ›Care-Arbeit‹ nicht notwendigerweise konstitutiv. Die Formulierung macht auch deutlich, dass ›Sorgearbeit‹ leicht moralisiert und idealisiert wird. Weder ist jede ›Sorgearbeit‹ gut, noch sind es alle Menschen, die solche Tätigkeiten verrichten. Die Realität sieht etwa in der Pflege nicht selten anders aus, es kann zu Vernachlässigung, Geringschätzung oder gar Gewalt kommen. Mangelnde Ressourcen sind oft, aber nicht immer der Grund dafür. Die Idealisierung von ›Care‹ ist möglicherweise ein ideologisches Moment, das die traditionelle (geschlechtstypische) Arbeitsteilung absichert, indem es die Belastungen dieser Tätigkeiten gleichsam moralisch entlohnt. Die karitative Konnotation dürfte auch der Grund dafür sein, warum man zögern würde, Flüchtlingshilfe als ›Sorgearbeit‹ zu bezeichnen, droht dieser Begriff doch, den politischen Kontext zu verdecken.

5 | Insgesamt stellt sich die Frage, welche Tätigkeiten als ›Care-Work‹ zu bezeichnen sind. Das Netzwerk hat sich für einen sehr breiten Ansatz entschieden, der unter anderem Sexarbeit mit einbezieht. Wenn generell Dienstleistungen gemeint sind, dann ist nicht einsehbar, warum nicht auch zum Beispiel Physiotherapie oder das Friseurhandwerk dazugehören. Nun weisen gerade in der Sexarbeit die Arbeitsbedingungen eine große Bandbreite auf. Zudem ist ein Freier nicht in gleicher Weise auf eine Sexarbeiterin angewiesen wie Kranke auf medizinisches Personal oder Behinderte auf Assistenzkräfte. Dies alles muss nicht dagegen sprechen, dass Sexarbeit ein wichtiges Thema für das Netzwerk ist und Sexarbeiterinnen dort aktiv sind. Nur muss man sich klarmachen, dass man es bei einem sehr breiten ›Care-Begriff‹ mit sehr heterogenen Erfahrungen und Problemlagen zu tun hat.

6 | Wer Bündnisse schaffen will und Gemeinsamkeiten sucht, sollte über Konflikte und Interessen sprechen. Im Flyer zur »UmCare-Konferenz« vom Oktober 2015 heißt es: »Auf der Konferenz wollen wir mit Angehörigen und Menschen mit Pflegebedarf, mit Beschäftigten, Gewerkschaften und Sozialverbänden diskutieren und Strategien entwickeln.«[1] Zwischen

all diesen Akteuren kann es Gegensätze geben. Sozialverbände mögen im Einzelfall durchaus vernünftige politische Positionen vertreten, aber einige von ihnen betreiben Einrichtungen wie Behindertenwerkstätten, die von Organisationen der Behindertenbewegung scharf kritisiert werden, weil sie exkludieren und ihren Beschäftigten nicht einmal den Mindestlohn zahlen. Ein Beispiel für einen solchen Dissens war der sogenannte Scheißstreik in Berlin 2010. Die im Bereich Persönliche Assistenz Beschäftigten unterstrichen damals ihre Forderung nach besserer Entlohnung damit, dass sie angebliche Exkremente (vermutlich meist Schokocreme) an politische Akteure verschickten, offensichtlich um zu verdeutlichen, welche ›Scheiße‹ sie täglich wegmachen müssen. Strittig war die Frage, ob es sich um eine berechtigte Aktionsform handelt oder um eine Herabwürdigung von Behinderten, deren Ausscheidungen zum öffentlichen Thema gemacht wurden (vgl. Nowak 2010 u. Zander 2010). Trotz dieser Problematik haben damals Beschäftigte und Behinderte gemeinsam und erfolgreich für höhere Assistenzvergütungen in Berlin gestritten. Doch das Beispiel zeigt auch, dass eine Gemeinsamkeit zwischen den diversen Adressaten des Netzwerks nicht ohne Weiteres vorausgesetzt werden kann, sondern oft erst das Ergebnis von Zusammenarbeit sein kann.

7 | Zusammenarbeit trotz Differenzen gelingt bekanntlich dann, wenn es einen Anlass gibt, der Einigkeit schafft. Dieser kann etwa ein Gesetzentwurf sein, zum Beispiel der voraussichtlich miserable Entwurf des Bundesteilhabegesetzes.[2] Eine solche Zuspitzung fehlt dem Netzwerk bislang. Es steht möglicherweise vor einem ähnlichen Dilemma wie die Sozialforumsbewegung der 2000er Jahre. Diese hatte sich dafür entschieden, Foren zum Austausch und zur Meinungsbildung in einem breiten linken Spektrum zu schaffen. Dafür büßte sie aber an Handlungsfähigkeit ein, entwickelte keinen gemeinsamen Fokus. Verbindende Ziele und Aktionen zu entwerfen blieb weniger komplexen Organisationen überlassen.

8 | Wie könnte ein Fazit lauten? Der ›Care-Begriff‹ gehört noch einmal auf den Prüfstand. ›Care‹ ist nicht das, was ›Care-Worker‹ tun, es ist vielmehr eine Koproduktion aller, die an einer ›Care-Beziehung‹ beteiligt sind. Diese ist in den heutigen Institutionen – aller Inklusionsrhetorik zum Trotz – oft hierarchisch und bevormundend. Deshalb geht es nicht nur um eine besser ausgestattete Unterstützung, sondern um eine ganz andere, emanzipatorische Art, bestimmte Tätigkeiten zu organisieren. Möglicherweise muss man den ›Care-Begriff‹ aufgeben und stattdessen über konkrete gesellschaftliche Bereiche verhandeln – etwa Assistenz, Pflege oder Erziehung –, um einen karitativen Zungenschlag zu vermeiden und zugleich die verschiedenen Akteure an einen Tisch zu bringen.

LITERATUR

Haug, Frigga, 1999: Familienarbeit/Hausarbeit, in: Haug, Wolfgang Fritz (Hg.), *HKWM*, Bd. 4, 118–129

Nowak, Iris, 2010: Organisierung in Pflege- und Sorge- und Hausarbeit, in: *LuXemburg* 4/2010, 146–150

Winker, Gabriele, 2015: *Care Revolution*, Bielefeld

Zander, Michael, 2007: Selbstbestimmung, Behinderung und Persönliche Assistenz – politische und psychologische Fragen, in: *Forum Kritische Psychologie* 51, 38–52

Ders., 2010: Konflikte um Persönliche Assistenz, in: *LuXemburg* 4/2010, 151–153

1 Vgl. www.rosalux.de/documentation/53751

2 Vgl. www.bmas.de/DE/Gebaerdensprache/Bundesteilhabegesetz/bundesteilhabegesetz.html

DIE NEUE KULTUR DES HELFENS

ZUR SOZIALPOLITISCHEN INSTRUMENTALISIERUNG DES EHRENAMTS IN DER PFLEGE

TINE HAUBNER

»Seit Jahren fehlen Altenpfleger – bei den Löhnen kein Wunder! Die müssen rauf, klar. Um den Notstand aber abzuwenden, sollten diejenigen helfen, die sonst nur warten« (Heine 2015). Dieser Zeitungskommentar ist nur eine von vielen Stimmen, die aktuell den Einsatz von Flüchtlingen in der Altenpflege fordern. Er bildet einen Ausschnitt der sozialpolitischen Suchbewegung nach neuen Arbeitskraftpotenzialen in der Care-Krise, die sich durch pflegepolitischen Handlungsdruck intensiviert. Ob ein solches Krisenmanagement tatsächlich zumindest übergangsweise eine ›Win-win-Situation‹ für Flüchtlinge und den Pflegesektor darstellen kann oder ob mit den Flüchtlingen eine sozial verwundbare Gruppe an der Schwelle zum Niedriglohnsektor für den Social-Investment-State[1] mobilisiert werden soll, ist angesichts laufender Informalisierungs- und Deprofessionalisierungstendenzen in der Pflege durchaus fraglich.

Eine andere, schon länger verfolgte Strategie ist der staatlich geförderte Einsatz

freiwillig Engagierter in der Pflege. Ein Blick auf die vergangenen Jahrzehnte zeigt: Sowohl Renaissance als auch Krise des Freiwilligen-Engagements werden regelmäßig ausgerufen. Diagnostizieren ForscherInnen noch Mitte der 1980er Jahre eine Rekrutierungskrise »helfender Hände«, wird zur Jahrtausendwende mit »Freiwillige vor!« (Schlagzeile eines *Zeit*-Artikels) das neu entfachte Interesse für das Ehrenamt in eine Parole gegossen (Heuser/v. Randow 2000). Die Konjunkturzyklen der Aufmerksamkeit für das freiwillige Engagement folgen dabei ökonomischen und politischen Krisenrhythmen – ein Aspekt, der in der öffentlichen Debatte häufig von moralischen Appellen an den Bürger- und Gemeinsinn überlagert wird.

DAS NEUE EHRENAMT IM KONTEXT WOHLFAHRTSSTAATLICHEN WANDELS

Die Renaissance des Ehrenamts in der Pflege, deren Ausläufer wir gegenwärtig miterleben, beginnt daher nicht zufällig in den 1990er Jahren, als die Krise von Arbeitsgesellschaft, Wohlfahrtsstaat und Demokratie im Kontext des neoliberalen Siegeszuges die Gemüter erregte. Auch die soziale Reproduktion geriet in eine Krise: Die Bevölkerung altert, traditionelle Haushalts- und Familienstrukturen wandeln sich, die weibliche Erwerbsbeteiligung steigt global, die räumliche und zeitliche Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse nimmt zu und das Ernährermodell – mitsamt der alimentierten informellen Pflege durch Hausfrauen – erodiert. Daneben führten die seit den 1980er Jahren steigende Sockelarbeitslosigkeit und der Abbau gut bezahlter Industriearbeitsplätze zu sinkenden Beitrags- und Steuereinnahmen (bei gleichzeitig steigenden Sozialhilfeempfängerzahlen) und belasteten so die kommunalen Haushalte. Galt der Sozialstaat in der Nachkriegszeit noch als Garant sozialen Friedens und wirtschaftlicher Prosperität, geriet er nun zunehmend in den Verdacht, den Standort Deutschland durch mangelnde Flexibilität, Reformstau und zu hohe Lohnnebenkosten im globalen Wettbewerb zu benachteiligen (vgl. Lessenich 2008). Neben den vielbeschworenen demokratisierenden Potenzialen und haushaltspolitischen Vorzügen kam dem neuen Ehrenamt im deutschen Diskurs der 1980er und 1990er Jahre deshalb vor allem eine arbeitsmarktpolitische Bedeutung zu. Der zwischen Markt und Staat befindliche Dritte Sektor mit staatlich kofinanzierten und auch unentgoltenen Sozialdienstleistungen wurde zunehmend als Hoffnungsträger des gesellschaftlichen Zusammenhalts gehandelt. Die staatliche Förderung des Ehrenamts galt immer häufiger als probate Arbeitsmarktstrategie vor dem Hintergrund zunehmender sozialer Spaltungstendenzen.

In dieser Übergangsphase, in welcher der Wohlfahrtsstaat ›alter Prägung‹ durch verschiedene Wandlungsprozesse unter Druck geriet, stellte sich die Frage, wie die vielbeklagten ›leeren Staatskassen‹ geschont

TINE HAUBNER beschäftigt sich mit Ausbeutungsverhältnissen, sozialer Ungleichheit sowie mit der Soziologie von Sorgearbeit. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Kassel im Fachbereich Soziologie sozialer Disparitäten.

werden sollten, wenn zugleich der Bedarf an pflegerischer Versorgung wächst. Das Rekrutierungsproblem von sowohl bezahlten als auch unbezahlten Pflegekräften treibt die Sozial- und Pflegepolitik in Deutschland seither um: Wer füllt die Lücke, die überforderte Familien, erwerbstätige Frauen, erschöpfte Pflegefachkräfte und ein sich »aktiv selbst zurücknehmender Staat« hinterlassen (Kommission für Zukunftsfragen 1997, 169)? Die Wahl sollte, soviel ist sicher, auf eine möglichst kostengünstige Gruppe fallen.

DIE NEUE KONJUNKTUR DES ›BÜRGERSINNS‹

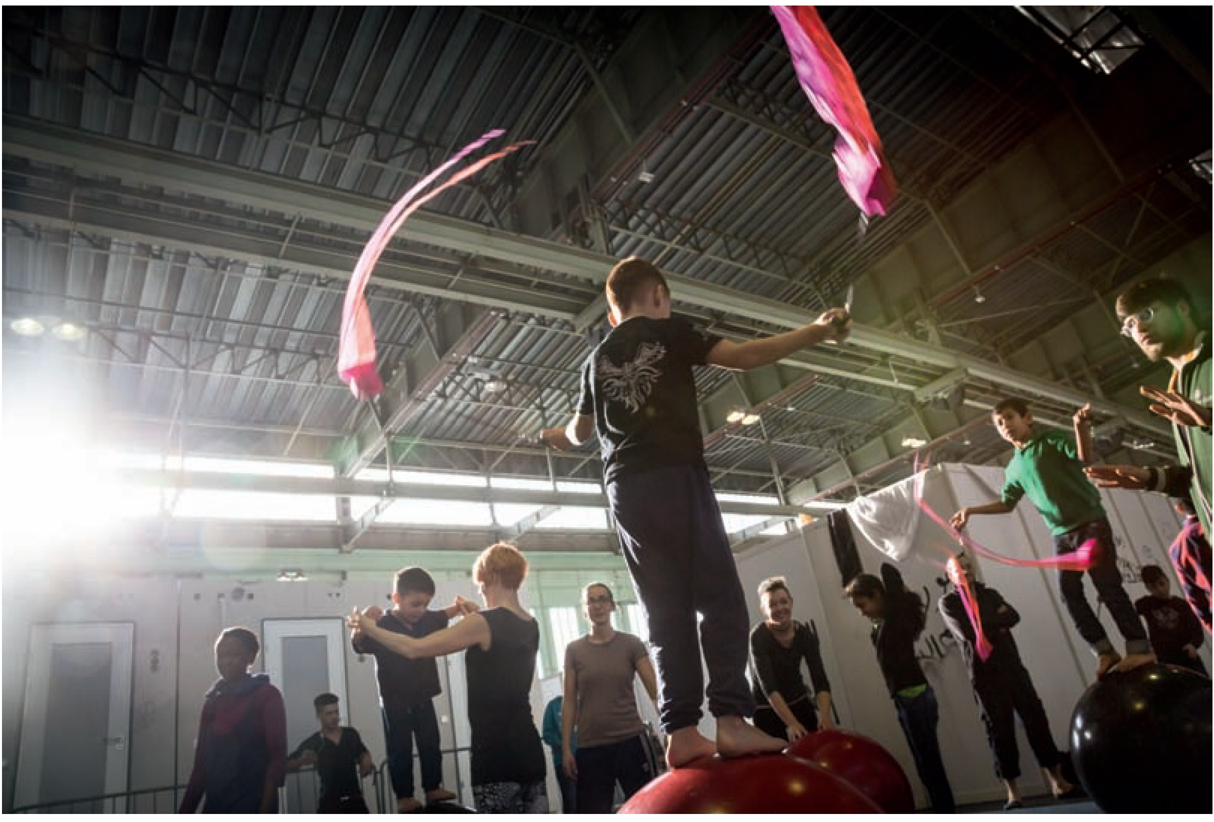
Die politisch-philosophische Strömung des Kommunitarismus lieferte der »neuen Kultur des Helfens« (Fink 1990) zu Beginn der 1990er Jahre auch außerhalb akademischer Fachdebatten medienwirksame Schlagworte. Mit Appellen an Gemeinschaft und Gemeinsinn sowie mit der Betonung von ›Aktivierung‹ und Werteorientierung hebt sie unermüdlich die Bedeutung sozialen Zusammenhalts in Zeiten neoliberaler Vereinzelung hervor. Mit einer Studie zu Entwicklungspfaden italienischer Gemeinden zeigte der kommunitaristische Soziologe Robert Putnam (1993), dass die Effizienz lokaler partizipativer Entscheidungsprozesse mit der Anzahl der bürgerschaftlichen Vereine und dem ehrenamtlichem Engagement korreliert. Sein daraus entwickeltes Konzept des Sozialkapitals avancierte zu einem vielzitierten Gradmesser gesellschaftlicher Integration. Es soll helfen, den sozialen, kulturellen und ökonomischen Nutzen politischer Beteiligung und sozialer Netzwerkbildung zu vermessen – und zu akkumulieren. Entsprechend begann die Bundesregierung in den 1990er Jahren damit, großflächig Modellprojekte zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements zu finanzieren. Forschungsberichte über vorhandene »Humankapitalressourcen« (wie das erste Freiwilligen-Survey oder der erste Engagement-Bericht) wurden veröffentlicht, 1999 wurde die Enquete-Kommission »Zukunft des ehrenamtlichen Engagements« eingesetzt, die EU-Kommission erklärte 2011 zum »Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit«, es folgten die Gründung des Bundesfreiwilligendiensts und 2013 ein Gesetz zur Stärkung des Ehrenamts. Der Nonprofit-Sektor wächst seither weltweit rasant: 1995 erreichte die Zahl der darin Beschäftigten allein in Deutschland mit 1,4 Millionen Vollzeitäquivalenten einen Anteil von fast 5 Prozent an der Gesamtbeschäftigung – jeder fünfte Erwachsene war zu dieser Zeit unentgeltlich aktiv (Priller/Zimmer 2001). Im Jahr 2009 erzeugten Freiwillige einen geschätzten Arbeitswert von 35 Milliarden Euro (Pinl 2013).

DAS NEUE EHRENAMT IN DER PFLEGE

Das Ehrenamt in der Pflege ist jedoch kein neues Phänomen. Bevor der Beruf der Altenpflege in den 1960er Jahren offiziell eingeführt wurde, waren zumeist bürgerliche Frauen als sogenannte Diakonissen und Ordensschwestern unentgeltlich in der Alten- und Krankenpflege tätig. Das Normalarbeitsverhältnis war für den Pflegebereich, historisch betrachtet, nie maßgeblich prägend, die Abgrenzung zwischen professioneller Fach- und Laienpflege immer prekär und

Oben: Polizeiliche Registrierung, Freilassing, Oktober 2015
Unten: Notunterkunft Tempelhof in Berlin, Februar 2016
Beide Bilder: © Gordon Welters


POLIZEI



umkämpft. Diese Diffusität von beruflichen Tätigkeitsprofilen und qualifikationsbasierten Zuständigkeiten spielt auch heute eine zentrale Rolle, wenn Freiwillige für pflegerische Betreuungsleistungen mobilisiert werden. So erfasste die Wiederentdeckung des bürgerschaftlichen Engagements ab den 1990er Jahren auch den Pflegebereich, wo freiwillige Gratisarbeit durch die Professionalisierung der Sozial- und Gesundheitsberufe zwischenzeitlich an den Rand gedrängt worden war. Der Einsatz von Freiwilligen wird seither vor allem durch die Sozialgesetzgebung gestärkt und ausgeweitet. Das Pflegeleistungsergänzungsgesetz von 2001 zielte mit der finanziellen Förderung niedrigschwelliger Betreuungsangebote auf die Stärkung häuslicher Betreuung auch durch Ehrenamtliche ab. In diesem Jahr erhielt bereits jeder zehnte Pflegehaushalt Unterstützung durch Freiwillige (ZQP 2013). Das Pflegeweiterentwicklungsgesetz ergänzte sieben Jahre später Fördermöglichkeiten für Selbsthilfe und Ehrenamt auch für körperlich Kranke. In dieser Zeit wurde auch der Spitzenverband der Pflegekassen dazu verpflichtet, niedrigschwellige Betreuungsangebote und ehrenamtlich Pflegende mit 25 Millionen Euro jährlich zu unterstützen. Das Pflege-Neuausrichtungsgesetz von 2012 gestattete stationären Einrichtungen, Aufwandsentschädigungen an Ehrenamtliche zu zahlen. Diese Förderung des bürgerschaftlichen Engagements gewann mit der Verschärfung der Pflegekrise sukzessive an Fahrt und ist darüber hinaus schon länger Teil der »Demografie-Strategie der Bundesregierung« sowie der »Nationalen Engagement-Strategie«. Für die nächsten Jahre wird mit der Versorgung von Flüchtlingen eine weitere Etappe des neuen Engagement-Diskurses prophezeit, wobei »die Entwicklung hin zu einer Tätigkeitsgesellschaft« die Abgrenzung zwischen beruflicher- und unentgeltlicher Arbeit ohnehin zunehmend erschwert (Evers u.a. 2015). Die Engpässe in der professionellen Pflege sowie die Tatsache, dass die Pflegeversicherung auch in Zukunft eine Teilkaskoversicherung[2] bleiben soll, legen nahe, dass sich dieser Trend fortsetzen wird.

PROFESSIONALISIERTES ›WEIBLICHES‹ ENGAGEMENT AN DER SCHNITTSTELLE ZUM NIEDRIGLOHN

Mit nur 2 Prozent der insgesamt ehrenamtlich Tätigen, gehört Engagement in der Pflege nicht zu den beliebtesten Bereichen freiwilliger Arbeit. Ein Blick auf die dort Engagierten ist dennoch aufschlussreich: Laut Freiwilligen-Survey engagieren sich dort häufig ältere, zu 80 Prozent weibliche, gut qualifizierte, materiell durchschnittlich abgesicherte Personen. Pflegende Angehörige sind in dieser Gruppe überdurchschnittlich oft vertreten (ZQP 2013). Von einer qualitativ neuen und geschlechtergerechten Arbeitsverteilung kann hier also offensichtlich nicht die Rede sein – das Engagement in Pflege und Gesundheit bleibt überwiegend ›weiblich‹. Weil das Ehrenamt jedoch weder eine konstante und verbindliche (geschweige denn professionelle) Versorgung von Pflegebedürftigen gewährleisten kann, wird es zunehmend als soziale Dienstleistung professionalisiert und über materielle Anreize gesteuert – etwa mittels pauschaler Entschädigungen und Versicherungsleistungen. Häufig wird der ehrenamtliche Pflegeeinsatz über Leistungen der Pflegeversicherung für

sogenannte niedrigschwellige Betreuungs- und Entlastungsleistungen finanziert. Denn mit dem ersten Pflegestärkungsgesetz haben Pflegebedürftige und Personen mit »eingeschränkter Alltagskompetenz« erhöhten Anspruch auf zusätzliche Betreuung. Mit dieser ›Betreuungspauschale‹ stehen ihnen seit 2015 monatlich zusätzlich zum Pflegegeld zwischen 104 und 208 Euro an zweckgebundenen Beträgen für die Inanspruchnahme freiwilliger Helferinnen zur Verfügung. Auf diese Weise avanciert das Ehrenamt zu einer nebenberuflichen Beschäftigung mit Stundensätzen zwischen fünf und zehn Euro, die zum Teil weit unter dem gesetzlichen Pflegemindestlohn liegen und vor allem für diejenigen attraktiv werden, die von geringen Rentenleistungen und Altersarmut betroffen sind.

DAS EHRENAMT ALS KOSTENGÜNSTIGER PFLEGEDIENSTLEISTER

Dass sich das Ehrenamt dabei mitunter zu einem konkurrierenden Anbieter pflegerischer Dienste mausert, zeigt das Beispiel einer ehemaligen Pflegehilfskraft. Die erwerbsunfähige Rentnerin engagiert sich nach einem erlittenen Burn-out ehrenamtlich als Demenzhelferin für fünf Euro die Stunde, um ihre dürftige Rente aufzubessern. In einem 2014 geführten Interview[3] berichtete sie stolz, ihr Verein sei wesentlich kostengünstiger als andere Anbieter. Und auch die Leiterin des Vereins hob hervor, dass sie aufgrund der geringeren Vergütung der freiwilligen Mitarbeiterinnen – im Vergleich zum Personal ambulanter Pflegedienste – mehr Zeit für die Pflegebedürftigen anbieten könne. Sowohl aufseiten der *caregiver* wie aufseiten der *car receiver* ist die Altersarmut der zentrale Treiber dieses Unterbietungswettbewerbs. Die Konkurrenz von ambulanten Pflegediensten und Freiwilligenvereinen um die niedrigschwelligen Betreuungsleistungen nimmt zu. Wenn hier Ehrenamtliche nicht selten selbst grund- und sogar behandlungspflegerische Aufgaben (wie Injektionen oder Wundversorgung) übernehmen, werden damit nicht nur Prozesse der Entprofessionalisierung in der Pflege fortgeschrieben, die das traditionelle Negativimage des Berufes als einer ›Jederfrautätigkeit‹ festigen. Auch die Engagierten selbst werden während ihrer Einsätze häufig überfordert.

Ein anschauliches Beispiel solcher Überforderung schilderte die bereits genannte Demenzhelferin. Es geht um einen Zwischenfall im Haushalt einer hochaltrigen Pflegebedürftigen, die während des Einsatzes einen Atemstillstand erlitt. Da die Angehörigen entschieden, keinen Arzt zu konsultieren, wohnte die Demenzhelferin dem Geschehen als hilflose Zeugin bei: »Das ging mir ganz schön nah. Die hätte mir ja auch unter den Händen wegsterben können.« Das Beispiel zeigt eindrücklich, mit welchen Anforderungen pflegende Angehörige und Ehrenamtliche in der Pflege alleingelassen werden – ein mehrwöchiger Crashkurs zum Thema Demenzbetreuung kann eine dreijährige Berufsausbildung zur Altenpflegekraft nicht ersetzen. Zugleich wird hier die essenzielle Bedeutung des Engagements in der maroden Pflegelandschaft deutlich, bieten doch freiwillige Demenzhelferinnen oftmals die einzige Betreuung neben den häufig überlasteten Angehörigen und den im engen Takt der Minutenpflege ächzenden Pflegediensten.

LÖSUNGEN JENSEITS VON STAAT UND MARKT?

Wurde die sozialpolitische Instrumentalisierung des Ehrenamts noch in den 1980er und 1990er Jahren von Arbeits-, Sozialwissenschaften und Gewerkschaften problematisiert, ist diese Kritik vielfach verstummt: Das Engagement wird mehr und mehr zu einer materiell entschädigten, mittels Passungsfähigkeit und Talentmanagement quasi personalpolitisch gemanagten und professionalisierten Sozialdienstleistung – eine Entwicklung, die selbst in Teilen der gesellschaftlichen Linken begrüßt wird. Die kollektiv-selbsttätige Organisation der Reproduktion »jenseits von Markt und Staat« wird vielerorts als Gegenstrategie zur privatwirtschaftlichen wie auch staatlichen Vereinnahmung begriffen (Lent/Trumann 2015, 105). Indem allerdings auch die Care-Commons den Sozialstaat von Reproduktionskosten entlasten, gleichen sie weniger »Inseln« (trouble everyday collective 2014, 69) als vielmehr innerkapitalistischen Kolonien (vgl. Werlhof et al. 1988). Caring-Communities oder Bürgerkommunen genießen dennoch nicht selten den Ruf, Manifestationen realutopischer Entwürfe einer solidarischen Zukunftsgesellschaft zu sein. Dass sie jedoch mitunter auch zu einer Entprofessionalisierung in der Pflege beitragen und freimütig Niedriglohnbeschäftigung organisieren, zeigt das Zitat des Bürgermeisters einer Caring-Community, der in einer Forschungsstudie den Gestaltwandel des Ehrenamts wie folgt bewirbt: »Die Engagierten, die wir vermitteln, unterstützen hilfe- und pflegebedürftige Mitbürger deutlich intensiver als in der traditionellen Nachbarschaftshilfe. Sie werden von uns geschult und nicht nur in der Alltagsbegleitung, sondern auch in der Grundpflege und in der Hauswirtschaft eingesetzt. Dafür erhalten sie eine Aufwandsentschädigung von sieben bis acht Euro netto pro Stunde« (ZQP 2013, 62). Eine solche vorauseilende und kostengünstige Umsetzung des Subsidiaritätsgedankens[4] kann ein konservativer Wohlfahrtsstaat wie der deutsche nur begrüßen – er bürdet traditionell den Großteil der pflegerischen Versorgung kleinen Netzwerken auf, mehrheitlich unbezahlt.

Der staatliche Appell an die Freiwilligen und deren beinah euphorische Würdigung als »Elite der Gesellschaft« sollten zudem Skepsis hervorrufen, wenn es heißt: »Die Ehrenamtlichen kümmern sich viel persönlicher, als dies die beste staatliche Jobagentur kann […]. Das ist nicht nur positiv, das ist wunderbar. Die Ehrenamtlichen haben Fantasie. Die Ehrenamtlichen sind die Unbezahlbaren dieser Gesellschaft, sie sorgen dafür, dass aus Demokratie nicht Dekadenz wird« (Prantl 2010). Das Ehrenamt wird hier als ›unbezahlbare‹ Prävention gegen sozialstaatliche Generosität begrüßt, getragen von aktiven, für ihre Belange selbst verantwortlichen Bürgerinnen.

UNGEHORSAMES ENGAGEMENT

Aus einer kritischen Perspektive stellt sich die Frage, wie den bestehenden Versorgungslücken in der Pflege begegnet werden kann, ohne bereitwillig zu akzeptieren, dass die sozialstaatliche Daseinsfürsorge durch die Gratisarbeit sorgender Gemeinschaften substituiert wird. Die Losung »Es ist uns keine Ehre« des Berliner *Medibüros* (vgl. Schuh in diesem Heft), das eine unentgeltliche medizinische Versorgung für Flüchtlinge organisiert, stellt

einen reflektierten Versuch dar, die eigene Tätigkeit als aus der Not geborene Hilfeleistung und die Gefahr der sozialpolitischen Instrumentalisierung öffentlich zu problematisieren. Darin artikuliert sich ein Selbstverständnis, das als »ungehorsames Engagement« bezeichnet werden könnte und das sich jenseits einer zynischen Generalabsage von linker Seite an praktische Unterstützung von Hilfebedürftigen verortet. Aber auch jenseits bürgerlicher Selbstaufopferung. Hier wird aufgezeigt, dass Care-Work unter den Bedingungen kapitalistischer Verwertung und sozialpolitischer Instrumentalisierung schlechterdings unmöglich ohne Ausbeutung zu haben ist (Van Dyk et al. 2016). Eine andere Form, auf die Instrumentalisierung des freiwilligen Engagements hinzuweisen, bestünde hingegen in einer demonstrativen Verweigerung – die Hausfrauenstreiks der 1970er Jahre könnten dafür Pate stehen. Ein Streik von Freiwilligen könnte sowohl auf die essenzielle Bedeutung unsichtbarer Arbeit als auch auf ihre Instrumentalisierung hinweisen. Die Entwicklung solcher Protestformen gehört auf die Agenda einer emanzipatorischen Politik, die sich den Fragen sozialer Reproduktion zuwendet.

LITERATUR

Evers, Adalbert et al., 2015: Die Vielfalt des Engagements. Eine Herausforderung an Gesellschaft und Politik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 30.3.2015, 3–9

Fink, Ulf, 1990: *Die neue Kultur des Helfens. Nicht Abbau, sondern Umbau des Sozialstaats*, München/Zürich

Heine, Hannes, 2015: Hilfe aus Syrien. Flüchtlinge als Altenpfleger, in: *Der Tagesspiegel*, 27.1.2015

Heuser, Uwe Jean und Gero v. Randow, 2000: Freiwillige vor! Der Gemeinsinn wächst – trotz Geldfiebers und schwarzer Konten. Ehrlichkeit und Mitmenschlichkeit gehen nicht unter, in: *Die Zeit online*, 16.3.2000

Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, 1997: *Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Teil 3: Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage*, Bonn

Lent, Lilly und Andrea Trumann, 2015: *Kritik des Staatsfeminismus. Oder: Kinder, Küche, Kapitalismus*, Berlin

Lessenich, Stephan, 2008: *Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*, Bielefeld

Ders., 2003: *Dynamischer Immobilismus. Kontinuität und Wandel im deutschen Sozialmodell*, Frankfurt a.M./New York

Pinl, Claudia, 2013: *Freiwillig zu Diensten? Über die Ausbeutung von Ehrenamt und Gratisarbeit*, Frankfurt a.M.

Prantl, Heribert, 2010: *Im Himmel sind wir dann alle gleich. Die Elite und die kleinen Leute – Politik und Verantwortung nach der großen Wirtschaftskrise*. Festrede beim Neujahrsempfang der Stadt Friedrichshafen am 17. Januar 2010

Priller, Eckhard und Annette Zimmer (Hg.), 2001: *Der Dritte Sektor international. Mehr Markt – weniger Staat?*, Berlin

Putnam, Robert D., 1993: *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*, Princeton

trouble everyday collective, 2014: *Die Krise der sozialen Reproduktion. Kritik, Perspektiven, Strategien und Utopien*, Münster

Van Dyk, Silke et al., 2016: Für ein rebellisches Engagement, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2/2016, 37–40

Werlhof, Claudia v. et al., 1988: *Frauen, die letzte Kolonie. Zur Hausfrauisierung der Arbeit*, Reinbek

Zentrum für Qualität in der Pflege (ZQP), 2013: *Freiwilliges Engagement im pflegerischen Versorgungsmix. ZQP-Themenreport*, Berlin, http://zqp.de/upload/content.000/id00367/attachment00.pdf

1 Mit dem Begriff Social-Investment-State wird der Strukturwandel des deutschen Sozialstaates im Zuge der 1990er Jahre bezeichnet, in dessen Folge Aktivität, Eigentätigkeit und Selbststeuerung der BürgerInnen sozialpolitisch an Bedeutung gewinnen (vgl. Lessenich 2008).

2 Die 1995 eingeführte deutsche Pflegeversicherung ist eine »beitragsfinanzierte Teilkaskoversicherung« in Abgrenzung zu einer »bedarfsorientierten Vollkaskoversicherung«, das heißt, die budgetierten Versicherungsleistungen decken lediglich einen Teil der entstehenden Kosten ab und sollen die informelle Pflege durch Angehörige, Nachbarn oder Freunde nur »ergänzen« (§4 SGB XI). Sie setzt die Bereitschaft zur unbezahlten Übernahme pflegerischer Tätigkeiten durch soziale Netzwerke immer schon voraus.

3 Dieses und andere Interviews mit überwiegend ›informellen‹ Pflegekräften wie Angehörigen, Ehrenamtlichen und migrantischen Pflegekräften führte ich im Rahmen meiner Dissertation zur sozialpolitischen Regulierung der deutschen Pflegekrise 2014.

4 Der deutsche Sozialstaat zeichnet sich durch seine am Subsidiaritätsprinzip ausgerichtete »privatistisch-familialistische Pflegekultur« aus (Lessenich 2003). Die jeweils kleinere soziale Einheit wie etwa die Familie ist die bevorzugte ökonomische und soziale Unterstützungsinstanz.

ENGAGIERT UND UNGEHORSAM

MEDIBÜROS ZWISCHEN SELBSTORGANISIERUNG UND VEREINNAHMUNG

HANNA SCHUH

»Liebe Menschen, es reicht! Es wird Zeit, dass wir [...] unsere Forderungen auf die Straße bringen. Es geht so nicht weiter. Wir werden uns nicht in die Position der Erfüllungsgehilfen setzen lassen. Ehrenamt ist keine billige Arbeitskraft. Wir sind kein Spielball der Politik. Geflüchtete sind keine Menschen zweiter Klasse. Wir fordern Respekt. Wir stellen klare Forderungen an die Politik. Unterstützt uns dabei.« Mit diesen Worten rief die Initiative *Moabit Hilft* am 17. Oktober 2015 zu einer Kundgebung vor dem Roten Rathaus in Berlin auf. Seit Monaten unterstützt die Stadtteilinitiative Geflüchtete, die vor dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) auf ihre Registrierung warten. Rund um die Uhr versuchen sie, das Chaos der offiziellen Strukturen und die katastrophalen, menschenunwürdigen und rechtswidrigen Zustände für die Geflüchteten erträglicher zu machen – selbstorganisiert und unentgeltlich. Mit der Kundgebung »Es reicht!« skandalisierte *Moabit Hilft* nicht nur die Bedingungen vor

dem LaGeSo, sondern auch die Rolle freiwillig Helfender, die einspringen, wo staatliche Institutionen versagen.

Im letzten Jahr wurde die praktische Hilfe durch freiwillig Engagierte besonders dringlich – aufgrund der steigenden Zahlen von Geflüchteten, des jahrelangen Abbaus von Versorgungsstrukturen und der Verfasstheit des Asylsystems (vgl. Misbach 2015). Diese humanitäre Hilfe von zahlreichen UnterstützerInnen und Initiativen ist ohne Frage zu begrüßen und angesichts der gravierenden Missstände auch notwendig. Sie ist darüber hinaus ein wichtiges Zeichen gegen Rassismus und rechte Gewalt gegen Geflüchtete (vgl. Van Dyk et al. 2016).

Die Situation vor dem LaGeSo und die Rolle von *Moabit Hilft* machen aber die Problematik dieser Bedingungen des Helfens deutlich: Freiwillige übernehmen Aufgaben des Staates, der Länder oder einzelner Behörden, entlasten sie damit und schwächen so womöglich den politischen Handlungsdruck. Ihr Engagement ist unter den gegebenen Umständen eine unersetzliche Hilfe für die Betroffenen; es wird jedoch in die Hände der ehrenamtlichen UnterstützerInnen gelegt, von ihrem Engagement und ihren Ressourcen abhängig gemacht, worauf eigentlich ein Rechtsanspruch besteht. Praktische humanitäre Hilfe darf daher nicht nur die Lücken staatlicher Strukturen füllen, sondern muss die Bedingungen ihrer Notwendigkeit benennen und verändern. Die Skandalisierung der Zustände vor dem LaGeSo und damit der Voraussetzungen ihrer Arbeit verleiht dem Engagement von *Moabit Hilft* ein politisches Veränderungspotenzial. Die dort Aktiven nutzen ihr Engagement, um auf die strukturellen Missstände und die Ausbeutung der Ehrenamtlichen aufmerksam zu machen. Dennoch gelingt es ihnen bisher nicht, genug Druck aufzubauen. Die humanitäre Katastrophe vor dem LaGeSo ist mittlerweile so groß, dass Kapazitäten und Ressourcen der HelferInnen erschöpft sind. Wie können unter diesen Bedingungen politische Forderungen durchgesetzt werden? Eine Herausforderung, vor der wir als *Medibüro Berlin* schon seit vielen Jahren stehen.

ZIEL IST, DIE EIGENE ARBEIT ÜBERFLÜSSIG ZU MACHEN

Praktische Unterstützungsarbeit in Reaktion auf gesellschaftliche Missstände zu leisten

HANNA SCHUH ist Psychologin und wirkt seit 2011 im *Medibüro Berlin – Netzwerk für das Recht auf Gesundheitsversorgung aller Migrant*innen* mit.

und zugleich Mängel nicht nur zu verwalten, sondern für radikalere politische Veränderungen zu kämpfen – dieses Spannungsfeld ist der Arbeit des *Medibüros* immanent. Als antirassistische Initiative setzte es sich bei der Gründung 1996 das Ziel, sich so schnell wie möglich wieder überflüssig zu machen. Was erst einmal paradox klingt, ist Kern des Selbstverständnisses: Als *Medibüros* und *Medinetze* fordern wir eine staatlich finanzierte reguläre Gesundheitsversorgung für alle, unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Gleichzeitig organisieren wir auf Umwegen medizinische Versorgung durch qualifiziertes Fachpersonal für Illegalisierte und MigrantInnen, die keinen Zugang dazu haben. Wir kritisieren

und skandalisieren diese Ausgrenzung und Entrechtung, um politische Veränderungen herbeizuführen, und versuchen zugleich, die Situation der Betroffenen durch den Aufbau autonomer Strukturen zu verbessern.

Theoretisch haben auch Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus einen Anspruch auf Gesundheitsleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Hierfür müssen sie allerdings einen Krankenschein beim Sozialamt beantragen. Wie alle öffentlichen Behörden ist dieses jedoch laut Übermittlungspflicht (§87 2 AufenthG) angehalten, einen illegalen Aufenthalt zu melden. Illegalisierten ist der Zugang zur Gesundheitsversorgung somit faktisch verwehrt beziehungsweise mit der Gefahr der Aufdeckung und Abschiebung verbunden. Nach AsylbLG besteht zudem nur Anspruch auf eine reduzierte Versorgung bei akuten und schmerzhaften Erkrankungen und auf unerlässliche Gesundheitsleistungen. Unser Angebot ist anonym, kostenlos und soll möglichst niederschwellig sein. Alle, die im Kollektiv mitwirken, sowie die ÄrztInnen und TherapeutInnen des Netzwerkes arbeiten unentgeltlich. Entstehende Kosten werden aus Spenden finanziert. Doch die praktische Vermittlungsarbeit macht offensichtlich, was eigentlich auf der Hand liegt: Eine ausreichende gesundheitliche Versorgung von Teilen der Bevölkerung ist durch nichtstaatliche, freiwillige, aus Spendengeldern finanzierte Projekte nicht möglich. Es sind strukturelle, zeitliche und vor allem finanzielle Grenzen gegeben, die fatale gesundheitliche Konsequenzen für die Betroffenen haben. Chronifizierungen und Komplikationen von Krankheitsverläufen bis hin zu Todesfällen sind die Folge (vgl. Medibüro, 2013). Daher fordern wir den gleichberechtigten Zugang zu medizinischer Versorgung aller hier lebenden Menschen, die Abschaffung der Meldepflicht und gleiche soziale und politische Rechte.

Mit den Jahren hat das *Medibüro* Wissen und Expertise auf dem Gebiet aufgebaut und sich in einem gewissen Maße professionalisiert. Eine Professionalisierung durch bezahlte Stellen oder einen projektgebundenen Fond war jedoch nie gewollt, um weiter grundlegende Veränderungen im Sinne eines »Rechts auf Rechte« zu erkämpfen und keine parallelen ehrenamtlichem Strukturen auszubauen. Wir wollen nicht die Lücken des deutschen Sozialsystems füllen und damit den Anschein erwecken, politische Lösungen seien nicht mehr vonnöten. Das Dilemma bleibt dennoch bestehen: Indem das *Medibüro* auf freiwilliger und unentgeltlicher Basis Aufgaben übernimmt, die in staatlicher Verantwortung liegen sollten, schwächt es auch den politischen Handlungsdruck. Das zeichnet sich auch in der Entwicklung des *Medibüros* ab.

SELEKTIVE UND UNKRITISCHE WÜRDIGUNG EHRENAMTLICHER FLÜCHTLINGSHILFE

Als sich das *Medibüro* 1996 gründete, dachte man, die Arbeit müsse klandestin bleiben. Es gab die Angst, dass Polizei und Ausländerbehörde auf Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis aufmerksam oder diese sogar während der Sprechzeiten aufgreifen würden. So wurde etwa bewusst ein Raum gewählt, der über einen zweiten Ausgang, eine Feuertreppe, verfügte. Das Szenario trat in all den Jahren zum Glück nie ein: Denn im Gegenteil verweisen auch



Notunterkunft für Geflüchtete im Hangar 4 des ehemaligen Tempelhofer Flughafens in Berlin, Februar 2016
© Gordon Welters

offizielle Stellen inzwischen auf das *Medibüro*, das Projekt wird anerkannt und gewürdigt.

Wie unkritisch und einseitig ›ehrenamtliches‹ Engagement für Geflüchtete häufig gewürdigt wird, zeigt exemplarisch eine Veranstaltung am »Internationalen Tag der Migranten« (18. Dezember 2014). Ausgewählte BürgerInnen und Initiativen wurde im Auswärtigen Amt die Anerkennung für ihr ehrenamtliches Engagement ausgesprochen. In den Reden von Staatsministerin Aydan Özoğuz, Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Vizekanzler Sigmar Gabriel wurde ihre Arbeit gelobt – die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, die dieses Engagement erst notwendig machen, wurden jedoch mit keinem Wort erwähnt. Weder die bestehenden Handlungsspielräume für politische Veränderung (wie die Abschaffung oder Veränderung des Asylbewerberleistungsgesetzes oder die Einführung einer Gesundheitskarte als nur zwei von zig Beispielen) wurden genannt noch die zu diesem Zeitpunkt medial recht präsenten selbstorganisierten Proteste von Geflüchteten in Berlin und bundesweit. Wie so oft geriet die Kritik an der menschenunwürdigen Asyl- und Flüchtlingspolitik in den Hintergrund oder sollte gar nicht erst laut werden. Rassistische Ausgrenzung wird so unsichtbar gemacht. Am

»Tag der Migranten« waren nicht Geflüchtete und ihre Forderungen sichtbar, sondern die humanitäre Hilfe ›weißer‹ Projekte. So wird die ehrenamtliche Tätigkeit – auch in Projekten, die einen politischen Anspruch verfolgen – auf ihre humanitären Aspekte reduziert. Dies schwächt das kritische und emanzipatorische Potenzial in den verschiedenen Projekten, neben humanitärer Arbeit auch politische Veränderungen anzustreben. Auch den Willkommensinitiativen wird gegenwärtig für ihr Engagement gedankt – in Berlin etwa mit Aktionstagen wie »Berlin sagt Danke« –, statt ihre Forderungen aufzugreifen und für praktische Lösungen und politische Reformen zu sorgen. Unbequeme, zu kritische Initiativen werden mitunter gar in ihrer Unterstützungsarbeit behindert. So wurde etwa in Berlin der Initiative *Multitude*, die mit einem politischen Anspruch Sprachkurse und Beteiligungsangebote für Geflüchtete organisiert, der Zutritt zu Heimen untersagt. Sowohl Heimbetreiber als auch bezirkliche Stellen suchen sich die Unterstützungsangebote zum Teil danach aus, ob sie politisch erwünscht, funktional und systemkonform sind.

SOLIDARISCHE UNTERSTÜTZUNGSARBEIT WIDER DEN PATERNALISTISCHEN HILFEDISKURS

In den Würdigungen des ›Ehrenamts‹ dominiert darüber hinaus häufig eine Perspektive, die humanitäres Engagement als karitative Hilfe begreift. Die bewusste oder unbewusste Ignoranz gegenüber gesellschaftlich ausgrenzenden Bedingungen und die fehlende Analyse ihrer Ursachen erlaubt es, Unterstützung als Wohltätigkeit zu begreifen. Damit geht eine Hierarchisierung von Helfenden und ›Bedürftigen‹ einher, denn Letztere erscheinen nicht als Anspruchsberechtigte, sondern als BitstellerInnen, von denen unter Umständen auch noch Dankbarkeit erwartet wird. Ihre Bedürftigkeit muss immer wieder diskursiv hergestellt werden, um legitim zu erscheinen. So werden die ehrenamtlichen (überwiegend ›weißen‹) Helfenden als aktiv handelnde Subjekte und ihre (›schwarzen‹) Gegenüber als defizitär, arm, passiv sowie hilfs- und entwicklungsbedürftig konstruiert. Während die Helfenden Anerkennung erfahren, erzeugt die zugeschriebene Position als Opfer, Objekt oder AdressatIn von Hilfsangeboten eher Mitleid. Die Macht- und Ausbeutungsverhältnisse, unter denen sich die Hilfe abspielt, werden so verschleiert.

Das *Medibüro* ist eine fast ausschließlich ›weiße‹ Unterstützergruppe. Die Frage, wie in unserer eigenen Vermittlungsarbeit der (Re-)Produktion von Rassismen begegnet und wie mit Hierarchien umgegangen werden kann, beschäftigt uns. Wir haben immer wieder die Erfahrung gemacht, dass ÄrztInnen und TherapeutInnen erstaunt bis empört über das Auftreten mancher von uns vermittelten Personen waren, weil sie nicht ihre Erwartungen beziehungsweise das herrschende Bild des ›typischen Flüchtlings‹ erfüllten. So wurde etwa Erstaunen darüber geäußert, dass Personen nicht ausreichend bedürftig aussähen. Die Sozialanthropologin Susann Huschke, die lange im *Medibüro* aktiv war, hat in ihrer Forschung zur Gesundheitsversorgung von Illegalisierten auch die Interaktion zwischen BehandlerInnen/VermittlerInnen und Geflüchteten untersucht und herausgearbeitet, wie Vorstellungen von Bedürftigkeit in der Interaktion performativ hergestellt werden. Sie zeigte, dass aktiv fordernden oder dominant auftretenden Geflüchteten

eher Widerstand entgegengebracht oder die Dienstleistung verweigert wird. Die Helfenden haben implizite Erwartungen an ein diskretes, dankbares oder unterwürfiges Auftreten ihres Gegenübers. In die Interaktion schreibt sich ein Hilfeverständnis im Sinne von Wohltätigkeit ein, statt eines der solidarischen Unterstützung im Kampf um ein Recht auf Rechte (Huschke 2014). In unserer Vermittlungspraxis versuchen wir, rassistische Stereotype nicht zu reproduzieren, sondern uns der Hierarchie zwischen Helfenden und Hilfe in Anspruch Nehmenden bewusst zu sein. Wir versuchen auch, Hierarchisierungen von Migrantengruppen zu hinterfragen. Wir gehen nicht davon aus, dass ›Weiße‹ per se nur paternalistisch handeln können – doch müssen Reflexionsprozesse darüber immer wieder angeregt werden, nicht zuletzt, um eine Politisierung des Themas anzustoßen.

Mit der Änderung unseres Namens von *Medibüro – Büro für medizinische Flüchtlingshilfe* in *Medibüro – Netzwerk für das Recht auf Gesundheitsversorgung aller Migrant*innen* wollen wir verdeutlichen, dass es um den Kampf um gleiche politische und soziale Rechte geht. Der alte Name spiegelte die Realität des *Medibüros* schon lange nicht mehr. Denn zu uns kommen ja nicht nur Illegalisierte, für die sich das *Medibüro* ursprünglich hauptsächlich zuständig gefühlt hatte, sondern zunehmend auch EU-BürgerInnen, etwa aus Südosteuropa, die zwar einen legalen Aufenthalt haben, aber oft weder hier noch in ihrem Herkunftsland krankenversichert sind. Auch für ihre Belange wollen wir uns einsetzen. Mit dem Begriff ›Flüchtlingshilfe‹ bedienten wir außerdem ungewollt die Kategorisierung und Hierarchisierung von ›Flüchtlingen‹ und MigrantInnen ebenso wie ein paternalistisches Hilfeverständnis. Gesundheitsversorgung ist aber ein Menschenrecht und darf nicht von ›ehrenamtlichem‹ Engagement abhängig sein.

Das skizzierte Spannungsfeld, in dem sich die Arbeit der *Medibüros* bewegt, lässt sich nicht in die eine oder andere Richtung auflösen, die strukturell bedingten Widersprüche müssen aber immer wieder ins Bewusstsein gerückt werden. Es geht darum, das eigene Engagement zu nutzen, um die herrschenden Zustände öffentlich zu skandalisieren und zu verändern. Unter dem Motto »Es ist uns keine Ehre« begehen wir 2016 unser 20-jähriges Bestehen mit einer öffentlichen Veranstaltung. Hier wollen wir die Kontroversen des Ehrenamtes in Zeiten flüchtlingspolitischen Versagens diskutieren und uns mit anderen Akteuren vernetzen, um weiter für politische Veränderungen zu kämpfen. Denn unser Ziel ist auch nach 20 Jahren noch, uns überflüssig zu machen.

Dieser Text ist eine aktualisierte Version des 2015 von Elène Misbach und Hanna Schuh veröffentlichten Artikels »Es ist uns keine Ehre«.

LITERATUR

Huschke, Susann, 2014: Performing deservingness. Humanitarian health care provision for migrants in Germany, in: *Social Science & Medicine* 2014, 1–8

Medibüro, 2013: Ohne Krankenversicherung ist tödlich. Aus der: Kampagne gegen Abschottung und Illegalisierung, für gleiche soziale Recht eund medizinische Versorgung für alle, www.medibuero.de/de/Kampagne_2013/OKV%20ist%20t%C3%B6dlich.html

Misbach, Elène, 2015: »Sich für Gesundheit stark machen«.Solidarische Flüchtlingsarbeit als gemeinsamer sozialer Kampf um Rechte, in: *Zeitschrift für Menschenrechte* 2/2015, 122–135

Diess. *und Hanna Schuh, 2015:* »Es ist uns keine Ehre«, in: *Berliner Zustände,* http://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2015/06/2014schattenbericht-web.pdf

Van Dyk, Silke, Emma Dowling und Tine Haubner, 2016: Rebellisches Engagement ist gefragt, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2/2016, 37–40

DER NAME DER ZEIT

MARIO CANDEIAS

DEMOKRATIE ENTGRENZEN

Die europäische Krise führt zu grassierendem Chauvinismus, Rassismus und Desintegration. Getrieben von dieser Dynamik wird mit dem Ausnahmezustand regiert. Autoritär werden Austerität, der verschärfte Abbau von Arbeits- und Sozialrechten und ein inhumanes, militarisiertes Grenzregime durchgesetzt, das Asylrecht wird geschleift. Grundlegende demokratische Ansprüche, die Hoffnung auf Schutz vor Krieg und Verfolgung, auf ein gutes Leben für alle, oder die Vorstellung, dass Wahlen Einfluss auf politische Entscheidungen haben, werden von den herrschenden Institutionen zurückgewiesen.

Seit 2011 setzen sich Demokratiebewegungen dagegen zur Wehr, inspiriert vom Arabischen Frühling, zunächst vor allem in Griechenland und Spanien. Nun, nach der Unterwerfung der Syriza-Regierung unter ein neues Memorandum, versuchen unterschiedliche Initiativen, auch auf europäischer Ebene eine Demokratiebewegung voranzubringen – bevor es zu spät ist und der Zerfall zum Rückfall in die 1930er Jahre führt. Yanis Varoufakis und andere schlagen die Gründung einer europäischen Plattform vor: DiEM 25. Sie zielen nicht auf die üblichen Verdächtigen, sondern wollen auch liberaldemokratische Kräfte ein- und Selbstorganisierungsansätze, lokale Initiativen und ein transnationales Projekt miteinander verbinden. Dies erzeugt Aufmerksamkeit und hält die Hoffnung auf ein anderes Europa wach. Das ist schon viel in diesen Zeiten.

Auch die Initiative »Ein Plan B für Europa«, ausgehend vom Vorsitzenden der französischen Parti de Gauche, Jean-Luc Mélenchon, Oskar Lafontaine und anderen, debattiert über die Neuausrichtung des europäischen Integrationsprozesses – wenn auch zum Teil mit verengtem Fokus. Ihre Absage an jegliche Reformen von bestehenden europäischen Institutionen und ihre Forderung nach einem linken Euro-Exit und der Errichtung eines alternativen Währungs- und Finanzsystems wirkt mitunter wie ein Spaltpilz in der europäischen Linken. Ein »Plan B« muss umfassender werden, argumentiert eine Initiative um Miguel Urban von Podemos und rief deshalb zu einem Treffen im Februar 2015 in Madrid auf. Auch wenn dieses in einer eher beliebigen Aufzählung von Wünschbarem mündete, war doch der Wille spürbar, verschiedene linke Fraktionen und Strömungen zusammenzubringen: Neben DiEM25 und der Pariser Plan-B-Initiative war auch Blockupy und die Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) eingeladen. Auch das Netzwerk des AlterSummit bemüht sich weiter um eine europaweite Koordinierung, in ihrem Feld tun dies ebenso die Gewerkschaften mit ihrer Initiative »Europa neu begründen« sowie Blockupy. Deren Aktive orientieren strategisch auf Aktionen im Frühjahr 2017 und auf den Beginn des Bundestagswahlkampfes.

Die Dringlichkeit, europaweit linke Kräfte zu bündeln, wird von vielen verstanden. Die Anstrengungen, sich zusammenzuschließen, könnten jedoch wirkungslos verpuffen, wenn am Ende

alle miteinander konkurrieren und unterhalb einer kritischen Masse bleiben. Es wird viel über die Frage »Was tun?« diskutiert, aber viel zu selten darüber, wer es verdammt noch einmal tut und wie. Über die Form der politischen Organisierung und den Prozess, verbindende Praxen zu finden, wird zu wenig nachgedacht. Die Debatte ist programmatisch verstopft, kontrafaktisch nach dem Coup gegen Syriza, nach dem Motto: Hätten wir nur die besseren Alternativen, würde es schon klappen. Sehr deutlich ist der fehlende Unterbau der meisten Initiativen. So drohen sie zu einem aktivistischen Jetset zu werden, der eine Blase aufgeregter Debatten produziert, ohne die Kräfteverhältnisse in der EU zu berühren.

Der Anspruch, Souveränität zurückzugewinnen, ist ein wichtiger Bezugspunkt. Durch den Fokus, Errungenschaften auf nationaler Ebene zu verteidigen, wird dieser aber leicht auf die »nationale Souveränität« eines Staates verkürzt. Es ist aber kaum zu erwarten, dass in Zeiten transnationaler Produktionsnetze und Finanzmärkte die Orientierung am Nationalstaatsprinzip weiterhelfen wird. Ohnehin müsste gefragt werden, für wen diese Souveränität sein soll. Doch nicht für einen Staat. Was Menschen beklagen, ist dass sie keinen Einfluss auf ihre Lebensbedingungen haben, diese selbst gestalten wollen. Es geht also nicht um den Rückfall in einen nationalistischen Diskurs, sondern um eine Souveränität der popularen Klassen, eine Souveränität von allen – und zwar auf sämtlichen Ebenen der Politik: kommunal, regional, national, supranational und im engen Sinne des Wortes transnational, also quer zu allen Ebenen. Ein solcher Souveränitätsdiskurs könnte von all den genannten Initiativen aufgegriffen werden und eine verbindende Perspektive bieten. Könnte den Impuls zur Renationalisierung in einen zur Dezentralisierung und Europäisierung verwandeln.

Ohne eine grundlegende Infragestellung der Institutionen muss jede Bündnisinitiative jedoch chancenlos bleiben. Es gälte daher, einen Terrainwechsel zu vollziehen und demokratische Gegeninstitutionen aufzubauen. Ein partizipativer, lokal und überregional verknüpfter verfassungsgebender Prozess der Beratung und Organisierung in räteartigen Versammlungen – von den Vierteln bis zur europäischen Ebene – hätte die enorme Aufgabe zu bewältigen, vielfältige Positionen zu einer gemeinsamen Alternative zu verdichten. Dabei muss man nicht darauf warten, dass die Institutionen einen solchen Prozess erlauben, man kann ihn »einfach« organisieren.

Zu kompliziert? Vielleicht hilft es, sich den konstitutiven Prozess als Dach zu denken, mit dem Anspruch auf wirkliche Demokratie als Fluchtpunkt. In diesen »leeren Signifikanten« könnten unterschiedlichste Gruppen und Initiativen ihre Interessen und Projekte einschreiben, ihre jeweilige Praxis und wichtigen Anliegen (Widerstand gegen TTIP, Schuldenstreichung, Solidarität mit Geflüchteten, katalanische Unabhängigkeit, Eurodebatten etc.) weiter verfolgen, aber als Teil eines konstitutiven Prozesses von unten – diesen immer als Referenzpunkt, als Perspektive thematisierend. Bei jedem dieser Themen und Bewegungen geht es um zentrale Fragen der Demokratie und der Verfasstheit eines anderen Europas.

Eine echte Alternative ist aber nicht abstrakt-idealistisch zu formulieren, sondern ausgehend von den Alltagsproblemen der Menschen und den realen Kräfteverhältnissen. Ein konstitutiver Prozess beschreibt in der Philosophie zunächst nicht einen verfassungsgebenden Prozess, sondern vor allem anderen die Produktion eines politischen Subjekts der Vielen. Darum muss es in den nächsten Monaten und Jahren gehen.

WER HAT ANGST VOR DER ZUKUNFT?

FRAGEN UND DILEMMATA DER LINKEN IN BOSNIEN-HERZEGOWINA

AUTORINNENKOLLEKTIV OFFENE UNIVERSITÄT SARAJEVO

Als im Februar 2014 eine Welle von Sozialprotesten in Bosnien-Herzegowina kurzzeitig die herrschende Ordnung ins Wanken brachte, war dies ein Moment unerwarteten Optimismus. Zum ersten Mal nach Ende des Krieges 1995 rebellierte eine Basisbewegung gegen die ethnonationalistischen und kleptokratischen Eliten, die das ärmste Land Europas autoritär kontrollieren. In einigen Städten wurden von ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen die Gebäude der Kantonalregierungen gestürmt und abgebrannt. In den folgenden Wochen wurden außerdem regelmäßige Plenarversammlung abgehalten, in denen Tausende BürgerInnen sowohl ihre Probleme als auch politische Alternativen offen diskutierten. Zum ersten Mal tauchte auch in Bosnien-Herzegowina der Diskurs der »nova levica« (neue Linke) auf, der sich in den vergangenen Jahren auf dem Balkan entwickelt hat.[2] Diese spontane Protestbewegung ist längst wieder abgeflaut, eine ›Post-Plenums-Depression‹ hat sich breit gemacht.

Einige Debatten, die im Kontext der Proteste begonnen haben, werden aber in unterschiedlichen Zirkeln – unter anderem im Rahmen der *Offenen Universität Sarajevo* – weitergeführt. In einer Art Resümee wollen wir im Folgenden vier zentrale Dilemmata skizzieren, denen sich die neue Linke nicht nur in Bosnien-Herzegowina, sondern auf dem ganzen Balkan gegenübersieht. Sie kennzeichnen zugleich die Herausforderungen, die es in den kommenden Jahren zu bewältigen gilt.

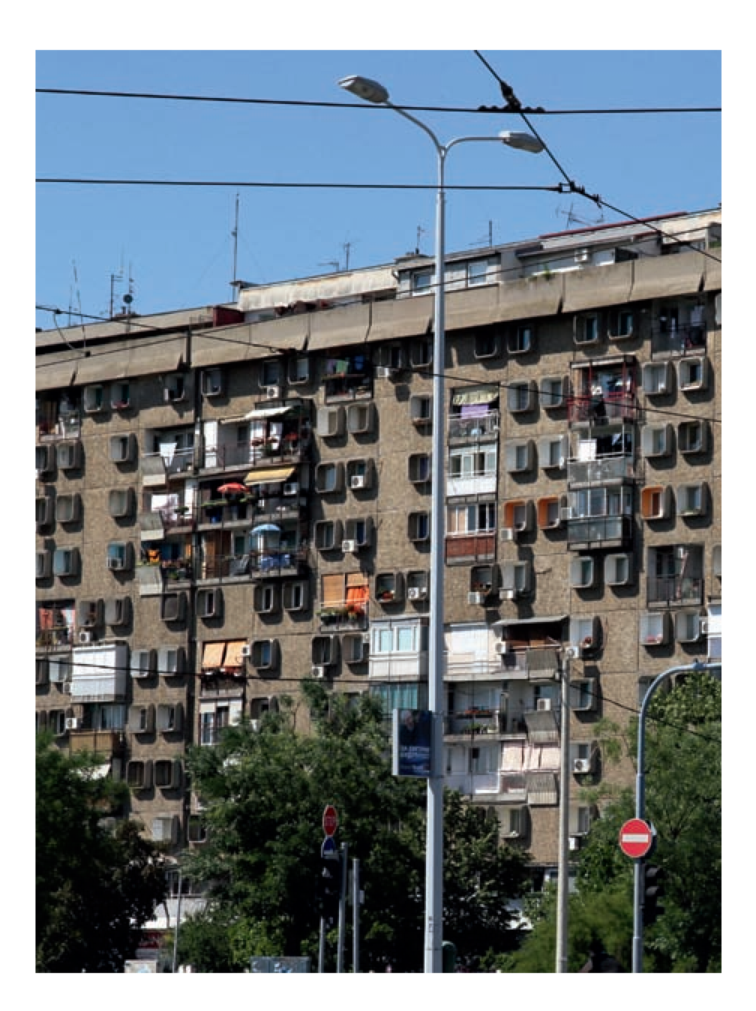
EUROPA UND/ODER DIE EU

Ein zentraler Bezugspunkt der Diskussionen war das Verhältnis der Linken zur Europäischen Union. Wie sollen wir uns ein Europa ohne EU vorstellen und wie eine Zukunft ohne EU, die ja das politische Projekt ist, das den postsozialistischen Horizont der letzten 20 Jahre dominiert hat? Wie sollen wir handeln, wenn die EU etwa in Ländern wie Bosnien als die einzige Instanz betrachtet wird, die Stabilität und dauerhaften Frieden gewährleisten kann, sowie als Bollwerk gegen einen ungezügelten Nationalismus?

2015 stellten sich uns diese Fragen mehr denn je. Viele von uns verloren ihre Hoffnungen in die EU. Zunächst waren da im Sommer 2015 die Entwicklungen in Griechenland. Eine anfänglich ungeheure Euphorie verflog angesichts der von EU, EZB und IWF gegen den demokratischen Willen der griechischen Bevölkerung durchgesetzten Maßnahmen. Dann kam es zur sogenannten Flüchtlingskrise, die noch immer anhält. Und schließlich erlebten wir die sicherheitspolitische Aufrüstung in Reaktion auf die terroristischen Anschläge von Paris. Europa ist heute von Stacheldraht durchzogen und die Balkanstaaten fühlen sich isolierter denn je.

Wie hätte eine progressive, linke, antinationalistische und antifaschistische Antwort auf diese Situation auszusehen? Offenbar gibt es zwei Herangehensweisen: Manche weisen die EU als neoliberales Projekt zurück, das nur den Reichen und den mächtigsten Staaten diene. Andere vertreten hingegen den Standpunkt, man müsse die EU-Strukturen erhalten und reformieren. Der erste Ansatz bietet keine umsetzbare Alternative, nichts, was sich realistischer Weise auf den Ruinen der EU errichten ließe. Er bietet vor allem Visionen: von einem Balkan-Bund bis hin zu einem sozialen und sozialistischen Europa, das von Grund auf neu aufzubauen wäre. Der zweite Ansatz ist zwar auch der heutigen EU gegenüber kritisch, begreift

DIE OFFENE UNIVERSITÄT SARAJEVO wurde 2013 von einer kleinen Gruppe kritischer Universitätsangehöriger als ein Forum angestoßen, um über Alternativen zur herrschenden Politik zu diskutieren – ein Novum im vom Ethnonationalismus der Kriegseliten gefangenen Bosnien. Schon 2014 fand die zweite *Offene Universität* statt und hat sich seither als Forum der neuen Linken in Bosnien-Herzegowina etabliert. Mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung gab es 2015 gleich zwei weitere Konferenzen: In Banja Luka wurde zum Thema »Zukunft« und in Sarajevo unter dem Titel »Wer hat Angst vor…?« debattiert. Zentrale Themen, Fragen und Dilemmata dieser Debatten hat ein AutorInnenkollektiv der *Offenen Universität Sarajevo* zusammengefasst. Eine Dokumentation der Veranstaltungen findet sich auf den Seiten des Online-Magazins *Otvoreni*.[1]



Belgrad 2012, Andreas Lehner/flickr ⓘ

die Zerschlagung der EU jedoch als Gefahr für Europa im Allgemeinen und der Balkanstaaten im Besonderen. Jenseits dieser Differenzen eint die VertreterInnen beider Ansätze, dass ihnen der Nationalismus große Sorgen bereitet.

NATIONALISMUS UND DIE JÜNGERE VERGANGENHEIT

Ein Thema, mit dem wir uns immer wieder beschäftigen müssen, ist der Nationalismus in der EU und in den Balkanstaaten, insbesondere im ehemaligen Jugoslawien. Hat die fortschrittliche Linke eine Antwort auf zeitgenössische nationalistische Bewegungen, angefangen beim *Front National* in Frankreich und den Ultranationalisten in der Ukraine, Polen und Ungarn bis hin zu den neu auflebenden Nationalismen der Balkanstaaten? Wie kann die Linke, insbesondere die postsozialistische und postjugoslawische, der nationalistischen Herausforderung begegnen? Der Nationalismus ist während der letzten 25 bis 30 Jahre in der Politik der Balkanstaaten die bedeutendste mobilisierende Kraft gewesen. Er mobilisiert noch immer massenhaft Menschen für ein postmodernes Projekt von homogenen Nationalstaaten, in denen eine ethnonationale Kontrolle über den Staat auf einem möglichst erweiterten und ethnisch ›gesäuberten‹ Territorium angestrebt wird, zusammen mit einer Wahldemokratie sowie einem neoliberalen und am Prinzip des Individualismus und des Konsums orientierten Kapitalismus. Dieser Ideologie-Cocktail hat bereits zahlreiche Opfer gefordert. Er hat die Mittelschicht ruiniert, die Arbeiterklasse verarmen lassen und ihre politische Macht gebrochen, für einen Ausverkauf der Natur- und Wirtschaftsressourcen gesorgt und eine Massenabwanderung herbeigeführt. Wie kann es sein, dass die fortschrittlichen Kräfte nicht in der Lage sind, dieser reaktionären Tendenz wirksam mit sozialen, politischen und wirtschaftlichen Alternativen entgegenzutreten? Und welches Subjekt wäre überhaupt dazu in der Lage, solche Alternativen voranzutreiben (und eventuell umzusetzen), um damit eine Vielzahl von Menschen von der Selbstzerstörung abzubringen und für ein Projekt der Selbstemanzipation zu gewinnen? Auch hier scheinen sich zwei grundlegende Positionen abzuzeichnen: Ein Ansatz schenkt dem Nationalismus als Ideologie wenig Beach-

tung und fokussiert auf strukturelle Faktoren (politische Ökonomie und politische Institutionen), die den Nationalismus gedeihen lassen. Die Vertreter des zweiten Ansatzes dagegen insistieren, man müsse nicht nur die strukturellen Faktoren berücksichtigen, sondern den Nationalismus als bedeutende hegemoniale Kraft anerkennen, die sich unmittelbar auf die Chancen der Linken auswirkt, ein nennenswerter politischer Akteur zu werden. Daher müsse man ihn auch in seinen kulturellen Ausdrucksformen und intellektuell bekämpfen.

Das Problem des Nationalismus hängt unmittelbar mit der Frage zusammen, wie wir mit der jüngeren Vergangenheit umgehen wollen, insbesondere mit der in Bosnien-Herzegowina. Wie reagieren wir auf die massenhafte Zerstörung von Leben und Städten, wie umgehen mit Kriegsverbrechen, Massakern und völkermordähnlichen Praxen, denen ganze Dörfer, Nachbarschaften und Tausende von Individuen zum Opfer fielen, nur weil sie einer bestimmten ethnischen oder nationalen Gruppe angehörten? Wie könnte hier eine Position der Linken aussehen? Eine Position, die sich zum einen unterscheidet von der Agenda der Liberalen, die versuchen, über juristische Institutionen und NGO-Projekte ›Vergangenheitsbewältigung‹ zu betreiben, und zum anderen von der der Nationalisten, die viele Verbrechen einfach leugnen beziehungsweise nur die eigenen Opfer anerkennen wollen. Mit anderen Worten: Wie ist es möglich, über grundlegende gesellschaftliche Veränderungen entsprechend unseren utopisch-sozialistischen Visionen zu diskutieren und diese voranzutreiben, wenn ständig neue Massengräber entdeckt werden?

Es fällt auf, dass dieses Thema bei linken Akteuren in der Regel ein beträchtliches Unbehagen auslöst. Vielleicht hängt dies damit zusammen, dass das sozialistische Projekt – vor allem seine jugoslawische Variante der Brüderlichkeit und Einheit – mit den ethnisch begründeten Massenverbrechen eine besonders herbe Niederlage erfahren hat. Oder hat das Unbehagen mit der Ansicht zu tun, liberale und Mitte-rechts-Politiker hätten die Menschenrechtspolitik und damit verbundene Diskurse ›gekapert‹, was für die Linke bedeutet, diese entweder ganz zu meiden oder fortlaufend zu dekonstruieren? Wie wir wissen, werden Menschenrechte und Völkermorde häufig instrumentalisiert, um damit militärische Auslandseinsätze und imperialistische Politiken auf der ganzen Welt zu rechtfertigen. Wie können wir über tatsächlich stattgefundene Ereignisse sprechen und uns gegen deren politische Manipulierung verwehren, wie können wir die Letztere verurteilen, ohne forensischen Belegen für Massenverbrechen auszuweichen oder, schlimmer noch, sie zu leugnen?

Langsam bildet sich in Reaktion auf dieses Problem überall im ehemaligen Jugoslawien eine klare, am antifaschistischen Kampf orientierte Position heraus. Diese lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: Es gab nie so etwas wie einen ›Hass zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen‹ oder einen ›ethnischen Krieg‹, sondern kriminelle Oligarchien, die Tötungen organisierten, um daraus politischen und wirtschaftlichen Nutzen zu ziehen. Die Täter sind zu bestrafen, ganz gleich, um wen es sich handelt. Ihre Verbrechen sind ans Licht zu bringen, ihren Opfern muss Gerechtigkeit widerfahren. Die Vergangenheit zu erinnern

bedeutet jedoch nicht, dass wir keine andere Zukunft aufbauen können. Gerade indem wir uns erinnern, stärken wir den Kampf gegen das destruktive Wesen von Nationalismus und Faschismus, insbesondere in ihrer Funktion als Schmiermittel des kapitalistische Getriebes, wie das im ehemaligen Jugoslawien der Fall war. Einzig und allein die Linke hat also – anders als die liberalen und neoliberalen Apologeten der Ungleichheit – eine konstruktive Antwort zu bieten, weil sie für eine Gesellschaft eintritt, die auf sozioökonomischer Gleichheit und wahrer Demokratie beruht und in der alle den uneingeschränkten Schutz der Menschenrechte genießen.

DER SOZIALISMUS – SEINE (JUGOSLAWISCHE) VERGANGENHEIT UND SEINE (POSTJUGOSLAWISCHE) ZUKUNFT

Wenn die Linke zwischen 1941 und 1945 wirklich die richtigen Antworten hatte: Gelten diese auch noch für heute? Die Kommunisten verwirklichten ihre Vision, indem sie die Nazis und deren Kollaborateure besiegten, das Land befreiten und eine sozialistische Gesellschaft aufbauten. Wie kann uns diese Vergangenheit helfen, uns aus unserer gegenwärtigen Lage zu befreien und auf dem Balkan die Vision von einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts zu verwirklichen? Das sozialistische Jugoslawien (nicht das der Zwischenkriegsjahre!) scheint immer wieder zurückzukehren. Für Nationalisten und rechte Reaktionäre ist es eine Art Gespenst, das sie täglich mittels ihrer ›ideologischen Apparate‹, religiösen Institutionen, Medien etc., bekämpfen müssen. Bemerkenswert ist zudem die jüngste Welle von Rehabilitierungen verschiedener faschistischer Anführer und Bewegungen in der gesamten Region. Für viele heutige Linke bleiben der antifaschistische Kampf und die sozialistische Selbstverwaltung in Jugoslawien Vorbilder. Um keine Missverständnisse entstehen zu lassen: Die kommerzialisierte, folkloristische Jugoslawien-Nostalgie lehnen diese Linken ab. Sie geben sich nicht mit der Anrufung einer ›besseren Vergangenheit‹ zufrieden, die politisch unwirksam bleibt, sondern wollen die Errungenschaften zurück, die in jener Zeit erreicht (und dann im postsozialistischen Kapitalismus zerstört) wurden. Kurzum: Sie sagen Nein zu einer monolithischen leninistischen Partei, zum Personenkult oder zu stalinistischen Praktiken. Sie sagen Ja zu kostenloser Bildung, kostenloser Gesundheitsversorgung und kostenlosem Wohnraum. Sie sagen Ja zur Arbeiterselbstverwaltung, Ja zu offenen Grenzen und zur Solidarität zwischen verschiedenen nationalen und ethnischen Gruppen. Und damit auch Ja zu verschiedenen internationalen und regionalen Vereinigungen und Zusammenschlüssen (was uns zu Problem eins zurückführt: dem Problem der Form aktueller internationalistischer Mobilisierungen auf dem Balkan und in Europa).

WAS TUN?

Schließlich führt uns dies zu der uralten Frage, die stets aufs Neue gestellt werden muss: Was tun? Was kann überhaupt getan werden? Hinter all diesen ›Jas‹ und ›Neins‹ stehen am Ende doch recht heterogene Positionen, vertreten von Personen unterschiedlicher politischer Couleur, oftmals mit sich widersprechenden ideologischen Ansichten. Das Spektrum reicht vom linken Liberalismus (Stärkung der

sozialen Komponente liberaler Verfahren und Institutionen, mehr Rechte für Frauen, für Angehörige der LGBTQ-Communities und ethnische Minderheiten) über die Sozialdemokratie (staatliche Intervention in die kapitalistische Wirtschaft, mehr Umverteilung), den Sozialismus (Verstaatlichung, wirksamere Umverteilung des Wohlstands), den Ökosozialismus (der Erkenntnis, dass der Kapitalismus unsere Umwelt zerstört und daher durch die Schaffung einer ökologisch aufgeklärten, auf Gleichheit beruhenden Gesellschaft bekämpft werden muss), den Neokommunismus (wahre Emanzipation unter Vermeidung der Fehler des Staatssozialismus; Aufbau einer Gesellschaft gleicher und freier Individuen, die EigentümerInnen der Produktionsmittel sind; freie Verfügung über vergesellschaftete Güter und gesellschaftlichen Wohlstand) bis hin zum Anarchismus (Misstrauen gegenüber Institutionen, Schaffung autonomer Assoziationen gegen kapitalistische Ausbeutung). Es liegt auf der Hand, dass diese politischen Optionen nicht leicht auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen sind, von der Bewältigung der anstehenden Aufgaben politischer Organisierung und Arbeit ganz zu schweigen. Diese Aufgaben haben sich, insbesondere seit der Bewegung der Plenarversammlungen in Bosnien-Herzegowina, zu einem der Leitmotive der Treffen der Linken und auch der *Offenen Universität* entwickelt. Auch hier kristallisieren sich zwei Positionen heraus: Enttäuscht von der Niederlage Syrizas und der Entradikalisierung von Podemos treten manche für eine Rückkehr zum Prinzip der Horizontalität ein. Andere wiederum sprechen sich, solchen Erfahrungen zum Trotz, für die Gründung einer politischen Organisation aus – entweder für eine strukturierte Bewegung oder eine demokratisierte Partei –, die unsere Gesellschaften und die Politik wirksam beeinflussen kann.

Abschließend kann festgehalten werden: Zweck dieses Textes ist es, die Aufmerksamkeit auf die aus unserer Sicht vier zentralen Probleme zu lenken, vor denen unserer Einschätzung nach heute alle linksgerichteten, fortschrittlichen und linksradikalen Kräfte in Bosnien-Herzegowina und im gesamten Ex-Jugoslawien stehen. Es gibt natürlich viele Ähnlichkeiten zwischen den hiesigen Diskussionen, Debatten und Polemiken und denen anderswo in oder außerhalb von Europa. Aus dem lokalen Kontext – wir leben sowohl in postsozialistischen als auch in Nachkriegsgesellschaften – ergibt sich jedoch für die emanzipatorische Linke hier zwangsläufig noch eine zusätzliche schwierige Aufgabe. Die Akteure dieser Linken – Bewegungen, Organisationen, Gruppen, Parteien und Individuen – werden sich all diesen Problemen stellen und sie angehen müssen, wenn sie zu wirkungsvollen, starken und erfolgreichen politischen Subjekten werden wollen, die keine Angst vor der Zukunft haben.

Die fünfte *Offene Universität* wird vom 24. bis zum 27. November 2016 in Sarajevo stattfinden.

Aus dem Englischen von Max Henninger

LITERATUR

Stiks, Igor, 2015: »New Left« in the Post-Yugoslav Space: Issues, Sites, and Forms, in: *Socialism and Democracy* 3/2015, 135–146

1 Vgl. http://otvoreni-magazin.net
2 Einen guten Einblick in die neue Linke auf dem Balkan bietet Stiks 2015.

»WIR MÜSSEN IM ALLTAG ANSETZEN«

GESPRÄCH ÜBER REBELLISCHE STÄDTE UND MUNIZIPALISMUS

DAVID HARVEY

Die sozialen Bewegungen in Brasilien waren in den letzten Jahren stark urbane Bewegungen. Insbesondere die Proteste im Sommer 2013 stellten stadtpolitische Themen wie Verdrängung, bauliche Megaprojekte und kostenlosen Nahverkehr ins Zentrum. Wie kommt das?
Urbanisierungsprozesse sind essenziell für die Zukunft der Kapitalakkumulation, sie sind eines der wichtigsten Momente produktiver und profitabler Aktivität. Teilweise sind diese fiktiv, weil einfach nur Mieten erhöht werden. Dennoch: Gewinne aus Immobilien werden zunehmend zu einer wichtigen Einnahmequelle für die herrschende Klasse. Diese Dynamik müssen wir beenden. Die Entwicklung in Brasilien in den letzten 30 oder 40 Jahren macht dies besonders deutlich: Ich war zum ersten Mal in den 1970er Jahren in São Paulo, Recife und Salvador. Das war eine andere Welt. Heute sind diese Städte voll mit super bewachten Luxushochhäusern und Einkaufszentren. Die BrasilianerInnen denken, das wäre etwas Besonderes, feiern es als Fortschritt. Doch was ist daran so besonders? Es ist ein ähnlicher Kapitalismus wie anderswo auch. Wenn wir uns vor Augen führen, dass das alles in den letzten drei, vier Jahrzehnten geschehen ist, müssen wir uns fragen, in welcher Welt wir demnächst leben werden. Unvorstellbar!

Der soziale Wohnungsbau in Brasilien ist kein Ruhmesblatt, Hunderttausende wohnen quasi in kleinen Schachteln, alle gleich.
Richtig. Aber der soziale Wohnungsbau ist auch anderswo ein Desaster, er hat einen katastrophalen Ruf. In Guayaquil, in Ecuador, habe ich auch solche Siedlungen gesehen: 40-Quadratmeter-Schachteln, total beengt, an die man nichts mehr anbauen kann. Aber es gibt auch Gegenbeispiele, etwa in London aus den 1960er Jahren. Diese Wohnungen sind so schön, dass jetzt, nach der Privatisierung, das Bürgertum dort einzieht.

Wir müssen wieder über die öffentliche Aneignung von Bauland nachdenken, von Räumen mit grundlegender Infrastruktur und anspruchsvollem Design. Hier lässt sich etwa an die Argumente des britischen Architekturtheoretikers John Turner aus den 1960er und 1970er Jahren anknüpfen. Er untersuchte die

Praxis des selbstorganisierten Hausbaus in Peru, den USA und in Großbritannien, und stellte fest, dass Wohnungsbau am besten von jenen geplant werden sollte, die vor Ort leben.

Ein Problem bei vielen dieser Siedlungen sind die oft enormen Entfernungen zum Arbeitsplatz…

Ja, das Phänomen der extrem langen Anfahrtswege zur Arbeit nimmt Überhand – auch das hat mit Verdrängung zu tun: Marginalisierte EinwohnerInnen werden auf minderwertiges Land abgedrängt, wo Jobs in der Regel Mangelware sind. In Istanbul habe ich einen Vorort besucht, in dem Menschen wohnen, die aus der Innenstadt vertrieben wurden. Die Qualität der Häuser war vergleichsweise gut, auf den ersten Blick schien das Abkommen mit der Stadtverwaltung fair zu sein: Sie zahlen eine monatliche Rate, und nach 15 Jahren gehören ihnen die Häuser. Die Regierung ist extrem stolz auf dieses Programm – das Problem ist jedoch, dass der Ort rund 55 Kilometer vom Zentrum Istanbuls entfernt ist. Es handelt sich zwar um eine wunderschöne, ländliche Region – nur Jobs gibt es keine. Also können die Menschen ihre Rechnungen nicht bezahlen, werden wieder obdachlos und müssen zurück ins Stadtzentrum. Auf die Frage, warum dort überhaupt Häuser gebaut wurden, sagen die zuständigen Minister: »Ich bin nicht für Jobs, sondern für Wohnungen zuständig.« Steigende Grundstückspreise verhindern für immer mehr Menschen den Zugang zum Arbeitsmarkt. Der explodierende Immobilienmarkt schafft diese Disparitäten mit den langen Pendelzeiten. Das ist die irrationale Seite der Urbanisierung.

DAVID HARVEY ist Humangeograf, Marxist und einer der bekanntesten linken Stadtforscher weltweit. Seit Ende der 1960er Jahre lebt und lehrt er in den USA, zuletzt an der City University of New York. Auch in der lateinamerikanischen Linken hat er eine beträchtliche Anhängerschaft, weshalb er im Juni 2015 zu der – nach einem seiner Bücher benannten – Konferenz »Rebel Cities« in São Paulo eingeladen war. Bei dieser Gelegenheit besuchte er auch das Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung, um über den gegenwärtigen Kapitalismus und linke Handlungsstrategien zu sprechen.

Was müsste die öffentliche Hand tun?

Ob man sich es sich leisten kann, in einer bestimmten Gegend zu wohnen, hat mit den Grundstückspreisen zu tun. Der Staat müsste also die Spekulation mit Land unterbinden und öffentliche Ressourcen umlenken, etwa aus der Besteuerung von Mittel- und Oberschichtswohnungen Mittel gewinnen für den sozialen Wohnungsbau. Doch heute wird die Bevölkerung mit niedrigem Einkommen teils höher besteuert als die Reichen.

Wie beurteilen Sie die Versuche, in lateinamerikanischen Metropolen eine neue Stadtpolitik umzusetzen?

In Ecuador zum Beispiel gibt es eine extrem dysfunktionale staatliche Bürokratie. Die Anstrengungen selbst fortschrittlicher PolitikerInnen werden oftmals von der Bürokratie behindert. Wenn dann die Rechten kommen und sagen, staatliche Kontrolle oder Verstaatlichung ist nicht die Lösung, dann haben sie Recht. Das ist die Erfahrung vieler Menschen. Auch dass der Markt gegenüber dem Klientelismus durchaus ein gewisses egalitäres Moment hat.

Eines der großen Probleme ist die Vorstellung der Linken, der Sozialismus müsse vom Staat organisiert werden. In diesem Sinne ist die anarchistische Kritik vollauf nachvollziehbar, dass manche Leute sagen: Vertrau bloß dem Staat nicht. Ob man den Staatsapparat so reformieren kann, dass er nicht nur effizient, sondern auch noch human und gerecht ist, weiß ich nicht. Ich denke an meine Erfahrungen in Ecuador, wo ich versuche, ein Forschungszentrum aufzubauen. Nun soll ich plötzlich nachweisen, dass ich überhaupt dort war und tatsächlich Lehrveranstaltungen abgehalten habe. Absurd.

Die Effizienz der staatlichen Verwaltung ist also ein echtes Problem in Lateinamerika, wie in vielen anderen Teilen der Welt. Das Problem ist den ecuadorianischen Ministern wohl bewusst – doch durch die Reformen von oben sind die Reste lokaler Demokratie massiv beschnitten worden. Ecuador hat ein sehr starkes Demokratiedefizit, zum Teil, weil die Führung es so will. Aber auch weil es so schwer ist, funktionierende demokratische Strukturen zu etablieren.

Wie kann da eine politische Lösung aussehen?
Die Linke hat Recht, wenn sie sagt: Wir müssen alternative Formen des Regierens entwickeln, die demokratischer sind. Weil sie näher an den Leuten dran sind, kann das im Hinblick auf die Mittelallokation beispielsweise viel effizienter sein. Das ist auch der Ansatz des US-amerikanischen Anarchisten Murray Bookchin, der in den 1970er Jahren Vordenker des libertären Kommunalismus war. Gesellschaft sollte dezentral über miteinander vernetzte Kleinstädte organisiert werden. Sein Vorschlag war: Statt die Regierungen frontal herauszufordern, gilt es, kollektive Organisierungs- und Entscheidungsformen herauszubilden, die lokale Probleme konstruktiv angehen. Wir sollten damit beginnen, einen radikal ineffizienten Staat nicht zu ›stürzen‹, sondern schrittweise zu verdrängen.

In ihrem Buch »Rebellische Städte«, das 2013 in Deutschland erschienen ist, gehen Sie auch auf das Instrument des Bürgerhaushalts ein, wie es ihn beispielsweise in Porto Alegre schon 1989 gab. Ist das eine Form, BürgerInnen aktiv an kommunalen Entscheidungsprozessen zu beteiligen und entsprechend eine Demokratisierung auf der lokalen Ebene anzustoßen?
Die Erfahrungen aus Porto Alegre zeigen, dass es möglich ist, demokratische Teilhabe zu fördern und marginalisierte Bevölkerungsgruppen in politische Prozesse einzubinden. Wie sich diese Gruppen dann politisch positionieren, ist eine andere Frage. Es kann passieren, dass sie sich rechten Ideen zuwenden – somit ist der Bürgerhaushalt nicht per se eine linke Strategie. Ich glaube, das Problem in Porto Alegre und anderswo war, dass der Bürgerhaushalt immer nur einen kleinen Teil des Gesamtetats ausmachte. Auch hat die Arbeiterpartei (PT) das Projekt genutzt, um bestimmte Organisationen zu bedienen, einzubinden – so stößt das Konzept zwangsläufig an seine Grenzen.

Auch in New York City gibt es mittlerweile so etwas wie eine Bewegung für Bürgerhaushalte. Alle Stadträte verfügen über eine Art Budget, das sie für lokale Projekte in ihren Bezirken verwenden können. Viele von ihnen haben die Idee des Bürgerhaushalts aufgegriffen und nutzen sie, um diese Gelder zu verteilen. Es scheint, als ob die Menschen über solche monetären Formen besser in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden



Favela am Rande Rio de Janeiros, September 2014,
Chris Jones/flickr

können. Die Stadträte nutzen das Instrument entsprechend auch, um ihre Basis zu verbreitern und ihre Projekte durchzusetzen.

Kann man in den USA von einem Comeback der Linken auf kommunaler Ebene sprechen?
In gewisser Weise ja. Mitglieder des New Yorker Stadtrates haben sich deutlich radikalisiert: Man kann sie heute vielleicht als populistisch bezeichnen, sie sind nicht unbedingt links. Jedenfalls ist es besser als vorher. Ein Problem während der Amtszeit von Michael Bloomberg [republikanischer Bürgermeister von New York City von 2002 bis 2013] war, dass der Stadtrat ihm nie die Stirn geboten hat. Es gab einzelne Stadträte, die das versucht haben, aber es waren zu wenige. Heute unterstützt die Mehrheit den derzeitigen Bürgermeister Bill de Blasio. Es hat eine Revitalisierung kommunaler Politik stattgefunden, die wir landesweit beobachten können.

Die von Obdachlosen und für Obdachlose gegründete Gruppe *Picture the Homeless* zum Beispiel verhandelt in New York mit De Blasio über ihr »Gaining Ground Pilot Project«, das vorsieht, mithilfe eines Community Land Trusts in Innenstadtgebieten bezahlbare Wohnungen für Obdachlose zu schaffen. Einen Teil der Finanzierung soll das städtische *Department of Homeless Services* übernehmen.

Noch hat de Blasio nichts entschieden, aber wenn er diesem Vorschlag zustimmt, könnte dieses Projekt eine Modellfunktion einnehmen. Es gibt Anzeichen in diese Richtung, und das finde ich sehr beeindruckend.

Ist das eine linke Politikrichtung, die mit Occupy begonnen hat und die wir auch in den kommunalen Bewegungen in Spanien und allgemein in Südeuropa sehen?

Ja, genau. Am Anfang war Occupy stark von anarchistischen und autonomen Strömungen geprägt. Es bestand kaum Interesse an politischer Macht im konventionellen Sinn, der Staatsapparat war kein Referenzpunkt. Stattdessen wurde darauf bestanden, dass alles horizontal und nicht hierarchisch zu sein habe. Dies führte zu Konflikten, auch mit mir. Ich habe diese Haltung damals in einem Text kritisiert. In Anlehnung an Murray Bookchins *»Hör zu, Marxist!«* habe ich ihn *»Hör zu, Anarchist!«* überschrieben. Ich habe dort die Position vertreten, dass es ein großer Fehler wäre, beim Horizontalismus stehen zu beiben. Wir müssen weitergehen und uns auch in die Lokalregierung einbringen – in Spanien geschieht dies bereits. Ähnlich wegweisend ist das Beispiel der sozialistischen Abgeordneten Kshama Sawant, die die Kampagne »15 Now« initiiert und im Stadtrat von Seattle erfolgreich für die Einführung eines Mindestlohns von 15 US-Dollar gekämpft hat. Auch in Los Angeles wurde auf Druck der Bewegung »Fight for $15« der Mindeststundenlohn von 7,80 auf 15 US-Dollar angehoben.

Wir springen mal an einen anderen Fleck der Erde: Im syrischen Teil Kurdistans haben wir ja in den letzten Jahren auch eine Bewegung erlebt, die für lokale Demokratie und Munizipalismus steht.

Ja, auch sie beziehen sich auf Bookchin und sagen: Wir fordern nicht direkt die Regierung heraus, sondern versuchen, alternative kollektive Formen der Organisierung und Entscheidungen zu entwickeln, mit denen lokale Probleme angegangen und ineffiziente staatliche Strukturen ersetzt werden können. So etwa lautet der Kerngedanke, den die PKK aufgegriffen hat und der in den kurdischen Regionen Kobanê und Rojava in Syrien zurzeit praktiziert wird. Dort entsteht ein interessantes kommunales und sozialistisches Projekt. Die Parallelen zu den Zapatistas in Mexiko sind auffällig – auch hier wird nicht die Zentralregierung herausgefordert, sondern werden alternative Strukturen aufgebaut, die einen Großteil der Alltagsorganisierung übernehmen.

Sogar in der Türkei wird versucht, diese Idee eines kommunalen Radikalismus wiederzubeleben. Die kurdischen Erfahrungen werden auch von der linken türkischen Partei HDP aufgegriffen. Natürlich stehen sie vor großen Herausforderungen: Viele Mitstreiter, die beispielsweise in Diyarbakir aktiv waren, sind aufgrund ihres Engagements im Gefängnis gelandet. Ihre Arbeit wird von der Regierung als »Terrorismus« gebrandmarkt, die PKK gilt als »terroristische Vereinigung«.

Wie können solche Ideen und Projekte weiterentwickelt werden? Wie können wir als WissenschaftlerInnen zusammen mit den sozialen Bewegungen emanzipatorische Analysen mit praktischem Handeln verbinden?

Ausgangspunkt sollten immer die praktischen Fragen sein. Wir müssen versuchen, an diese

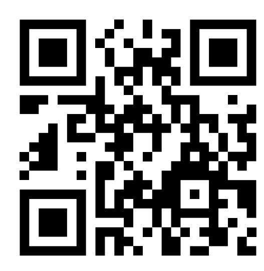


Street Art in Lissabon, Oktober 2014,
Guillaume Flament/flickr

anzuknüpfen und mit unseren kritischen Analysen den Leuten etwas an die Hand geben, mit dem sie ihr Handeln reflektieren und auswerten können. Wir müssen die Probleme des täglichen Lebens vor dem Hintergrund der politischen und ökonomischen Kräfteverhältnisse, der jeweiligen Konfigurationen der Staatsmacht analysieren und daraus Perspektiven entwickeln. Zentral für uns sollte immer die Alltagspolitik sein. Marxisten haben sich viel mit der Produktion beschäftigt und wenig mit der Dynamik der Verwertung. Wertschöpfung findet derzeit in hohem Maße durch Urbanisierung statt, und die Menschen, die den Wert realisieren, sind nicht unbedingt jene, die ihn produzieren: Von der Mietenexplosion profitieren meist Leute, die nichts produziert haben. Die in der marxistischen Tradition stehenden Intellektuellen oder Aktivisten sträuben sich teils noch, diesem Umstand Rechnung zu tragen. Gleichzeitig bewegt sich politisch derzeit einiges.

Mit David Harvey sprachen für das Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in São Paulo Ana Rüsche, Camila Moreno, Daniel Santini, Elis Soldatelli, Florencia Puente, Gerhard Dilger, Isabel Loureiro, Marcos de Oliveira, Mariana Fix, Pedro Arantes und Verena Glass.
Aus dem Englischen von Gerhard Dilger und Niklas Franzen


NEU hinsehen!
4 Wochen »nd« digital für kurzsichtige
€ 9,-
Ohne Brille in 2 Minuten!
Da beschlägt der digitalen Leserschaft die Brille vor Freude: »nd« mobil ist frischgemacht! Und liefert nicht nur bewährte Inhalte für Herz und Hirn, sondern ist auch gut fürs Auge.
In zwei Minuten haben Sie auch ohne Sehhilfe die aktuellen News überflogen, alles ist aufgeräumter, intuitiver und so aktuell, dass wir unser digitales Blatt schon fast nicht mehr Tageszeitung nennen wollen, sondern ... Jetztzeitung. JETZT ist jedenfalls der richtige Zeitpunkt für ein digitales Mini-Abo! Unten steht (kleingedruckt!) wie.
Interesse? Dann anrufen: (030) 29 78 18 00. Aboseite: neues-deutschland.de/abo
Das Angebot gilt nur im Inland und in Haushalten ohne aktives nd-Abo in den letzten 6 Monaten.
neues deutschland
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG
nd



IMPRESSUM

LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis
ISSN 1869-0424

Herausgeber: Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Barbara Fried, fried@rosalux.de, Tel: +49 (0)30 44310-404
Redaktion: Mario Candeias, Alex Demirović, Barbara Fried,
Corinna Genschel, Christina Kaindl und Rainer Rilling
Heftredaktion: Harry Adler, Moritz Altenried, Hanno Bruchmann, Horst Kahrs, Stefanie Kron, Ferdinand Muggenthaler, Tadzio Müller, Katharina Pühl, Hannah Schurian, Moritz Warnke, Florian Wilde, Fanny Zeise und Milan Ziebula

Kontakt zur Redaktion: luxemburg@rosalux.de
Redaktionsbüro: Harry Adler, adler@rosalux.de
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: +49 (0)30 44310-157
Fax: +49 (0)30 44310-184
www.zeitschrift-luxemburg.de
Join us on Facebook: http://www.facebook.com/zeitschriftluxemburg
Twitter: http://twitter.com/luxemburg_mag

Abonnement: Seit 2014 erscheint die *LuXemburg* kostenfrei.
Bestellen unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/abonnement
Förderabonnement: Jede Spende ist willkommen.

Lektorat: TEXT-ARBEIT. Lektorats- und Textbüro für Politik, Wissenschaft und Kultur; www.text-arbeit.net

Titelbild: Idomeni, März 2016, Antonio Litov/Fotomovimiento Ⓘ Ⓢ ⊜

Beilage: der Freitag

Grafik und Satz: Matthies & Schnegg – Ausstellungs- und Kommunikationsdesign, www.matthies-schnegg.com

Druck: DRUCKZONE GmbH & Co. KG, Cottbus,
Druck auf PEFC zertifiziertem und säurefreiem Papier



3/2015 **SMARTE NEUE WELT**

Die Roboter kommen, die Arbeit geht? Mit Schlagworten wie »Industrie 4.0« oder »Zweites Maschinenzeitalter« werden Umbrüche in der Produktions- und Lebensweise verhandelt. Nicht immer sind die strukturellen Veränderungen hinter der Ideologieproduktion auszumachen. Digitale Revolution betrifft jedoch nicht nur Produktions- und Arbeitsverhältnisse. Soziale Medien verändern Kommunikationsweisen, Lifelogging-Apps otimieren neoliberale Selbsttechnologien und mit Hilfe vernetzter Daten werden Mobilitätskonzepte wie Gesundheitsversorgung umgebaut, von den ökologischen Konsequenzen dieser SMART NEW WORLD ganz zu schweigen. Doch wer verfügt über all die Daten, Algorithmen und Infrastrukturen? Und wem gehört die frei werdende Zeit?

BEITRÄGE Evgeny Morozov | Ralf Krämer | Tanja Carstensen | Christoph Spehr | Bernd Riexinger | Halina Wawzyniak | Frank Pasquale | Dagmar Fink | Moritz Altenried | Antonio Negri | u.a.

Dezember 2015, 144 Seiten



2/2015 **DAS BISSCHEN BILDUNG**

Wenn politische Alternativen schwach und Handlungsoptionen rar sind, bleibt oft der Ruf nach ›Bildung‹ – auch in der Linken. So sehr Aufklärung linker Glutkern ist, so verquer ist die Hoffnung, verbesserte Welt- und Selbsterkenntnis allein könnte eine Änderung der Verhältnisse voranbringen. Im Angesicht der eigenen Ohnmacht wird außerdem oft kritische Bildungsarbeit auf Methoden, Moderation und die Vermittlung von *skills* verengt. Austerität, Vermarktlichung und die Entsicherung von Arbeit verändern unterdessen die Bedingungen von Bildung massiv: Die Räume werden enger, die Zeit wird knapper. Dabei ist die Notwendigkeit von Kritik und Alternativen größer denn je. Was also tun mit dem BISSCHEN BILDUNG?

BEITRÄGE Julika Bürgin | Uwe Hirschfeld | María Do Mar Castro Varela | Alberto Garzón | Axel Rüdiger | Katrin Reimer-Gordinskaya | Laurence Cox | David Salomon | u.a.

August 2015, 120 Seiten



1/2015 **MEHR ALS PREKÄR**

Prekarisierung meint nicht mehr nur die Ausweitung unabgesicherter, schlecht bezahlter Arbeitsverhältnisse, sie ist in alle Lebensbereiche eingewandert: Zeitstress, die Unmöglichkeit, das eigene Leben planen zu können, Verdrängung aus den Städten und wachsende Reproduktionslücken. Prekarisierung ist neue ›Normalität‹ – und doch betrifft sie nicht alle gleichermaßen, sind die Möglichkeiten, mit vielfältigen Verunsicherungen umzugehen, klassenabhängig. Wo lassen sich dennoch geteilte Betroffenheiten ausmachen, die zum gemeinsamen Handeln anregen? Wie sind Bündnisse zwischen Kern und Rand, prekär Beschäftigten und Erwerbslosen oder zwischen PatientInnen und Pflegekräften zu schmieden? Wie kann Zukunft im Heute gestaltet werden?

BEITRÄGE Juliet Schor | Loïc Wacquant | Norbert Wohlfahrt | Katja Kipping | Bernd Riexinger | Julia Dück | Peter Bremme | Ingrid Artus | Jana Seppelt | Christian Fuchs | Horst Kahrs | u.a.

April 2015, 120 Seiten



3/2014 **WELTKRISENPOLITIK**

Die Welt ist in keinem guten Zustand. Seit dem Zweiten Weltkrieg gab es nicht mehr so viele bewaffnete Konflikte. Auch die Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Reichtums ist auf einem historischen Höhepunkt. Austeritätspolitiken und Strukturanpassungsprogramme treten global als Lösung auf, verschärfen aber die Probleme. Der Name der Zeit? Unklar. Post-alles, Interregnum, WELTKRISENPOLITIK. Geopolitische Konstellationen verschieben sich, neue Machtzentren entstehen. Welche Rolle spielt die Bundesrepublik in dieser Weltumordnung? *LuXemburg* 3/2014 fragt nach Einstiegen in Friedenspolitiken. Wie können Projekte regionaler Integration, Konversion und sozialer Infrastrukturen dazu beitragen, globale Konflikte zu entschärfen?

BEITRÄGE Gayatri Spivak | Jan van Aken | Isabell Lorey | Vladimir Ischchenko | Ulla Jelpke | Rainer Rilling | Thomas Seibert | Shreen Saroor | AchinVanaik | Corinna Hauswedell | u.a.

Dezember 2014, 160 Seiten


EINE ZEITSCHRIFT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG
REGIEREN IM AUSNAHMEZUSTAND
FLUCHBEKÄMPFUNG À LA EU
MIGRATION@WORK
SICHERHEIT: EIN HEISSES EISEN FÜR DIE LINKE?
OFFENE GRENZEN ALS UTOPIE UND REALPOLITIK
WILLKOMMEN UND WIE WEITER?
UMCARE STATT UMKEHR
ISSN 1869-0424